

ARBEITSPAPIERE ZUR LATEINAMERIKAFORSCHUNG

Herausgegeben von Christian Wentzlaff-Eggebert und Martin Traine

III-11

Birte Gall

Die Kuba-Politik Spaniens während der ersten Amtsperiode Aznars. Konzepte und Instrumente

Arbeitskreis Spanien – Portugal – Lateinamerika

Universität zu Köln

ISSN 1616-9085

INHALTSÜBERSICHT

1	Einleitung	5
1.1	Zur Fragestellung.....	5
1.2	Zum methodischen Vorgehen.....	6
2	Theoretische Grundlagen und Erwartungshypothesen	8
2.1	Der Neorealismus	8
2.2	Der Neofunktionalismus	11
2.3	Der transnational-konstruktivistische Ansatz	14
3	Rahmenbedingungen und Grundlagen der Politik Spaniens gegenüber Kuba	17
3.1	Historischer Abriß.....	17
3.1.1	„...más se perdió en Cuba“ - Die Kolonialzeit	17
3.1.2	Interessen in den außenpolitischen Beziehungen seit der Unabhängigkeit Kubas (1898) bis zum Beitritt Spaniens zur EG (1986).....	17
3.2	Die Kubapolitik Spaniens nach dem Beitritt zur EG	20
3.2.1	Bilaterale Beziehungen Spanien – Kuba: Außenpolitische Grundlinien	20
3.2.2	Interessen und Strategien der Spanier auf EG/EU-Ebene.....	22
3.2.3	Die Comunidad Iberoamericana de Naciones (CIN): Iberoamerikanische Gipfeltreffen	26
3.2.4	Spanien in den Vereinten Nationen.....	26
3.2.5	Die Beziehungen Spanien-USA.....	27
3.2.6	Ergebnisse: Die Kubapolitik Spaniens im Spannungsverhältnis bilateraler, supranationaler und internationaler Ebene	28
4	Die neue Kubapolitik Aznars	29
4.1	Ansatzpunkte der Politik Aznars.....	29
4.1.1	José María Aznar: Einstellungen zu Kuba.....	29
4.1.2	Konzept der Kubapolitik Aznars	30
4.1.3	Einfluß des Helms-Burton-Gesetzes auf die Kubapolitik Aznars	31
4.2	Die Realität: Instrumente, Maßnahmen, Reaktionen	33
4.2.1	Die bilaterale Ebene: Konditionierung der Zusammenarbeit.....	33
4.2.2	Auf dem Weg zu einer kohärenten Kubapolitik? Der Gemeinsame Standpunkt.....	41
4.2.3	Offensive Aznars auf internationaler Ebene	46
4.3	Korrektur der Kubapolitik durch Aznar	47
4.3.1	Korrektur und Konsolidierung der Kubapolitik auf nationaler Ebene.....	47
4.3.2	Festigung der Vermittlerrolle auf EU-Ebene.....	52
4.3.3	Die neue Kubapolitik auf internationaler Ebene	53
5	Fazit	56
6	Literaturverzeichnis	59
7	Liste der Interviewpartner	72
8	Abkürzungsverzeichnis	73

Arbeitspapiere zur Lateinamerikaforschung

Herausgegeben von Christian Wentzlaff-Eggebert und Martin Traine

ISSN 1616-9085

III-11 Politikwissenschaft

Redaktion: Julia von Rümker, Wolfgang Bauchhenß und Marco Hüls

Arbeitskreis Spanien – Portugal – Lateinamerika, 2003

Philosophische Fakultät der Universität zu Köln

Albertus-Magnus-Platz

D-50935 Köln

Download und weitere Informationen unter <http://www.uni-koeln.de/phil-fak/aspla>

Zusammenfassung

In der vorliegenden Arbeit wird die Entwicklung der Kuba-Politik Spaniens während der ersten Amtsperiode Aznars untersucht. Ziel ist es, die Wirkungsmechanismen und Funktionszusammenhänge der Politik Aznars, insbesondere die Ursachen der Änderung des Kubakonzepts, aufzuzeigen. Bei der Beleuchtung der Kuba-Politik Spaniens Ende des 20. Jahrhunderts wird zusätzlich zu den bilateralen, historisch gewachsenen Beziehungen der beiden Staaten das Spannungsfeld, das sich aus der EU-Mitgliedschaft Spaniens und dem Verhältnis zu den USA ergibt, berücksichtigt.

Als Grundlage dient eine empirische Untersuchung der verschiedenen Reaktionen auf die Kubapolitik Aznars. In einem zweiten Schritt wird überprüft, welche politikwissenschaftliche Theorie internationaler Beziehungen einen Erklärungsansatz für die Politikänderung bietet. Dazu werden einleitend Erwartungshypothesen über das Verhalten Spaniens gegenüber Kuba aufgestellt und im Anschluß an die empirische Untersuchung auf ihre Gültigkeit hin überprüft. Zugrunde gelegt werden dabei die politikwissenschaftlichen Theorien des Neorealismus und Neofunktionalismus sowie der transnational-konstruktivistische Ansatz. Die Überprüfung der aus dem Neorealismus abgeleiteten Annahmen geben Aufschluß darüber, ob sich die Ursachen der Änderung der Kubapolitik auf Einflüsse des internationalen Systems zurückführen lassen. Anhand der Annahmen aus dem Neofunktionalismus werden mögliche Ursachen der Politikänderung auf Grundlage einer zunehmenden europäischen Integration untersucht. Dahingegen bietet der transnational-konstruktivistische Ansatz die Möglichkeit, die Ursachen der Politikänderung einem zunehmendem Einfluß gesellschaftlicher Akteure im politischen Entscheidungsprozeß zuzuordnen. Abschließend wird eine Gewichtung und Bewertung der Aussagekraft der zugrundegelegten Theorien für den konkreten Fall der hispano-kubanischen Beziehungen vorgenommen.

1 Einleitung

1.1 Zur Fragestellung

Die engen Beziehungen Spaniens zu Kuba gründen sich auf den 400-jährigen Kolonialstatus Kubas und die daraus resultierenden gemeinsamen historischen und familiären Wurzeln. Die Beziehungen waren durchgehend freundlich trotz wechselnder politischer Couleure der Regierungen in beiden Ländern. Die familiären Bindungen hielten dabei die engen Beziehungen stets aufrecht. Aufgrund der starken Interessen der USA an der geographisch nahe gelegenen Insel spielten sich die hispano-kubanischen Beziehungen immer im Spannungsfeld der Beziehungen Spaniens zu den USA ab. Die bilaterale Komponente der Beziehungen wurde mit der kubanischen Revolution und der anschließenden Anlehnung Kubas an die UdSSR sowie dem Beitritt Spaniens zur EU in ein erweitertes internationales Spannungsfeld eingebettet. Trotz des vor allem im Ost-West-Konflikt stark ausgeprägten Spannungsfeldes schafften es die beiden Länder, ihre Beziehungen aufrecht zu erhalten.

Anfang der 90er Jahre glaubte die westliche Staatengemeinschaft an einen schnellen Zusammenbruch des kubanischen Systems, nachdem die politischen und wirtschaftliche Unterstützung Kubas durch die Sowjetunion entfiel. Durch Verstärkung der repressiven innenpolitischen Maßnahmen schafft es Fidel Castro jedoch, den Angriffen gegen sein Regime standzuhalten und jede Form politischer Opposition im Keim zu ersticken. Die damit verbundene Verschlechterung der Lebensbedingungen der kubanischen Bevölkerung und die zunehmenden Menschenrechtsverletzungen verstärken die Kritik der internationalen Staatengemeinschaft am kubanischen Regime. Die Forderungen nach einer pluralistischen Demokratie und der Achtung der Menschenrechte sowie wirtschaftlicher Reformen werden immer lauter.

Die spanische Regierung des Sozialdemokraten Felipe González versucht diesen Forderungen über eine enge Kooperation mit Kuba Nachdruck zu verleihen. Während des Wahlkampfes 1996 kritisiert Aznar, die geringen Fortschritte der sozialdemokratischen Kubapolitik und die zu nachsichtige Haltung der spanischen Regierung gegenüber Castro. Innerhalb der spanischen Gesellschaft besteht der Wunsch die Situation der kubanischen Bevölkerung durch politische und ökonomische Reformen zu verbessern. Gleichzeitig besteht ein starkes Interesse, die kubanische Wirtschaft für spanische Investitionen zu öffnen. Unter diesen Voraussetzungen kann Aznar die Kubapolitik zum nationalen Wahlkampfthema stilisieren. Aznar hofft, mit dem Beitrag zur Lösung des „Problemfalls Kuba“ seinen Ruf als kompetenter Ministerpräsident auf innenpolitischer und auf internationaler Ebene zu begründen.

Als Aznar die Präsidentschaftswahlen in Spanien gewinnt, ändert sich die Kubapolitik Spaniens. Aznar versucht über die Konditionierung der Politik gegenüber Kuba die Reformbewegungen anzukurbeln, greift dabei aber zu rigideren Maßnahmen, als dem Wahlprogramm zu entnehmen war. Seine konfrontative Kubapolitik stößt auf Widerstand innerhalb der spanischen Gesellschaft, da diese die engen Beziehungen mit Kuba aufgrund der bestehenden familiären Bindungen nicht gefährdet sehen wollen. Nicht nur die politischen Oppositionsparteien kritisieren die Politik Aznars, sondern auch große Teile Aznars eigener Partei *Partido Popular*. Die vormalig auf seiner Seite stehenden spanischen Unternehmer schließen sich der Kritik an, da sie ihre ökonomischen Interessen auf Kuba gefährdet sehen. Auch die humanitären Hilfsorganisationen wenden sich gegen Aznars Kubapolitik, da in ihr keine Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen der kubanischen Bevölkerung erkennen können. Aus dieser innenpolitischen Konstellation ist die Frage, auf die Reaktion Aznars und seine Maßnahmen zur Konsolidierung der Kubapolitik auf nationaler Ebene von Interesse.

Aznar versucht parallel dazu, die auf bilateraler Ebene eingeschlagene Politik auf die EU-Ebene zu übertragen und die EU-Länder von einer kohärenten, jedoch restriktiven Kubapolitik zu überzeugen. Dieses Vorhaben scheitert, an der zu diesem Thema völlig konträren Haltung der EU-Mitgliedstaaten. Durch seine Position gefährdet er ebenfalls, die von González aufgebaute Vermittlerrolle Spaniens in lateinamerikanischen Fragen. Daraus ergibt sich die Frage nach der

Strategieänderung, die Aznar auf EU-Ebene vornimmt, um die Führungsrolle Spaniens in latein-amerikanischen Angelegenheiten zu stabilisieren.

In diesem erläuterten Problemumfeld ergibt sich als Untersuchungsgegenstand der Arbeit die Frage nach den Wirkungsmechanismen und Funktionszusammenhängen der Kubapolitik des spanischen Ministerpräsidenten unter besonderer Berücksichtigung der Ursachen der Änderung der Kubapolitik.

Die politische Relevanz liegt in der Untersuchung der Gesetzmäßigkeiten der traditionellen hispano-kubanischen Beziehungen und der Untersuchung der Möglichkeiten, diese Beziehungen zu beeinflussen. Hierbei stellt sich die Frage nach den Strategien, die Aznar verfolgt, um seine Ziele zu erreichen. Des Weiteren bietet das Thema die Möglichkeit, politikwissenschaftliche Theorien anhand konkreter Fälle zu überprüfen und auf ihre Aussagekraft im Hinblick auf die hispano-kubanischen Beziehungen zu untersuchen. Das Leitinteresse der Arbeit besteht darin, der Frage nach den Faktoren, die das Scheitern und die darauffolgende Korrektur der ersten Kubapolitik Aznars begründen, nachzugehen. Dabei soll nicht detailgetreu jede Reaktion verarbeitet und bewertet werden sondern die großen Linien der Entwicklungen aufgezeigt werden, um Zusammenhänge klarer darstellen zu können.

1.2 Zum methodischen Vorgehen

Ziel der vorliegenden Arbeit ist die Untersuchung der Entwicklung der Kuba-Politik Spaniens während der ersten Amtsperiode Aznars. Dabei gilt es die Wirkungsweisen und Funktionszusammenhänge der Kuba-Politik Spaniens unter politikwissenschaftlichen Aspekten zu untersuchen. Dazu erfolgt deren Einordnung und Überprüfung anhand einschlägiger politikwissenschaftlicher Theorien. Hier interessieren besonders die von Aznar zugrundegelegten Konzepte und angewandten Instrumente sowie die Einflüsse, Zusammenhänge und Wirkungsmechanismen, die zu deren Anpassung geführt haben.

Als Ansatz dieser Arbeit werden zunächst drei einschlägige, neuere Theorien aus der Politikwissenschaft zugrunde gelegt, von denen erwartet wird, daß auf deren Basis die politischen Zusammenhänge und Wirkungsmechanismen erklärt und in Form von Ergebniserwartungen bzw. –hypothesen vorausgesagt werden können:

- der Neorealismus, der die strukturellen und systemischen Bedingungen des internationalen Systems als Handlungsursache der internationalen Akteure voraussetzt,
- der Neofunktionalismus, der die zunehmende Integration der EU-Länder, deren Mitglied Spanien ist, als handlungsbestimmend für das Verhalten der Akteure darlegt,
- der transnational-konstruktivistische Ansatz, der den Einfluß gesellschaftlicher Akteure auf die "Weltpolitik" betont.

Methodisch sollen dabei zuerst die einschlägigen Theorien vorgestellt werden und über Erwartungshypothesen auf den Analysegegenstand zugeschnitten werden. Um eine Bewertung der Verwendbarkeit der Theorien auf den Gegenstand dieser Arbeit vornehmen zu können, wird anhand der Analyse der realpolitischen Ereignisse eine Überprüfung der aufgestellten Hypothesen vorgenommen. Danach erfolgt eine eigene Einschätzung der politischen Relevanz der Ergebnisse sowie die Einschätzung der politikwissenschaftlichen Relevanz der zugrundegelegten Theorien.

Der Untersuchung liegt dabei eine Literatur- und Dokumentenanalyse zugrunde, die durch Recherchen in Madrid und Berlin vervollständigt wurde. Die recherchierte Literatur wird dann anhand hermeneutischer Methoden - d.h. anhand sinnerschließender, interpretierender Verfahren - qualitativ analysiert und bewertet, wobei eine möglichst systemische, d. h. systemübergreifende, Sichtweise angestrebt wird.

Zur Forschungslage ist zu bemerken, daß viele Untersuchungen zu den hispano-kubanischen Beziehungen vor allem in Spanien vorgenommen wurden, doch entstammen diese Arbeiten größtenteils der Geschichtswissenschaft. Aufgrund der Aktualität des recherchierten Themas gibt

es noch keine umfassende Sekundärliteratur, so daß sich die Grundlagen dieser Arbeit auf direktes Analysematerial wie Dokumente und Zeitungsberichte stützen.

2 Theoretische Grundlagen und Erwartungshypothesen

Um Einflußfaktoren auf die Kubapolitik Aznars anhand verschiedener Theorien internationaler Beziehungen einordnen zu können, werden drei Ansätze gewählt, die jeweils unterschiedliche Parameter als handlungsbestimmend hervorheben. Das im Verlauf der Arbeit erarbeitete analytische Ergebnis der Untersuchung, soll anschließend einer der drei auf systemische Vollständigkeit gerichtete Theorien zugeordnet werden. Da alle drei untersuchten Ebenen - international, supranational und bilateral- ausschlaggebend für die Politikänderung Aznars sein könnte, soll bei der Wahl der Theorien dieser Möglichkeit Rechnung getragen werden. Der Neorealismus soll eventuelle Einflußfaktoren auf die Beziehungen Spaniens zu Kuba aus der Struktur des internationalen Systems sichtbar machen und erklären, während der Neofunktionalismus Einflüsse verständlich macht, die aus dem fortschreitenden Integrationsprozeß der EU-Mitgliedsländer entstehen. Als letzte Theorie soll der transnational-konstruktivistische Ansatz mögliche Zusammenhänge der Einflüsse gesellschaftlicher Akteure auf die hispano-kubanischen Beziehungen darlegen.

Im folgenden Kapitel sollen daher die für den Untersuchungsgegenstand der Arbeit relevanten Annahmen der jeweiligen Theorie herausgearbeitet werden und unter Rückgriff auf die erarbeiteten Erwartungshypothesen auf den konkreten Fall der Beziehungen Spaniens zu Kuba bezogen werden. In Kapitel 5 erfolgt dann eine Überprüfung der zugrundegelegten Erwartungshypothesen.

2.1 Der Neorealismus¹

Der Neorealismus entwickelte sich in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts aus dem Realismus. Vorangestellt werden sollen deshalb die aus dem Realismus übernommenen Grundlagen. Die zentralen Prämissen der realistischen Theorie formuliert Hans Morgenthau, der Hauptvertreter des Realismus, in seinem Werk „Macht und Frieden. Grundlegung einer Theorie der internationalen Politik“². Gegenstand des Realismus ist die Analyse zwischenstaatlichen Handelns. Grundannahme ist, daß die Nationalstaaten durch ihr Handeln die Struktur des internationalen Systems bedingen. Morgenthau legt dar, dass nur ein Staat Garant der Ordnung sein kann, da der Mensch geprägt ist vom Widerspruch zwischen schöpferischen und zerstörerischen Möglichkeiten seiner Freiheit. Die Struktur des internationalen Systems definiert Morgenthau als anarchisch³, aufgrund einer fehlenden Weltregierung mit Sanktionsmaßnahmen. Zentrales Motiv allen politischen Handelns ist der „im Sinne von Macht verstandene Begriff des Interesses“⁴. Der Schlüsselbegriff der politischen Theorie ist also das menschliche Interesse an Macht. Um sich in einer anarchischen Umwelt durchzusetzen sowie für die Sicherheit und die Souveränität der Staaten zu sorgen, müssen die Staaten über genügend Macht verfügen.

Wichtigste Akteure der internationalen Politik sind souveräne Nationalstaaten⁵. Ziele eines Staates sind die Sicherung der staatlichen Eigenentwicklung, die Durchsetzung des Nationalinteresses bei gleichzeitiger Stabilisierung des internationalen Staatensystems sowie die Machterhaltung und Machterweiterung. Mittel zur Verwirklichung dieser Ziele sind im klassischen Realismus

¹ Warum es möglich ist, eine Theorie internationaler Beziehungen zur Analyse sowohl der internationalen Beziehungen als auch der Außenpolitik eines Staates zugrunde zu legen, dazu siehe Snyder, Glenn, *Process Variables in Neorealist Theory*, in: *Security Studies* 5, Nr. 3 (1996), S. 167-192 und Elman, Colin, *Horses for Courses: Why not Neorealist Theories of Foreign Policy?*, in: *Security Studies* 6, No.1 (1996), S. 7-53.

² Vgl. Morgenthau, Hans, *Macht und Frieden. Grundlegung einer Theorie der internationalen Politik*, Gütersloh 1963.

³ Nach Morgenthau wird der Handlungsrahmen in der Analogie zum vorgesellschaftlichen Naturzustand gesehen: Mangels einer zentralen Zwangsgewalt befindet sich die Staatenwelt im Zustand internationaler Anarchie.

⁴ Vgl. Morgenthau 1963, S. 50ff.

⁵ Souveränität ist hier definiert als nach außen und nach innen wirkend. Innere Souveränität ist „die Eigenschaft der Staatsgewalt, durch die sie nach innen im Bereich des Staates, die rechtlich höchste Gewalt ist, die über allen anderen steht“. Äußere Souveränität ist „die rechtliche Unabhängigkeit eines Staates nach außen innerhalb der Schranken des Völkerrechts“. Aus: Herder Lexikon: Politik, Freiburg 1994, S. 192 f.

der Erwerb, Erhalt, die Vermehrung und die Demonstration von Macht sowie die Sicherheits-, Bündnis- und Gleichgewichtspolitik und die militärische Selbsthilfe. Macht ist somit sowohl Ziel als auch Mittel der Politik eines Staates. Es wird angenommen, dass es sich bei der internationalen Politik um ein Nullsummenspiel⁶ handelt, d.h. die Gesamtmenge der im internationalen Staatensystem verteilbaren Güter wie Macht, Ressourcen und Einfluß bleibt in aller Regel unverändert. Der Güterzuwachs eines Akteurs geht daher immer zu Lasten eines anderen.

Aus den Entwicklungen des internationalen Systems ab den 70er Jahren, v.a. der Verlust der Vormachtstellung der Vereinigten Staaten von Amerika, der mit der Theorie des Realismus nicht vollständig zu erklären war, entwickelte sich der Neorealismus⁷. Aus Kenneth Waltzs systemtheoretisch fundierter Analyse der Theorie internationaler Politik entwickelte sich das sog. mainstream strukturell-realistische Modell⁸. Die zentrale Aufgabe des strukturellen Realismus ist es, aufzuzeigen, welche Auswirkung die internationale Struktur auf die Handlungen von Nationalstaaten hat⁹. Aus dem Realismus werden die folgenden Axiome übernommen: Akteure des internationalen Systems sind Staaten, das Organisationsprinzip des internationalen Systems ist die Anarchie, die das Selbsthilfesystem der Staaten bedingt. Entgegen den Annahmen des Realismus sind es die Zwänge des Staatensystems, die als ausschlaggebend für das Verhalten der Staaten angesehen werden¹⁰. Als Ziel staatlichen Handelns gewinnt die wirtschaftliche Sicherheit wie z.B. die Steigerung der volkswirtschaftlichen Wohlfahrtsziele wachsende Bedeutung neben der militärischen Sicherheit. Die Verteilung von Macht gewinnt die größte Bedeutung für die Erklärung internationaler Politik¹¹. Macht wird im Neorealismus daher nicht als triebhafter Zweck des politischen Handelns gesehen sondern als Mittel der Selbstbehauptung und Sicherheit. Der Neorealismus operiert mit einem erweiterten Machtbegriff, d.h. ökonomische, politische und soziale Macht spielen neben der militärischen Macht eine mindestens gleich große Rolle.¹² Die Autoren des Neorealismus versuchen, das Machtstreben der Staaten nicht mehr anthropologisch¹³ zu begründen sondern leiten es aus einem strukturalistischen Argument ab, demzufolge ein Staat Macht besitzen muß, um sich in einer anarchischen Umwelt behaupten und durchsetzen zu können.¹⁴ Aus dieser Grundstruktur resultiert das Macht- und Sicherheitsdilemma¹⁵ der Staaten.

Das Überleben und die Sicherheit der Staaten wird nicht durch kollektive Sicherheit in Form Internationaler Organisationen gesichert¹⁶ sondern durch individuelle und kollektive Verteidigung

⁶ Vgl. Meyers, Reinhard, Grundbegriffe und theoretische Perspektiven der Internationalen Beziehungen, in: Grundwissen Politik, Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Schriftenreihe Band 345, Bonn 1997, S. 65f.

⁷ Hinter der Bezeichnung Neorealismus verbergen sich viele Varianten und Fortentwicklungen neorealistischer Annahmen. Hier soll hauptsächlich der Strukturelle Realismus von Waltz vorgestellt werden.

⁸ Vgl. Waltz, Kenneth, Theory of International Politics, New York 1979.

⁹ Vgl. Mastanduno/ Lake/Ikenberry 1989, S.461f.

¹⁰ Vgl. Mastanduno, Michael/ Lake, David/Ikenberry, G. John, Toward a Realist Theory of State Action, in: International Studies Quarterly 33, 1989, S.460.

¹¹ Vgl. Zürn 1994, S. 311.

¹² Vgl. Sheehan, Michael, The Balance of Power. History and Theory, London 1996, S. 7 f.

¹³ Morgenthau hatte seine Überlegungen zur Theorie der internationalen Politik mit den anthropologischen Studien Reinhold Niebuhrs unterlegt. In diesen Studien erklärt Niebuhr das Verhalten des Menschen als gelenkt von drei Trieben: dem Selbsterhaltungs-, dem Fortpflanzungs- und dem Machtrieb.

¹⁴ Vgl. Zürn 1994, S. 315.

¹⁵ Das Macht- und Sicherheitsdilemma wurde von J. Herz beschrieben als „diejenige Sozialkonstellation, die sich ergibt, wenn Machteinheiten [...] nebeneinander bestehen, ohne Normen unterworfen zu sein, die von einer höheren Stelle gesetzt werden und die sie hindern würden, sich gegenseitig anzugreifen. In einem derartigen Zustand treibt ein [...] Unsicherheitsgefühl die Einheiten in einem Wettstreit um Macht dazu, ihrer Sicherheit halber immer mehr Macht anzuhäufen“. Vgl. Masala, Carlo, Dyadische Beziehungen als Herausforderung an den Neorealismus: Das Beispiel Deutschland – Frankreich, in: Masala, C./Rolloff, R., Die Herausforderungen der Realpolitik, Köln 1998, S.269-290.

¹⁶ Laut Struktureller Realismus sind in einer anarchischen Struktur Staaten allgemein und speziell im Falle ihrer Kooperation auf relative statt absolute Gewinne fixiert. Da die relativ ungleiche Verteilung des gemeinsamen

in formellen und informellen Allianzen. Die Bündnisse erklären sich aus der Logik von Macht- und Gegenmachtbildung¹⁷. Waltz sieht daher das internationale System durch einen Balance-of-Power-Prozeß¹⁸ gekennzeichnet, in dem eine Machtzentralisierung verhindert wird. Nach der Aufhebung der Bipolarität im internationalen System muß jeder Staat selbst Koalitionen eingehen, um ein Mächtegleichgewicht in seinem Umfeld aufbauen zu können. Die Neorealisten geben Internationalen Organisationen (IO) keinen Akteursstatus, da ihrer Meinung nach Internationale Organisationen, wie oben beschrieben, „arenas for acting out power relationships“ sind, d.h. in den IO versuchen die Staaten ihre Individualinteressen durchzusetzen. Eine Zusammenarbeit kommt daher nur auf intergouvernementaler Ebene ohne supranationale Elemente zustande, da die Einzelinteressen schwer in Einklang zu bringen sind¹⁹. Link wertet die Funktion der Internationalen Organisationen jedoch positiver: Er sieht im internationalen System eine fortschreitende Verflechtung und somit eine steigende Interessenkonvergenz v.a. im ökonomischen Bereich. Daher wird eine Kooperation der Staaten in internationalen Organisationen wahrscheinlicher²⁰. Die Integrationsbemühungen der EU wertet er z.B. als integrative neorealistische Gleichgewichtspolitik.

Eine Kooperation der Nationalstaaten im internationalen System ist im Bereich der *high politics* nur auf intergouvernementaler Ebene ohne supranationale Elemente möglich – Beispiel wären hier die GASP und die CIN - , da die Einzelinteressen der Staaten schwer in Einklang zu bringen sind. Konkurrierende Parteien beurteilen dabei relative Gewinne höher als absolute Gewinne²¹. Staaten kooperieren also nur, um ihre Nationalinteressen durchzusetzen. Im Falle einer Kooperation gilt es zwischen *high* und *low politics* zu unterscheiden. *High politics* sind die sensiblen Politikbereiche, wie die Verteidigung, bei denen es nur schwerlich zur Kooperation kommt, da die Nationalstaaten hier keine Souveränität abgeben wollen. Unter *low politics* fallen jene Politikfelder, wie Umweltpolitik, in denen Kooperation mit Staaten leichter möglich ist²². Ideologieunterschiede haben keinen Einfluß auf die Beziehungen zwischen den Staaten.

Folgende Kernthesen lassen sich aus dem Neorealismus ziehen, die in der Arbeit auf ihre Relevanz überprüft werden sollen:

- Ziele sind die ökonomische Eigenständigkeit und militärische Sicherheit des Staates zu gewährleisten, dafür benötigen die Staaten genügend Macht und Einfluß.
- Nur der Staat, d.h. Staatschef und Ministerien, sind Akteure der zwischenstaatlichen Beziehungen.

Kooperationsgewinns der Normalzustand zwischenstaatlicher Kooperation darstellt, ist Kooperation an sich von vornherein fragwürdig. Internationale Politik ist auch im Strukturellen Realismus ein Nullsummenspiel. Vgl. Matthews, John C., Current Gains and Future Outcomes: When Cumulative Relative Gains Matter, in: *International Security* 21, Nr. 1 (1997), S. 112-146; Glaser, Charles/Matthews, John C., Correspondence: Current Gains and Future Outcomes, in: *International Security* 21, Nr. 4 (1997), S. 186-197.

¹⁷ Vgl. Link, Werner, *Die Neuordnung der Weltpolitik. Grundprobleme globaler Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert*, München 1998, S. 107.

¹⁸ Balance-of-Power soll hier verstanden werden als ein Mächtegleichgewicht, in dem kein anderer Staat einen anderen bedroht. Vgl. Sheehan 1996, S. 2f.

¹⁹ Vgl. Mearsheimer, John, The False Promise of International Institutions, in: *International Security*, No. 3, Vol. 19 1994/95, S.13.

²⁰ Vgl. Link, Werner, *Der Ost-West-Konflikt. Die Organisation der internationalen Beziehungen im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1988², S. 22-27.

²¹ Der Neorealismus sieht als ein Hindernisse für Kooperation die Verteilung der Gewinne an. So wird ein Staat, obwohl er absolute Gewinne durch eine Kooperation erzielen kann, nicht mit anderen Staaten kooperieren, wenn sein relativer Gewinn im Vergleich zu den anderen schlechter ausfällt. Vgl. dazu Dahl, Robert, *The Concept of Power*, in: *Behavioural Science*, Nr. 2 (1957), S. 201-215.

²² Zum politics-Begriff siehe Bogdanon, Vernon (Hrsg.), *The Blackwell Encyclopedia of Political Science*, Oxford 1987, S. 482-484.

- Determinierend sind nur Faktoren, die für alle Staaten gleich relevant sind, d.h. der Struktur des internationalen Systems inhärente Bedingungen wie Anarchie, Selbsthilfesystem, Polarität
- Innenpolitische Faktoren wie gemeinsame Geschichte, Traditionen, Werte und Familienverbände haben keinen Einfluß auf die Ausgestaltung der Beziehungen.
- Ideologische Unterschiede zwischen zwei Ländern spielen aus neorealistischer Sicht keine Rolle.
- Staaten kooperieren nur, wenn sie ihre nationalen Interessen durchsetzen können und dabei die relativen Gewinne hoch sind sowie wenn sie *Balancing* betreiben wollen.

Erwartungshypothesen für die spanisch-kubanischen Beziehungen aus neorealistischer Sicht

Aus diesen Kernthesen lassen sich folgende Erwartungen über die Politik Spaniens ableiten, die im Laufe der Arbeit überprüft werden sollen:

- Spanien versucht mit seiner Politik gegenüber Kuba seinen Einfluß auf internationaler Ebene auszudehnen und seinen Machtbereich zu erweitern.
- Akteure in den Beziehungen Spaniens zu Kuba sind König Juan Carlos II. als Regierungschef, José María Aznar als Ministerpräsident sowie die zuständigen Minister und Ministerien. Im Falle Spaniens kommt dabei Aznar die stärkste Rolle zu, da er der Regierungsangehörige mit den höchsten Machtbefugnissen ist.
- Die unipolare Struktur des internationalen Systems, im politischen Bereich bedingt durch die Vorherrschaft der USA, ist für das Verhalten Spaniens ausschlaggebend.
- Der historisch bedingte Hintergrund aus gemeinsamer Geschichte, Tradition und Werten hat keinen Einfluß auf die Kubapolitik Aznars.
- Das sozialistische System in Kuba hat keine Auswirkung auf die Politik der konservativen Regierung Aznars.
- Aznar wird in Internationalen Organisationen nur kooperieren, wenn er dort seine Interessen in Bezug auf Kuba durchsetzen kann.

2.2 Der Neofunktionalismus

Nach Haas²³, dem maßgeblichen Vertreter, der den Neofunktionalismus aus dem Funktionalismus von Mitrany entwickelte, werden zu Beginn eines Integrationsprozesses zur Wahrnehmung bestimmter gemeinsamer Aufgaben gemeinsame Institutionen geschaffen, die von weitgehend selbständig arbeitenden supranationalen Eliten geleitet werden. Ziel der neofunktionalistischen Theorie ist es, regionale Integrationsprozesse zu erklären. Kerngedanke der prozeßorientierten Sichtweise des Neofunktionalismus ist das Konzept des *Spill-over*, dessen zentrale Aussage ist, daß aus einer einmal begonnenen, erfolgreichen Zusammenarbeit in einem Funktionsbereich durch sachlogische Verknüpfung mit anderen Aufgabenbereichen die Integration in weitere, damit zusammenhängende Bereiche fortgesetzt wird. Das Haas'sche Konzept betont dabei den funktionalen *Spill-over*, in dem durch „Sachlogik“²⁴ eine Integrationsdynamik vom technisch-ökonomischen Bereich in den politischen Raum stattfindet, bzw. stattfinden muß²⁵: „The distinction between the political and the technical, between the politician and the expert, simply does

²³ Der Neofunktionalismus wurde 1958 von Ernst Haas aus dem Funktionalismus nach Mitrany entwickelt. Vgl. Haas, Ernst, *The Uniting of Europe. Political, Social and Economic Forces 1950-1957*, Stanford 1958 und Haas, Ernst; *Beyond the Nation-State*, Stanford 1964

²⁴ Vgl. Hallstein, Walter, *Die Europäische Gemeinschaft*, Düsseldorf 1979, S. 22f.

²⁵ Dies ist der entscheidende Unterschied zum Funktionalismus nach Mitrany in dem kein *Spill-over* vom technisch-ökonomischen Bereich in den politischen Raum stattfindet. Zum Funktionalismus vgl. Giering, Claus, *Europa zwischen Zweckverband und Superstaat*, Bonn 1997, S. 58-62.

not hold because issues were made technical by a prior political decision”²⁶. Die Entscheidung über den Kompetenztransfer liegt dabei bei den staatlichen Entscheidungsträgern.

Schmitter erweitert das Konzept des *Spill-over* um die *Externalisierungshypothese*, die sich mit den Auswirkungen des funktionalen *Spill-over* auf die Beziehungen zu Drittstaaten beschäftigt²⁷ und somit zu einer Förderung der Integration beiträgt. Nach Schmitter regelt die supranationale Ebene die Beziehungen zu anderen Staaten oder Organisationen in bereits vergemeinschafteten Politikbereichen der Mitgliedstaaten. Damit kann durch Wahrung der eigenen Interessen die gemeinsame Verhandlungsmacht gestärkt und gegen Drittstaaten ausgespielt werden²⁸. Auf lange Sicht werden bisher national definierte Interessen der Staaten eines Staatenzusammenschlusses zunehmend vergemeinschaftet und eine gemeinsame Außenpolitik nach und nach Form annehmen. Ergebnisse könnten in dem Falle Vereinbarungen zur Kooperation oder Assoziation mit einzelnen Staaten (z.B. Kooperationsabkommen) oder anderen regionalen oder globalen Organisationen (z.B. Mercosur, transatlantische Agenda) sein.

Grund für den zunehmenden Kompetenztransfer ist die transnationale Natur globaler Themen, die eine zunehmende Kooperation der Staaten untereinander erfordert. Voraussetzung für den Beginn und den Fortschritt eines regionalen Integrationsprozesses ist die Erkenntnis der Staaten, daß anstehende regionale und globale Probleme am besten gemeinsam gelöst werden. Neben dem gemeinsamen Faktor der transnationalen Suche nach Lösungsansätzen für regionale und globale Probleme nennt Schmitter als weitere Katalysatoren des Integrationsprozesses u.a. die relative Größe und Macht der Mitgliedstaaten, die Komplementarität der Wertvorstellungen der Eliten und die extraregionale Abhängigkeit²⁹. Weiterer Antrieb der Staaten zur Integration ist das Streben nach Sicherung und Erhöhung des Wohlstands und nach Stärkung der Wirtschaft. Fragen der Macht und Machtbalance treten in den Hintergrund und sollen durch Vertiefung der wirtschaftlichen und politischen Integration überwunden werden³⁰. Der Neofunktionalismus formuliert keine explizite normative Zielvorgabe hinsichtlich der politischen Struktur der Integration sondern er legt sein Hauptaugenmerk auf den Prozeß der Übertragung der Kompetenzen. Wichtigste Akteure des Neofunktionalismus-Ansatzes sind nach Haas in sogenannten *Pressure-groups* organisierte nationale, wirtschaftliche und gesellschaftliche Eliten, des weiteren politische Eliten der nationalen Regierungskreise sowie mit zunehmender Bedeutung supranationale Technokraten der Gemeinschaftsinstitutionen³¹. Von ihnen gehen die entscheidenden Impulse für eine weitere Integration aus. Das Ziel der Akteure ist es, Wohlstandsgewinne und andere Vorteile zu generieren. Dafür üben sie je nach Bedarf Druck sowohl auf nationale als auch auf supranationale Institutionen aus. Die Rolle der Akteure kann somit als aktive Teilnahme an der Gestaltung der Integration beschrieben werden. Eine intergouvernementale Zusammenarbeit, wie sie die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU darstellt, erklärt der Neofunktionalismus dementsprechend als ein Übergangsstadium hin zu einer vollen Integration. Es findet also ein gradueller Loyalitätstransfer der bürokratischen und politischen Eliten auf die übergeordnete Entscheidungsebene statt. Die Einstellung der Bürger gegenüber diesem neuen Entscheidungszentrum wird als *permissive-consensus*³² bezeichnet.³³ Als weiterer Schritt im Zuge der Integration muß nach der Errichtung supranationaler Institutionen graduell ein fortschreitender, sektoraler Transfer neuer oder die Ausweitung vorhandener Kompetenzen auf die supranationale

²⁶ Vgl. Haas 1964, S. 23.

²⁷ Vgl. Giering 1997, S. 83.

²⁸ Vgl. Schmitter 1969, S. 165.

²⁹ Vgl. Schmitter, 1971, S. 249

³⁰ Vgl. Giering, Claus, Europa zwischen Zweckverband und Superstaat, Bonn 1997, S. 212.

³¹ Vgl. Haas 1964, S. 23 f.

³² Zum *permissive-consensus* siehe Giering 1997, Kapitel 3.8.3.

³³ Vgl. Lindberg, Leon/Scheingold, Stuart, Europe's Would-be Polity, Patterns of change in the European Community, Englewood Cliffs 1970, S. 41f. Eine maßgebliche Beteiligung der Bevölkerung am Integrationsprozeß durch demokratisch legitimierte Institutionen wird vom Neofunktionalismus nicht gefordert

Ebene erfolgen. Erweist sich die supranationale Ebene als erfolgreich in der Lösungsfindung für gemeinschaftliche Aufgaben so werden die Staaten in Zukunft die gemeinschaftliche Ebene nutzen, um diejenigen Interessen durchzusetzen, die sich auf der nationalen Ebene als zunehmend schwierig oder auf gemeinschaftlicher Ebene als besser zu lösen erweisen. Wichtig für den Erfolg des Integrationsprozesses ist, daß die Staaten die Kooperationsgewinne als gerecht verteilt wahrnehmen³⁴. Dabei ist festzustellen, daß die Integration nicht nur in vertikal aufsteigender Richtung angetrieben werden kann. Umgekehrt und mit steigender Erheblichkeit können die supranationalen Gemeinschaftsorgane die an sie herangetragenen Forderungen an die politischen Eliten der Nationalstaaten weiterreichen. Im Falle der EU wäre dies die Kommission als „Motor der Integration“ und „Konsensproduzent“. Dies führt dazu, daß die gemeinsamen Institutionen eine erhöhte Handlungsfähigkeit mit einhergehenden Kompetenzerweiterungen erreichen.

Nach neofunktionalistischer Sichtweise basiert Integration also auf dem grundlegenden Gedanken, daß institutionelle Strukturen und das sich verändernde Verhalten der nationalen, politischen und wirtschaftlichen Eliten die Integration vorantreibt. Als neuer Kristallisationspunkt gemeinschaftlicher Entscheidungen entstehen neue Institutionen, es entsteht eine Verschiebung der Entscheidungen der Nationalstaaten hin zu einer „neuen Mitte“³⁵. Der Neofunktionalismus zeigt als Integrationsansatz einen Mittelweg zwischen einer grundsätzlich der Integration abgeneigten Form des regionalen Zusammenschlusses und der Gegenform einer umfassenden Integration in Form eines föderalen Systems.

Folgende Kernaussagen für die Politik eines integrierenden Nationalstaates lassen sich aus dem Neofunktionalismus ableiten, die im Laufe der Arbeit überprüft werden sollen:

- Im Zuge der europäischen Integration wird ein graduell fortschreitender Transfer von außenpolitischen Kompetenzen auf die intergouvernementale Ebene erfolgen, wenn die betroffenen Politikbereiche nationalstaatlich nur schwer zu regeln sind oder sich auf gemeinschaftlicher Ebene als besser zu lösen erweisen.
- Im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, die als zweite Säule der EU intergouvernemental geregelt ist, sind die Akteure die Nationalstaaten. In bereits vergemeinschafteten Politikbereichen der Mitgliedsländer regelt die supranationale Ebene die Beziehungen zu Drittstaaten.
- Die Staaten einer Gemeinschaft streben nach Sicherung und Erhöhung des Wohlstands und Stärkung der Wirtschaft.
- Grund für den zunehmenden Kompetenztransfer ist die transnationale Natur globaler Themen wie Demokratisierung, Menschenrechte und Wohlstand. So werden bisher national definierte Interessen zunehmend vergemeinschaftet.

Erwartungshypothesen des Verhaltens Spaniens gegenüber Kuba aus neofunktionalistischer Sicht

Anhand dieser Thesen lassen sich folgende konkrete Vorhersagen für das Verhalten Spaniens gegenüber Kubas aufstellen:

- Spanien wird Bereiche der Kubapolitik auf die intergouvernementale Ebene übertragen, um seine Ziele der Demokratisierung und Achtung der Menschenrechte, die allgemeiner Konsens auf EU-Ebene sind, mehr Nachdruck zu verleihen und dadurch besser zu erreichen.
- Akteur in der Gemeinsamen Außenpolitik ist die spanische Regierung, in bereits vergemeinschafteten Bereichen dahingegen die Kommission, der Rat und das Parlament.
- Spanien strebt zusammen mit allen anderen EU-Ländern nach Sicherung und Erhöhung des Wohlstands und Stärkung der Wirtschaft. So sorgen sie über die gemeinschaftliche Ebene für den Schutz ihrer wirtschaftlichen Interessen auf Kuba.

³⁴ Vgl. Schmitter 1997, S. 249 ff.

³⁵ Vgl. Haas, 1958, S. 16.

- Nach neofunktionalistischen Annahmen wird sich Spanien nach dem Kompetenztransfer der Kubapolitik an die auf intergouvernementaler Ebene getroffenen Entscheidungen über Art und Umfang der Beziehung zu Kuba halten.

2.3 Der transnational-konstruktivistische Ansatz

Um etwaige Einflüsse transnationaler Akteure³⁶ auf die Kuba-Politik Spaniens zu messen, soll das transnationale Modell nach K.W. Deutsch hier als dritter Theorieansatz zugrundegelegt werden.³⁷ Der Konstruktivismus findet Eingang in das Modell des transnationalen Ansatzes durch den Ansatz von Risse-Kappen.³⁸ Sowohl der Neorealismus als auch der Neofunktionalismus vernachlässigen weitgehend den Einfluß von transnationalen Akteuren in den internationalen Beziehungen und untersuchen folglich nicht die mögliche Einwirkung dieser Akteure auf staatliche Entscheidungsträger und die daraus folgenden Auswirkungen auf die Außenbeziehungen der Staaten. Der transnationale Ansatz geht von folgenden Annahmen aus:

- mit zunehmenden weltweiten Verflechtungs- und Interdependenzphänomenen politischer, ökonomischer, ökologischer und gesellschaftlicher Problemfelder wird der Absolutheitsanspruch des Staates als einzigem Akteur der internationalen Politik aufgeweicht.
- Die Struktur des internationalen Systems ist nicht in erster Linie durch Nationalstaaten gegliedert sondern multizentrisch durch ein netzartig miteinander verflochtenes, grenzübergreifendes wie grenzunterlaufendes Konglomerat in unterschiedlicher Art organisierter gesellschaftlicher und staatlicher Akteure, in dem Staaten nur noch eine Teilmenge aus der Gesamtheit der internationalen Akteure darstellen.

Der Kern des transnationalen Ansatzes könnte durch den Begriff „Weltpolitik in der Weltgesellschaft“ beschrieben werden, somit wird das überkommene Bild der internationalen Politik als Nullsummenspiel macht- und gewaltgestützter Interessendurchsetzung, der in einem anarchischen Naturzustand agierenden Souveräne, transzendiert.

Besonders in stark pluralistisch gegliederten Gesellschaften nimmt die Einflußnahme transnationaler Akteure in bedeutendem Maße zu, wobei die bearbeiteten Themenbereiche nach funktionalen Kriterien gegliedert sind und eine große Bandbreite an Themen umfassen.

Akteure sind Parteien, Verbände, Unternehmen, Gewerkschaften, weltanschauliche Organisationen usw. Dabei verfügen die gesellschaftlichen Akteure über eine Vielfalt von Mitteln zur Durchsetzung ihrer Ziele. Sie gewinnen Einfluß und agieren in Bereichen der internationalen Politik, in denen der Staat nur unzureichend tätig wird. Die staatliche Handlungsautonomie wird von transnationalen Akteuren durch Veränderung binnengesellschaftlicher Parameter von „unten“ und „innen“ dort unterminiert, wo es eine schwache staatliche Struktur und ein starkes Gesellschaftssystem zulassen.

Gesellschaftliche und politische Kräfte im Inneren eines oder mehrerer nationalstaatlicher Systeme können mit den nach außen gerichteten Aktivitäten nationalstaatlicher Akteure oder Internationaler Organisationen ein interdependentes Handlungssystem bilden.³⁹ Dabei werden die gesellschaftlichen Akteure politisch relevant, sobald sie versuchen, direkt oder über den Weg gleichartiger Korrespondenzpartner Einfluß auf die Politik anderer Regierungen auszuüben.

Andererseits kann sich auch eine nationalstaatliche Regierung der in ihrem Territorium ansässigen gesellschaftlichen Akteure bedienen, um mit ihrer Hilfe in anderen Staaten gesellschaftliche Parameter zu verändern und so den staatlichen Entscheidungs- und Handlungsspielraum zu be-

³⁶ Transnationale Akteure sind gesellschaftliche Akteure wie INGOs, multinationaler Konzerne, ökologische und wertegerichtete Organisationen und Kirchen.

³⁷ Vgl. Deutsch, Karl, *The Analysis of Internationale Relations*, N. J. 1978.

³⁸ Vgl. Risse-Kappen, Thomas, *Bringing transnational relations back in. Non-State Actors, domestic structures and international institutions*, Cambridge 1995, S.4.

³⁹ Vgl. Meyers, Reinhard, *Grundbegriffe und theoretische Perspektiven der Internationalen Beziehungen*, in: Bundeszentrale für politische Bildung, *Grundwissen Politik*, 1997, S.333 ff.

einflussen. Handlungsanreize der transnationalen Akteure liegen in innerstaatlichen wie internationalen Macht- und Interessenaggregationen, die das Verhalten der Akteure im globalen System motivieren und steuern.

Schwerpunkt der Aufmerksamkeit der gesellschaftlichen Akteure liegt nicht mehr, wie im Neorealismus, in Bereichen wie Sicherheitspolitik oder anderen *high politics*-Bereichen sondern wird je nach Wertkonzept des Akteurs in aktuellen Problembereichen definiert.

Die Auswahl und die Bearbeitung des Themenbereichs wird wiederum durch Identitäten, gemeinsame Werte, Ideen und Normen der gesellschaftlichen Akteure bestimmt. Hierüber findet der konstruktivistische Ansatz Einbindung in das Modell des Transnationalismus.

Ziel dieses transnational-konstruktivistischen Ansatzes ist es, zu erklären, welchen Einfluß Identitäten, aggregierte Werte, Ideen und Normen auf die internationale Politik haben und wie sie dort für Wahrnehmungs- und Interessenänderungen anderer staatlicher und nichtstaatlicher Akteure sorgen. Dazu bezieht er einmal den sozialen Kontext des internationalen Systems mit ein, in dem die Akteure handeln⁴⁰. Zum Zweiten konstituieren sich nach Sikkink sowohl Identitäten als auch Interessen und Ideen durch den gesellschaftlichen Diskurs⁴¹. Interessen sind im Gegensatz zum Neorealismus und Neofunktionalismus somit nicht außerdiskursiv, d.h. exogen gegeben und sie lassen sich nicht Ideen gegenüberstellen sondern sie gehen auf die Identität der Akteure zurück. Der transnational-konstruktivistische Ansatz geht also davon aus, daß das Verhalten von Staaten im internationalen System auch durch Normen und Identitäten, die die Interessen von Staaten definieren, bestimmt wird.⁴² Ferner betrachtet der transnational-konstruktivistische Ansatz das internationale System als handlungsdeterminierenden und -determinierten Faktor der internationalen Akteure, d.h. es findet eine gegenseitige Beeinflussung der Akteure und des Systems statt.⁴³

Folgende Kernthesen, die im Laufe der Arbeit überprüft werden sollen, können aus diesen Annahmen formuliert werden:

- Durch zunehmende globale Verflechtung und Interdependenz sind Staaten nicht mehr alleinige Akteure und Entscheidungsträger in den internationalen Beziehungen. Gesellschaftliche Akteure nehmen zunehmend Einfluß.
- Mittels der Veränderung binnengesellschaftlicher Parameter beeinflussen und beschneiden die gesellschaftlichen Akteure den Handlungsspielraum staatlicher Akteure und nehmen damit Einfluß auf die Politik ihrer eigenen und anderer Regierungen.
- Die staatlichen Akteure können sich auf der anderen Seite der gesellschaftlichen Akteure bedienen, um mit ihrer Hilfe in anderen Staaten gesellschaftliche Parameter zu verändern und um so den Handlungsspielraum zu beeinflussen.

⁴⁰ Vgl. Checkel, Jeffrey, The Constructivist Turn in International Relations Theory, in: World Politics 50 (1998) 2, S. 324 f.

⁴¹ Nach Habermas und Foucault konstruieren Diskurse Realität. Diskurs ist also ein Geflecht von Texten, die je nach Kontext bestimmen, wie und als was ein bestimmter Gegenstand und somit Realität konstruiert wird. Diskursive Elemente sind dabei u.a. Ideen. Nach Goldstein/Keohane sind Ideen definiert als „beliefs held by individuals“. Vgl. Goldstein, Judith/ Keohane, Robert, Ideas & Foreign Policy: Beliefs, Institutions, and Political Change, Ithaca 1993, S. 3. Glaube und Überzeugungen konstituieren im gesellschaftlichen Diskurs also einen Teil der Realität und definiert somit mögliche Interessen auf die wiederum transnationale Akteure reagieren. Vgl. Habermas, Jürgen, Citizenship and National Identity: Some Reflections on the Future of Europe, in: Praxis International 12:1 (1992), S. 1-19 und Foucault, Michel, The Order of Discourse, in: Shapiro, Michael (Hrsg.), Language and Politics, Oxford 1984, S. 127 und Risse, Thomas/Sikkink, Kathryn, The socialisation of international human rights norms into domestic practices: introduction, in: Risse, T./Ropp, Stephen, C./Sikkink, K. (Hrsg.), The power of human rights: international norms and domestic change, Cambridge 1999, S. 9.

⁴² Vgl. Risse, Thomas/Sikkink, Kathryn, a.a.O., S. 9.

⁴³ Vgl. Checkel 1998, S. 326.

- Innerstaatliche und internationale Macht- und Interessenaggregation sind Handlungsanreize der gesellschaftlichen Akteure und steuern ihr Verhalten.
- Das Verhalten von Staaten im internationalen System beruht nicht nur auf exogen gegebenen systemischen Faktoren sondern auch auf der Einhaltung von Normen und der Erkenntnis, daß gemeinsamen Identitäten, Werten und Ideen in den internationalen Beziehungen Rechnung getragen werden muß.
- Erwartungshypothesen des Verhaltens Spaniens gegenüber Kuba aus transnational-konstruktivistischer Sicht

Aus diesen Kernaussagen ergeben sich folgende Thesen zum Verhalten Spaniens gegenüber Kuba:

- Spanische gesellschaftliche Akteure wie NRO, Parteien, Verbände, Internationale Organisationen, Kirche und Zivilgesellschaft nehmen zunehmend Einfluß auf die Beziehungen Spaniens zu Kuba.
- Die spanischen gesellschaftlichen Akteure sind in der Lage, ihre Interessen weitgehend direkt an die kubanischen Adressaten zu richten und sie nehmen damit Einfluß auf das Verhalten der spanischen sowie der kubanischen Regierung.
- Die spanische Regierung bedient sich gesellschaftlicher Akteure, um mit ihrer Hilfe in Kuba gesellschaftliche Parameter zu verändern.
- Es wird innenpolitisch ein heftiger, umfassender und andauernder Diskurs über das Vorgehen der spanischen Regierung hinsichtlich der Kubapolitik geführt, weil die spanischen gesellschaftlichen Akteure ihre Interessens- und Einflußsphäre auf Kuba zu schützen suchen.
- Die spanische Gesellschaft betont die gemeinsame Identität und die geteilten Werte, was dazu führt, daß der gesellschaftspolitische Diskurs der zivilgesellschaftlichen Gruppen Einfluß auf die binnengesellschaftlichen Parameter nehmen und die spanische Regierung aufgrund der Macht der gesellschaftlichen Akteure ihre Forderungen mit berücksichtigen muß.

3 Rahmenbedingungen und Grundlagen der Politik Spaniens gegenüber Kuba

3.1 Historischer Abriß

Im folgenden Kapitel soll ein Überblick gegeben werden über die für die Analyse der Kubapolitik unter der Regierung Aznar wichtigen Grundlagen der hispano-kubanischen Beziehungen unter besonderer Berücksichtigung der Beziehungen seit dem Beitritt Spaniens zur EG. Dabei soll analysiert werden, durch welche Faktoren die Beziehungen geprägt und verändert wurden und welche Konstanten in der Kubapolitik Spaniens nachzuweisen sind, um später die Neuerungen unter Aznar besser verdeutlichen zu können.

3.1.1 „...más se perdió en Cuba“ - Die Kolonialzeit

Die bis heute andauernde enge Bindung zwischen Spanien und Kuba wird mit der spanischen Eroberung und Besiedlung Kubas begründet. Von 1492 bis 1898 ist Kuba, mit kurzer Unterbrechung in den Jahren 1762-1763 - die Briten erobern die Insel, treten sie aber dann gegen Florida wieder an die Spanier ab - politisch, kulturell und wirtschaftlich ein Ziehkind Spaniens. Die Insel wird während der Kolonialzeit von aus Spanien abgesandten Generalkapitänen verwaltet, politisch ist sie somit vollständig abhängig vom Mutterland. Kuba ist als Vorposten des spanisch-amerikanischen Reichs wirtschaftlich eine der führenden Kolonien des imperialen Spaniens. Der Grund hierfür liegt in seiner Lage auf der transatlantischen Hauptachse des imperialen Kontroll-, Dienstleistungs-, Handels-, Kommunikations- und Transportsystems zwischen Sevilla/Cádiz und der neuen Welt, der sog. *Carrera de Indias*⁴⁴. Die Insel zeigt lange keine Unabhängigkeitsbestrebungen, da sie mit 52% spanischer Einwanderer politisch und kulturell Spanien sehr nahe steht.⁴⁵ Kuba geht nach dem Spanisch-Amerikanischen Krieg 1898 im *Frieden von Paris* an die USA und wird 1902 de jure endgültig unabhängig. Mit dem Verlust seiner letzten Kolonie verliert Spanien seinen Status als Imperialmacht und wird politisch und ökonomisch auf sich selbst zurückgeworfen. Der Ausdruck „más se perdió en Cuba“ [„es wurde mehr in Kuba verloren...“] deutet an, welche dramatischen Folgen die Unabhängigkeit dieser letzten Kolonie für Spanien hat. Die vormals als innenpolitische Angelegenheiten zwischen Peripherie und Zentrum, werden durch die Unabhängigkeit zu außenpolitischen Beziehungen, daher muß Spanien in der Folge reguläre diplomatische Beziehungen zu Kuba aufnehmen und eine Außenpolitik gegenüber der Insel entwerfen.

3.1.2 Interessen in den außenpolitischen Beziehungen seit der Unabhängigkeit Kubas (1898) bis zum Beitritt Spaniens zur EG (1986)

Spaniens Beziehungen zu Kuba spielen sich seit der Unabhängigkeit Kubas 1898 bis zum Beitritt Spaniens zur EG 1986 auf bilateraler Ebene ab. Jedoch nehmen die Beziehungen der beiden Länder zu den USA stets eine wichtige intervenierende Rolle ein, da beide starke Interessen an der Karibikinsel haben. Spanien versucht, die guten gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Beziehungen, die seit der Kolonialzeit bestehen, nach der Unabhängigkeit Kubas nicht abreißen zu lassen, denn zunächst ist die ehemalige Kolonie das wirtschaftlich stärkere Land. Kuba ist Anfang des 20. Jahrhunderts durch seine geostrategische Lage als Brückenkopf in den karibischen Raum und durch seine wachsende Wirtschaftskraft für Spanien immer noch von strategischer Bedeutung. Durch eine weitere Welle spanischer Wirtschaftsflüchtlinge nach Kuba

⁴⁴ Auf der *Carrera de Indias* segelte ein Mal jährlich die spanische Handelsflotte von Sevilla bzw. Cádiz nach Havanna. In Havanna trennten sich die Schiffe und segelten weiter in Richtung ihrer Zielhäfen im karibischen Raum. Treffpunkt war später im Jahr wieder Havanna von wo aus die Flotte beschützt wieder die Rückreise antrat. Diese Funktion als Umschlaghafen machte u.a. Havanna zu einer der reichsten Städte des spanischen Imperiums.

⁴⁵ Vgl. Cruz 1992, S. 75. Umfassende Darstellungen und Analysen zur Kolonialzeit Kubas finden sich bei Zeuske, Michael/Zeuske, Max, *Kuba 1492-1902. Kolonialgeschichte, Unabhängigkeitskriege und erste Okkupation durch die USA*, Leipzig 1998; Zeuske, Michael, *Kleine Geschichte Kubas*, München 2000 und Moreno Fragnals, Manuel, *Cuba/España. España/Cuba. Historia Común*, Barcelona 1995.

werden die sozialen Bindungen im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts erneuert und verstärkt.⁴⁶ Kubas Wirtschaft ist auf den US-amerikanischen Markt ausgerichtet, so daß sich enge wirtschaftliche Bindungen zum wirtschaftlich schwachen Spanien anfangs kaum entwickeln.⁴⁷

Für die USA hat Kuba vor allem geostrategische Bedeutung. Die geographische Lage und Ausbreitung der größten Antilleninsel erlaubt es Kuba theoretisch, die Kontrolle über den Zugang zum Golf von Mexiko zu übernehmen. Darin liegt für die USA ein militärstrategisches Sicherheitsrisiko. Während des Ost-West-Konflikts⁴⁸ bedeutet Kuba, vor allem nach der kubanischen Revolution, für die USA ein Risiko als potentielle Führungsmacht in der Karibik. Der Mittelamerika-Karibik-Raum ist wirtschaftlich arm und politisch ein Unruheherd. Die Gefahr besteht somit, daß das kubanische politische Modell in dieser Region Anhänger findet. Des Weiteren bildet die enge Beziehung Kubas zur UdSSR eine Gefährdung der US-amerikanischen Sicherheit.⁴⁹ Die Folge ist eine seit 1961 anhaltende Blockadepolitik, um das sozialistische Regime Castros zu stürzen.

Durch den Sieg Francos im spanischen Bürgerkrieg und dessen pro-deutscher Haltung wird Spanien ab 1946 auf Betreiben der USA international isoliert. Die Entwicklungen des Kalten Krieges führen jedoch schon 1949 zur Aufhebung der Boykottpolitik. Die USA unterstützen nun das Franco-Regime als Gegner des Kommunismus und schließen mit Spanien ein Stützpunktabkommen sowie einen Vertrag über wirtschaftliche bzw. militärische Hilfe, um die Überwachung des westlichen Mittelmeers zu gewährleisten.⁵⁰ Die Abkommen verhelfen Spanien zu internationaler Anerkennung und sind Initialzündung für die wirtschaftliche Erholung des Landes. Einerseits sind die USA also dafür verantwortlich, daß Spanien durch den Verlust der letzten Kolonie im Spanisch-Amerikanischen Krieg auf sich selbst zurückgeworfen wurde, andererseits verdankt Spanien den USA Aufbauhilfe und Reintegration in das westliche System. Obwohl Spanien unter Franco als ‚Satellit‘ der USA bezeichnet wird,⁵¹ mißachtet Spanien gleich zu Beginn der verschärften US-Kubapolitik die US-amerikanische Blockade gegen die Insel und schließt 1963 einen Handelsvertrag mit Havanna.⁵² Die Devise Spaniens lautet, die historisch gewachsenen Beziehungen zu Kuba unter keinen Umständen zu gefährden, auch wenn dabei die Interessen der verbündeten USA gekreuzt werden.

Die wirtschaftlichen Beziehungen Spaniens zu Kuba intensivieren sich ab 1959, als Kuba den Absatz- und Beschaffungsmarkt der USA durch die Konfrontation zwischen der sozialistischen kubanischen Regierung und den US-Amerikanern verliert. Kuba sucht neue westliche Verbündete und wirtschaftliche Partner. Spanien ist zu dem Zeitpunkt aufgrund der langsamen wirtschaftlichen Erholung in der Lage, ein wirtschaftlich potenter Partner Kubas zu werden. Die Beziehungen zwischen den beiden Ländern sind nach 1945 und besonders ab 1959 durch drei große Leitlinien gekennzeichnet:

- Politisch bietet Kuba Spanien die Möglichkeit, seine Eigenständigkeit, d.h. seine außenpolitische Unabhängigkeit von den USA zu demonstrieren

⁴⁶ Während des ersten Drittels des 20. Jahrhunderts wandern insgesamt 780.000 Spanier nach Kuba aus. Detaillierte Ausführungen zur Situation und Geschichte der Spanien auf Kuba bei Maluquer de Motes, Jordi, *Nación e inmigración: los españoles en Cuba (s. XIX y XX)*, Madrid 1992.

⁴⁷ Vgl. Arenas, Juan, *Breve reflexión sobre las relaciones económicas hispano-cubanas*, in : *Economía Exterior* Núm 8, 1999, S.30.

⁴⁸ Zum Ost-West-Konflikt siehe Link, Werner, *Der Ost-West-Konflikt. Die Organisation der internationalen Beziehungen im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1988². Und Link, Werner, *Die Neuordnung der Weltpolitik. Grundprobleme globaler Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert*, München 1998.

⁴⁹ Plakatativ ist hier die Kubakrise 1962 zu nennen, während der die UdSSR Langstreckenraketen auf Kuba stationierte.

⁵⁰ 1953 kommt es zur Unterzeichnung des Stützpunktabkommens zwischen den USA und Spanien, das unter anderem die Lagerung von Atomwaffen auf spanischem Boden erlaubt.

⁵¹ So Fernando Morán, spanischer Außenminister (1982-1986). Vgl. Gillespie/Rodrigo /Story 1995, S. 142.

⁵² Vgl. Cruz 1992, S. 69.

- Wirtschaftlich soll der Handel mit und die Investitionen auf Kuba gesteigert werden, so wird Kuba der Meistbegünstigtenstatus gewährt⁵³.
- Kulturell soll über den 1949 gegründeten *Consejo de la Hispanidad*⁵⁴ mit dem Gedanken des *Hispanoamericanismo*⁵⁵ die kulturelle Durchdringung Kubas vorangetrieben werden.⁵⁶

Hinter allen Projekten steht das Ziel, durch enge wirtschaftliche, ökonomische und kulturelle Beziehungen zu den lateinamerikanischen Staaten, darunter auch Kuba, Spaniens Status als Mittelemacht im internationalen System aufzubauen und zu stärken.⁵⁷

Die wichtigsten bilateralen Abkommen im institutionellen Bereich, die die Finanz-, Kooperations- und Handelsströme zu Kuba vereinfachen sollen, sind:

- das 1979 geschlossene Handelsabkommen⁵⁸
- das 1981 zwischen der Banco de España und der Banco Nacional de Cuba unterzeichnete *Convenio de Crédito Recíproco*, das als bilaterales Zahlungssystem konzipiert ist, mittels dessen aber ab 1987 versucht wird, die Abtragung der kubanischen Schulden voranzutreiben.⁵⁹
- das 1985 unterzeichnete *Acuerdo de Cooperación Económica e Industrial*, das jährliche Treffen in der *Comisión Mixta* vorsieht. Dieses Forum soll den Handelsaustausch überwachen und dessen Aus- und Aufbau betreiben und ferner Lösungen für Probleme in den Bereichen Handel, Investitionen und Schuldenabbau erarbeiten.

Spaniens Ziel ist es, den kubanischen Markt für spanische Produkte zu bearbeiten und auszubauen.

Als störendes Element in den hispano-kubanischen Beziehungen steht die ungeklärte Entschädigung und die Schuldenfrage zwischen den beiden Ländern. Daher versucht González ab 1982, über die Schuldenfrage Kubas und über die Entschädigungszahlungen über die Anfang der 60er Jahre vorgenommenen Enteignungen zu verhandeln, von der knapp 3.000 Spanier betroffen sind.⁶⁰ Letzteres wird 1986 abschließend geregelt.

Die Demokratisierung Spaniens ab 1975 bildet auch außenpolitisch eine Zäsur. Nach der 40-jährigen Regierungszeit Francos müssen die neuen Regierungen ihre Außenpolitik sowohl den veränderten weltpolitischen Gegebenheiten als auch der neuen innenpolitischen Dimension anpassen.⁶¹ Mit Spaniens Transition ändern sich auch die Qualität der außenpolitischen Beziehungen zu Kuba, da jetzt eine demokratisch gewählte Regierung einem diktatorischem Regime gegenübersteht. Mit dem Erfolg der politischen Transition wird Spanien von den lateinamerikanischen Ländern als Vermittler in Konfliktsituationen angerufen. In dieser neuen Rolle Spaniens

⁵³ Vgl. Hernández, Julio/ Caunedo, Silvia, España-Cuba: una historia de crisis y reconciliaciones, in: Meridiano CERI, Nr. 19, 1998, S. 18; Cruz, Alberto, Relaciones Bilaterales entre el Estado español y Cuba: del autonomismo al entreguismo en la política exterior, in: Cuadernos Africa-América Latina, Nr. 8, S. 68.

⁵⁴ Der *Consejo de la Hispanidad* wurde mit dem Ziel der kulturellen Durchdringung des Spanischen in Lateinamerika gegründet. Zur Entstehung und Entwicklung des Consejo de la Hispanidad siehe Gillespie/Rodrigo /Story 1995, S. 143.

⁵⁵ Der Anfang des 20. Jahrhunderts entwickelte *Hispanoamericanismo* verfolgt das Ziel, die lateinamerikanischen Staaten in einer iberamerikanischen Gemeinschaft über die gemeinsame kulturelle Identität politisch, wirtschaftlich und kulturell wieder an Spanien anzunähern.

⁵⁶ Vgl. Gillespie/Rodrigo /Story 1995, S. 143.

⁵⁷ Vgl. Hernández, Julio/ Caunedo, Silvia, España-Cuba: una historia de crisis y reconciliaciones, in: Meridiano CERI, Nr. 19, 1998, S. 17.

⁵⁸ Vgl. BOCG, Senado vom 11-4-88.

⁵⁹ Vgl. Iglesia-Caruncho, Manuel/Paz Ramos, Mari, La relación hispano-cubana en el centenario del 98, in: Leviatán No. 71 1998, S. 63 und BOCG, Senado vom 11-4-88.

⁶⁰ Vgl. Hernández, Julio/ Caunedo, Silvia, España-Cuba: una historia de crisis y reconciliaciones, in: Meridiano CERI, Nr. 19, 1998, S. 19.

⁶¹ Vgl. Arenal, Celestino del, Cambio y Autonomía en la Política Iberoamericana de España, in: Leviatán, Primavera 1990, S. 35.

ergeben sich die ersten Unstimmigkeiten mit Castro durch dessen Unterstützung der Guerilla in Zentralamerika, die die von Spanien verfolgte Politik der Befriedung in dieser Region stören.⁶²

Das Interesse Spaniens liegt darin, stets die Beziehungen so zu gestalten, daß die ökonomischen Interessen auf dem einzigen Markt der Welt, auf dem keine US-Firma vertreten ist, in größtmöglichem Maße wahrgenommen werden können. Mit der demokratischen Transition kommt im politischen Bereich hinzu, daß Spanien stetiger Mahner für einen Wandel hin zu demokratischen Strukturen, Rechtstaatlichkeit und Menschenrechten auf Kuba wird, v.a. als sich in den 80er Jahren in ganz Lateinamerika die Diktaturen auflösen und somit die politische Isolation des kubanischen Regimes noch deutlicher zum Vorschein tritt. Die kulturelle Ebene wird durch künstlerischen und wissenschaftlichen Austausch gefördert. Die familiären Bindungen zwischen den beiden Ländern bilden dabei immer den Kristallisationspunkt der Beziehungen. Damit spielen die familiären Bindungen in den hispano-kubanischen Beziehungen die wichtigste Rolle dieser Art in den außenpolitischen Beziehungen Spaniens.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß die Beziehungen Spaniens zu Kuba, seit der Unabhängigkeit Kubas, sogar unter Franco, stets auf kooperativer Basis geführt werden. Die starken familiären Bindungen und das ökonomische Interesse Spaniens hat zur Folge, daß Kuba für Spanien immer von besonderem Interesse ist, ein Sachverhalt, dem die spanische Politik stets ihren Tribut zollt.

3.2 Die Kubapolitik Spaniens nach dem Beitritt zur EG

Die Kubapolitik Spaniens bekommt nach dem Beitritt Spaniens zur EG einen neuen Dimension. Spanien ist jetzt vor allem auf wirtschaftlicher Seite eingebunden in die Verträge der EG. Gleichzeitig versucht Spanien jedoch der Besonderheit seiner Beziehungen zu Kuba über die bilaterale Ebenen weiter Rechnung zu tragen. Im folgenden Kapitel sollen Konstanten der spanischen Kubapolitik auf bilateraler Ebene sowie Neuerungen der Politik, die sich aus dem Beitritt zur EG ergeben, untersucht werden. Des Weiteren soll die Position Spaniens zu Kubafragen innerhalb der EG untersucht werden.

3.2.1 Bilaterale Beziehungen Spanien – Kuba: Außenpolitische Grundlinien

Vor allem auf wirtschaftlicher Ebene ergeben sich für die hispano-kubanischen Beziehungen Spaniens zu Kuba neue Richtlinien. Auf ökonomischer Ebene muß Spanien durch den Beitritt zur EG die alten Handelsabkommen durch neue wirtschaftliche und industrielle Kooperationsabkommen ersetzen, da Handelsfragen exklusive Kompetenz der EG sind. So wird im Rahmen der *Comisión Mixta*, die sich am 3. Oktober 1985 in Madrid trifft, das neue Abkommen unterzeichnet, das nach den Anforderungen der EG formuliert wird.⁶³ So muß Spanien für einige Produkte die Einfuhrzölle senken, z.B. für Kaffee und Kakao oder erhöhen, wie für Tabak.⁶⁴ Hier ist ganz klar zu erkennen, daß Spanien seine ökonomischen Beziehungen nicht mehr nationalstaatlich autonom regeln kann, jedoch versucht Spanien, die wirtschaftliche Kooperation zu erhöhen u.a. durch die Unterzeichnung des spanisch-kubanischen Wirtschaftsprotokolls, das den Kreditrahmen für spanische Exporte für 1985 um 13% auf ein Gesamtvolumen von 10.400 Mio. Pesetas erhöht und durch die Eröffnung der *Oficina de Cooperación* in Havanna, die 1988 das spanische Handelsbüro ersetzt und eine planvolle und ständige Präsenz der spanischen Kooperation auf der Insel ermöglicht.⁶⁵ 1995 wird das *Acuerdo para la Promoción y Protección Recíproca de Inversiones (Investitionsschutzabkommen)*, das den spanischen Investitionen eine höhere juristische Sicherheit gewährt, unterzeichnet.⁶⁶ Trotz zum Teil einschränkender gemeinschaftlicher EG-Handelspolitik

⁶² Vgl. Roy, Joaquín, Las relaciones actuales entre España y Cuba, in: Revista CIDOB d' Afers Internacionals No 12 y 13, 1988, S.10f und Cruz 1992, S. 72.

⁶³ Vgl. BOCG, Senado vom 19.11.1985

⁶⁴ Vgl. BOCG, Senado vom 19.11.1985.

⁶⁵ Vgl. Iglesia-Caruncho/Paz Ramos, 1998, S. 63.

⁶⁶ Vgl. Iglesia-Caruncho/Paz Ramos, 1998, S. 63 und BOCG, Senado vom 17.03.1997.

versucht Spanien weiterhin, seine bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zu optimieren, um sich als attraktiver Verhandlungspartner zu präsentieren.

Politisch kämpft Spanien nach dem Beitritt zur EG noch stärker für die friedliche Transition Kubas und verurteilt massiv die Strategie der USA, durch Embargopolitik die Demokratie herbeizuführen. Nach Spaniens Überzeugung sind u.a. wirtschaftliche Liberalisierung und ausländische Investitionen die Mittel, die notwendigen demokratischen Reformen herbeizuführen. So schlägt Spanien Kuba 1993 ein passendes Programm zur Liberalisierung des kubanischen Wirtschaftssystems vor, das die weitgehende Privatisierung rentabler Staatsfirmen und die Sanierung oder Schließung unrentabler Betriebe sowie Gewerbefreiheit in Handel, Dienstleistungen und Landwirtschaft vorsieht.⁶⁷ Die Demokratisierungsforderungen werden ab 1989 verstärkt⁶⁸, als mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion ein Festhalten Kubas an einem sozialistisch-kommunistischen Regierungsstil nicht mehr gerechtfertigt ist. Diese Forderungen sind Teil einer politischen Mission Spaniens in Lateinamerika, die sich zum Ziel setzt, in den noch nicht demokratisch regierten Ländern Lateinamerikas politische Reformen nach Maßgabe der spanischen Transition von 1975 voranzutreiben.⁶⁹ In Bezug auf Kuba bedeutet dies, daß Spaniens Ministerpräsident Felipe González eine Politik des „Wandels durch Kooperation und politischen Dialog“ verfolgt, mit der Spanien verstärkt von Castro demokratische Reformen, Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte fordert. Gleichzeitig macht González Castro für die Wirtschaftskrise im Land verantwortlich und hört die Meinung der internen Opposition.⁷⁰ Die Qualität der Beziehung ändert sich also, geht die spanische Regierung doch dazu über, die innenpolitischen Verhältnisse anzuprangern.

Die spanische Regierung legt 1995 fest, daß die bilaterale Kooperation mit Kuba aufgrund der fehlenden Demokratiefortschritte zurückgeschraubt werden soll. Daher werden für 1996 nur 303 Mio. Pesetas offizieller Hilfe für die Insel budgetiert. Dies ist bemerkenswert, da die Werte für 1994 mit 424 Mio. Pesetas und 1995 mit 989 Mio. Pesetas wesentlich höher lagen.⁷¹ Damit wird deutlich, daß nach dem Beitritt zur EG, Spanien vermehrt die Demokratisierungsforderungen stellt und auch bereit ist, über die offizielle Hilfe konditionierend einzuwirken.

Im kulturellen Bereich wird im November 1994 ein neuer Vertrag zur Zusammenarbeit in Kultur und Wissenschaft unterzeichnet. Darin gibt Spanien der Vorbereitung kubanischer Funktionäre für den geforderten Transitionsprozeß besondere Priorität. Gleichzeitig wird der Bau des Centro de Cultura in Havanna beschlossen.⁷² Dies kann als Zeichen gewertet werden, Spaniens Autonomie zu unterstreichen, um in Kuba nicht als eines der 12 EG-Mitgliedsländer sondern als starker, eigenständiger Partner wahrgenommen zu werden.

Im militärischen Bereich hat Spanien seit Januar 1996 als erstes Land der EU einen Militärattaché auf Kuba.⁷³ Spanien prognostiziert, daß bei einer Transition in Kuba das Militär eine tragende Rolle spielen wird. So soll über den spanischen Militärattaché Einfluß auf die Demokratisierung des kubanischen Militärs genommen werden.⁷⁴ Hier wird das Ziel Spaniens deutlich, von

⁶⁷ Vgl. O.A.: Spanien legt Cuba ein Konzept vor, in: Süddeutsche Zeitung vom 20.08.1993.

⁶⁸ Vgl. Wessels, Wolfgang/Diedrichs, Udo, From Newcomers to Mainstreamers: Lessons from Spain and Portugal, in: Algeri, Franco/Regelsberger, Elfriede, Synergy at Work. Spain and Portugal in European Foreign Policy, Bonn 1996, S. 326.

⁶⁹ Roy, Joaquín, España y Cuba: ¿una relación muy especial?, in: Afers Internacionals, núm. 31, 1995, S.159.

⁷⁰ Vgl. Ayllón, Luis, Fidel Castro regaña al embajador español en La Habana por reunirse con grupos disidentes, in: ABC vom 02.03.1996.

⁷¹ Vgl. Cembrero, Ignacio, Los socialistas habían previsto un recorte en la ayuda, in: El País vom 04.06.1996.

⁷² Vgl. Roy, Joaquín, Las relaciones Madrid-La Habana: 1968-1988, in: Política Exterior, Vol. I, No. 6, 1988, S.277.

⁷³ Vgl. Sahagún, Felipe, Cuba: un asunto interno español, in: Meridiano CERI, No. 10, 1996, S. 5.

⁷⁴ Vgl. O.A., España será el primer país de la Unión Europea con agregado militar en Cuba, in: El País vom 21.01.1996.

der EG und den USA über verstärkte bilaterale Maßnahmen die Eigenständigkeit der spanischen Kubapolitik zu behaupten.⁷⁵

Nach dem Beitritt zur EG ist Spanien im wirtschaftlichen Bereich nicht mehr autonom sondern muß sich an die Handels- und Landwirtschaftspolitik der EG halten. Eine wirtschaftliche Privilegierung Kubas ist somit nicht mehr möglich. Spanien sucht, trotz seiner Integration in die Gemeinschaft der Zwölf, weiterhin vor allem im politischen Bereich als eigenständiger Partner die besonderen Beziehungen zu Kuba zu erhalten. Daher sucht es über bilaterale, prestigeträchtige Projekte im politischen und kulturellen Bereich auf sich aufmerksam zu machen.⁷⁶ Parallel dazu bietet sich die spanische Regierung mit seiner offenen Haltung gegenüber Kuba, sowohl für die kubanische Seite, als auch für die EG, als Scharnier der Beziehung an.

3.2.2 Interessen und Strategien der Spanier auf EG/EU-Ebene

Der Beitritt Spaniens zur Europäischen Gemeinschaft 1986 bringt den iberamerikanischen Kontinent mit auf die europäische Agenda. Ziel Spaniens ist es vor allem, sein Prestige und Einfluß in Lateinamerika zu stärken und als Brücke und Vermittler⁷⁷ zwischen der EG und den lateinamerikanischen Staaten innerhalb der EG seinen Einfluß zu stärken. Zusammen mit der EG kann Spanien, das nur begrenzte finanzielle Mittel für Entwicklungshilfe, Kredite und Handel zur Verfügung hat, als Vermittler wesentlich finanzstärkerer Projekte in Lateinamerika auftreten.⁷⁸

Der Rahmen der hispano-kubanischen Beziehungen ergibt sich seit dem Beitritt Spaniens zur EG daher durch vier Sachverhalte:

- der institutionelle bilaterale Rahmen
- die Handels- und Landwirtschaftspolitik der EG-Politik
- die Eigenarten der kubanischen politischen und wirtschaftlichen Spielregeln
- die Gesetzgebung der USA.

Dabei geht es in den Verhandlungen meistens um Gesamt-Lateinamerika, so daß Verhandlungsergebnisse auf die hispano-kubanischen Beziehungen übertragen werden müssen. Im folgenden sollen die Position und der Einfluß Spaniens im Beitrittsabkommen zur EG, während der Ratspräsidentschaften 1989 und 1995, am Wirtschafts- und Handelsabkommen mit Kuba und ihre Haltung zur GASP analysiert werden.

Über Handels- und Wirtschaftsnetze, wie sie etwa innerhalb des Commonwealth oder der Communauté Française bestehen, verfügt Spanien nicht.⁷⁹ Bei den Beitrittsverhandlungen ist es für Spanien daher zunächst schwierig, die Aufmerksamkeit der EG-Länder verstärkt auf den lateinamerikanischen Kontinent zu lenken.⁸⁰ Ziel Spaniens ist es, der Bilateralität der Beziehungen zu Kuba und Lateinamerika eine neue Dimension der Multilateralität hinzuzufügen⁸¹ und für ein Beziehungsdreieck Spanien-Lateinamerika-EG zu werben.

⁷⁵ Interview mit Bert Hoffmann am 22. Juni 2000.

⁷⁶ Vgl. Cruz 1992, S. 80.

⁷⁷ Der Politikwissenschaftler Angel Viñas beschreibt die Rolle Spaniens in der EU bezüglich Lateinamerika als katalytisches und dynamisierendes Element, das erstmals eine Sensibilisierung der EU für Lateinamerika erreicht. Vgl. Viñas, Angel, La política exterior española frente a Iberoamérica: presente y pasado, in: Ideas 1992, No. 9, S. 29

⁷⁸ Vgl. Remiro Brotons 1997, S. 16f.

⁷⁹ Vgl. Arenal, Celestino del, La adhesión de España a la Comunidad Europea y su impacto en las relaciones entre América Latina y la Comunidad Europea, in: Revista de Instituciones Europeas, Vol. 17, No. 2, Mayo-Agosto 1990, S. 343 ff. und Muñiz de Urquiza 1989, S. 43.

⁸⁰ Vgl. Gillespie/Rodrigo /Story 1995, S. 144 und. Rubio García, Dolores, La política exterior española y la Comunidad Europea/Unión Europea, in: Calduch, R., La política exterior española en el Siglo XX, Madrid 1994, S.216.

⁸¹ Vgl. Gillespie /Rodrigo/Story 1995, S. 141.

Spanien legt während der Beitrittsverhandlungen mehrere Deklarationen⁸² vor, in denen gefordert wird, den speziellen Beziehungen Spaniens mit Iberoamerika Rechnung zu tragen und Mechanismen zuzulassen, um die negativen Effekte zu lindern, die sich aus dem Beitritt Spaniens zur EG in Handel und Kooperation über die gemeinsame Landwirtschafts- und Handelspolitik ergeben. Vorgeschlagen wird daher ein Vertrag nach Art der Meistbegünstigung für die AKP-Staaten. Spanien versucht, der EG Kompromisse im wirtschaftlichen Bereich abzurufen. Darunter fallen die Beibehaltung der traditionellen Handelsströme zwischen Spanien und Iberoamerika, der Steigerung der finanziellen Kooperation der EG nach Lateinamerika und die Einbeziehung der iberoamerikanischen Staaten in das Generelle Präferenzsystem. Weiterhin wird von Spanien vorgeschlagen und durchgesetzt, daß eine „Gemeinsame Intentionserklärung bezüglich der Entwicklung und der Intensivierung der Beziehungen zu den Ländern Lateinamerikas“ in den Beitrittsvertrag mit aufgenommen wird, in der die wichtigsten politischen, ökonomischen und kulturellen Anliegen der Spanier bezüglich Lateinamerika festgehalten werden sollen.⁸³ Diese Bemühungen kommen Kuba als einem integrativen Bestandteil Lateinamerikas zugute. Die in den Beitrittsverhandlungen intendierte Anerkennung der lateinamerikanischen Länder im wirtschaftlichen Bereich, als eine sog. Zone bevorzugten Handelns der EG, glückt den Spaniern nicht. Spanien gelingt es, für einige Produkte u.a. den Tabak, traditionelles Exportgut Kubas, Spezialregelungen auszuhandeln, wohingegen der Zucker, das für Kuba so wichtige Exportgut, nach dem Beitritt Spaniens nicht mehr eingeführt werden darf. Die Versuche Spaniens, Kuba mit in ein spezielles Handelspräferenzsystem zu bringen, wie es etwa mit der *Andengemeinschaft*⁸⁴ und den zentralamerikanischen Staaten besteht, scheitern. Damit bleibt Kuba wirtschaftlich mit der EU auf unterster Stufe nur durch das Generelle Präferenzsystem⁸⁵ verbunden.

Im politischen Bereich werden im Beitrittsabkommen Spaniens die Grundlagen für einen politischen Dialog gelegt, der im Zusammenhang mit Kuba von besonderer Bedeutung werden sollte.⁸⁶

Nach den Beitrittsverhandlungen ergeben sich für Spanien mit den Ratspräsidentschaften erneut Möglichkeiten, Lateinamerika auf die Agenda zu setzen und somit den Ausbau der Beziehungen zu forcieren.

Während der Ratspräsidentschaft 1989, legt Spanien daher den Schwerpunkt seiner Agenda auf den Mittelmeerraum und Lateinamerika, da sich die Interessen der EU und der GASP zu stark auf Osteuropa zu verlagern drohen.⁸⁷ Die Ziele bezüglich Lateinamerika sind die Ausgestaltung der Entwicklungshilfepolitik, die Lenkung der Aufmerksamkeit auf die Krisengebiete in Lateinamerika und das gemeinsame Auftreten der EU vor den Vereinten Nationen, z.B. wenn es um Resolutionen zu Kuba geht.⁸⁸ Dabei wird Spanien von zwei Faktoren motiviert:

- Suche nach einem höheren internationalen Status als Mittelmacht
- Befürchtungen, durch die Osterweiterung eine geographisch periphere Lage in der EU einzunehmen.

⁸² Vgl. Fernández Ordóñez, Francisco, *Política Exterior de España 1987-1990*, in: *Política Exterior*, Vol. I, No. 1 1987, S.16.

⁸³ Später wird aus dieser Absichtserklärung ein vom Ministerrat der EG am 22. Juni 1987 unterzeichnetes Dokument mit dem Titel „Neue Orientierungen der Europäischen Gemeinschaft für die Beziehungen zu Lateinamerika“. Vgl. hierzu Arenal, Celestino del 1990, S. 347.

⁸⁴ Die Andengemeinschaft (Comunidad Andina de Naciones) ist ein 1969 gegründeter wirtschaftlicher Zusammenschluß, dem Kolumbien, Venezuela, Bolivien, Perú und Ecuador angehören.

⁸⁵ Mit Spaniens Beitritt zur EG muß das Land Ländern, die den Generellen Präferenzsystem Status haben, mit wenigen Ausnahmen zollfreien Zutritt gewähren. Vgl. hierzu Gillespie, Richard/Rodrigo, Fernando/Story, Jonathan, *Democratic Spain. Reshaping external relations in a changing world*, London 1995, S. 92.

⁸⁶ Vgl. Sotillo Lorenzo, José, *América Latina en las negociaciones del ingreso de España en la Comunidad Europea*, in: *Política y Sociedad*, No. 4, 1989, S.25 und Gillespie/Rodrigo /Story 1995, S. 153.

⁸⁷ Barbé, Esther, 1996, S. 11.

⁸⁸ Vgl. Frey, Peter, *Spanien*, in: *Jahrbuch der Europäischen Integration 1988/89*, S. 355.

Spanien versucht somit, die Politik gegenüber seinen wichtigsten geographischen Regionen, worunter auch Lateinamerika fällt, zu europäisieren. Damit sollen diesen Regionen höhere finanzielle Summen aus gemeinschaftlichen Mitteln zukommen. Das Vorhaben González', einen Garantiefonds für verschuldete Länder zu gründen, was auch Kuba zugute gekommen wäre, scheitert.⁸⁹ In diesen Entwicklungen wird deutlich, daß während der ersten Ratspräsidentschaft Spaniens ein allgemeiner Europäisierungsimpuls bezüglich lateinamerikanischer Themen stattfindet.

Spaniens Vorreiter- und Vermittlerrolle in Lateinamerika wird von den EG-Staaten anerkannt. So kann es sich Spanien erlauben, in einer bilateralen Angelegenheit die EU zu instrumentalisieren, um Druck auf das kubanische Regime auszuüben. So wird 1990 auf Antrag Spaniens wegen der sog. "Botschaftskrise" die EU-Kooperation mit Kuba für das laufende Jahr unterbrochen, im Jahr darauf durch die Beilegung der Differenzen jedoch wieder aufgenommen.⁹⁰

Die Ratspräsidentschaft Spaniens steht 1995 im Zeichen des Handels- und Wirtschaftsabkommens⁹¹ zwischen der EU und Kuba.⁹² Nachdem die Kommission und der Rat in der ersten Hälfte der 90er Jahre eine Kooperation mit Kuba mit der Begründung, die Menschenrechtssituation auf Kuba lasse dies nicht zu,⁹³ abgelehnt hatten, verabschiedet die Kommission unter Santer am 28. Juni 1995 einen Entwurf über ein Wirtschaftsabkommen mit Kuba und leitet ihn an den Ministerrat weiter.⁹⁴ Mehrere Faktoren hatten dazu beigetragen, die Position der EU zu Kuba zu überdenken:

Kuba hatte nach Wegfall der Sowjetunion als Hauptabnehmer kubanischer Exporte vor allem im Jahr 1994 eine schwere wirtschaftliche Krise durchgemacht.

Die EU als zweite Wirtschaftsmacht neben den USA mußte nach 1989 nicht mehr der Blockdisziplin folgen und konnte zu einem heiklen Thema wie Kuba eine eigene Position beziehen. Dabei blieb die EU jedoch immer unter einer relativ niedrigen Konfliktlinie, um die wesentlich wichtigeren Wirtschaftsbeziehungen zu den USA nicht zu gefährden.

Es war abzusehen, daß das kubanische System nicht, wie ursprünglich erwartet, nach 1989 schnell fallen würde. Eine neue Strategie, um das Land zur Demokratisierung zu treiben, wurde notwendig.⁹⁵

Die spanische Regierung nimmt den Entwurf als Grundlage und ruft die Kommission dazu auf, einen konkreten Vorschlag zur gemeinsamen Kubapolitik vorzulegen.⁹⁶ Im Februar 1996 reist zu diesem Zweck die Troika bestehend aus Spanien, Frankreich und Italien auf die Insel.⁹⁷ Spanien will erreichen, daß die EU eine „Initiative der Reformbegleitung“ startet, die eine inter-

⁸⁹ Vgl. Barbé, Esther, Spanien, in: Jahrbuch der Europäischen Integration 1994/95, S.357.

⁹⁰ Vgl. Confederación Sindical de Comisiones Obreras, Cuba: La estrategia de la liebre, April 1997, S.10 und O.I.D., Novena Cumbre Iberoamericana, La Habana 15 y 16 de noviembre de 1999, S. 155.

⁹¹ Im folgenden soll auf das Handels- und Wirtschaftsabkommen als Kooperationsabkommen bezug genommen werden.

⁹² Vgl. Barbé, Esther, 1994/95, S.356.

⁹³ Das Europäische Parlament war in seiner Position gegenüber Kuba wesentlich moderater. So erkannte das EP die wenigen minimalen Reformen in Richtung Demokratie und Wirtschaftsliberalisierung im Gegensatz zu Kommission und Rat sehr wohl an.

⁹⁴ Text über die Beziehungen der Kommission zu Kuba am 28.06.1995 unter www.europa.eu.int/rapid/cgi vom 06.10.2000. Vgl. auch O.A.: González braucht den Erfolg als Rats-Präsident der EU, in: Der Tagesspiegel vom 01.07.1995 und Barbé, Esther 1994/95. S.360. Zur Chronologie der Ereignisse vgl. auch IRELA Juli 1996, S. 4f.

⁹⁵ Vgl. Press Release of the European Commission: Relations between the European Union and Cuba, IP/95/675 vom 28.06.1995.

⁹⁶ Vgl. Segovia, Carlos, Aznar cumple su palabra con Castro, in: El Mundo vom 13.11.1996 und Agence Europe vom 9. Juni 1995: Solana erläutert Prioritäten – für Verhandlungen mit Kuba, falls möglich

⁹⁷ Vgl. Cembrero, Ignacio, El diálogo Cuba-Unión Europea, en total vía muerta, in: El País vom 23.03.1996.

nationale und regionale Verankerung Havannas zu ermöglichen sucht.⁹⁸ Rat, Kommission und Europäisches Parlament unterstützen das Kooperationsvorhaben mit Kuba.

Mit dem hohen Finanzvolumen des EG-Handels könnte nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion der kubanische Markt für die EG erobert werden, was eine stärkere Bindung der beiden Regionen zur Folge hätte.⁹⁹ Dazu ist das Kooperationsabkommen der Versuch, durch die Institutionalisierung der Beziehung durch stärkere wirtschaftliche Kooperation Reformen im politischen und wirtschaftlichen Bereich auf Kuba zu erreichen¹⁰⁰. So beinhaltet das Kooperationsabkommen u.a. Wirtschaftshilfe, Handelsvorteile, kulturellen Austausch und technische Betreuung. Dagegen fordert die EU von Kuba politische Reformen wie die Anerkennung der Menschenrechte und die Garantie der bürgerlichen Freiheiten.¹⁰¹ Der Rat erklärt die Verhandlungen am 21. Juni 1996 schließlich für gescheitert, da die kubanische Regierung es ablehnt, auch nur kleinste politische Reformen durchzuführen.¹⁰² Er bleibt dem politischen Dialog jedoch weiterhin offen.¹⁰³

Die spanische Regierung bedauert das Scheitern des Kooperationsabkommens, läßt jedoch gleichzeitig keinen Zweifel an der Zuständigkeit der Kommission in dieser Aufgabe.¹⁰⁴ Daraus ist abzuleiten, daß die Spanier die Rolle der Kommission für Fragen der gemeinsamen Außenpolitik voll und ganz anerkennen. Auch zeigt sich Spanien seit seinem Beitritt zur EG in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik partizipativ, sowohl in der Handhabung als auch in der Reform der gemeinsamen Politik.¹⁰⁵

Während die erste Ratspräsidentschaft noch als allgemeiner Europäisierungsimpuls gesehen wird, werden während der zweiten Ratspräsidentschaft konkrete Maßnahmen zur Annäherung an Kuba, unterstützt von Rat, Kommission und EP, ergriffen. Spanien überträgt Teile eines ehemals streng bilateralen Themas auf EU-Ebene. Dies bedeutet, daß einmal unterzeichnete Verträge der EU mit Kuba, spanisches Recht bindet und somit Spanien die Hände für gewisse bilaterale Verhandlungen gebunden sind.

Zusammenfassend kann somit gesagt werden, daß die Interessen und Strategien der Spanier nach dem Beitritt zur EG 1986 darin bestehen, die Region Lateinamerika in der EU stärker als Handelspartner zu präsentieren. Spanien schafft es, die Grundlinien seiner Haltung gegenüber Kuba auf die EU-Ebene zu transportieren. Dabei hatte das Kooperationsabkommen den krönenden Abschluß darstellen sollen. War es bei den Beitrittsverhandlungen und während der ersten Ratspräsidentschaft 1989 noch hauptsächlich um den wirtschaftlichen Ausbau der Beziehungen gegangen, während die politische Dimension auf bilateraler Ebene blieb, so ist ab der zweiten Ratspräsidentschaft ein Ausbau der Beziehungen zu Kuba auch auf europäischer Ebene festzustellen. Mit zunehmender Integration nimmt auch die Europäisierung der Kubapolitik zu. Es bleibt aber deutlich, daß weder Spanien im Alleingang die Beziehungen der EU zu Lateinamerika formen kann, noch daß eine EU-Lateinamerikapolitik die nationale spanische Politik gegenüber der Region ersetzen kann¹⁰⁶.

⁹⁸ Vgl. Agence Europe, Marín wird dem Rat am Montag das Dokument über die Eröffnung des Dialogs mit Kuba vorlegen, vom 12.07.1995.

⁹⁹ Zu diesem Zeitpunkt ist Spanien für Kuba der größte Lieferant und Kuba liegt bei den Importen aus Spanien an fünfter Stelle.

¹⁰⁰ Für eine detailliertere Ausführung der Hintergründe und Ereignisse vgl. Benecke, Dieter, El refuerzo del embargo contra Cuba: Implicaciones para el comercio y las inversiones, in: IRELA Juli 1996.

¹⁰¹ Vgl. Cruz, Marisa, La Unión Europea se decide a romper el diálogo con Cuba, in: El Mundo vom 07.05.1996.

¹⁰² Vgl. Confederación Sindical de Comisiones Obreras, Cuba: La estrategia de la liebre, April 1997, S. 11 und Roy, Joaquín, 1998, S. 128 ff.

¹⁰³ Vgl. Segovia, Carlos, Aznar cumple su palabra con Castro, in: El Mundo vom 13.11.1996.

¹⁰⁴ Vgl. Ayllón, Luis, Entrevista con el ministro de Asuntos Exteriores, Abel Matutes, in: ABC vom 18.05.1996.

¹⁰⁵ Vgl. Barbé, Esther, De la ingenuidad al pragmatismo: 10 años de participación española en la maquinaria diplomática europea, in: Revista CIDOB d'Àfers Internacionals, Núm 34/35, Dezember 1996, S. 10

¹⁰⁶ Vgl. Gillespie/Rodrigo /Story 1995, S. 158.

3.2.3 Die Comunidad Iberoamericana de Naciones (CIN): Iberoamerikanische Gipfeltreffen

Die Idee einer iberoamerikanischen Gemeinschaft entsteht in ihrer konkreten demokratischen Form 1976, als in Spanien die politische Transition fortschreitet und die Vorbereitungen zur 500-Jahres-Feier der Entdeckung Amerikas in Gang kommen. Verbunden mit der Überzeugung, daß nur eine neue Kultur der internationalen Kooperation die Lösung für globale Probleme bieten kann, entsteht die *Comunidad Iberoamericana de Naciones* (CIN). Vereinende Elemente des Zusammenschlusses der iberischen und lateinamerikanischen Länder sind:

- die gleichen kulturellen Wurzeln
- die gemeinsame Sprache und Geschichte
- die geteilten Werte
- der Glaube an die Demokratie als einzig politisch tragbare Regierungsform
- die Notwendigkeit der Solidarität unter Gleichgesinnten.
- Die Prinzipien der *Comunidad* sind: Demokratie, Menschenrechte, Grundfreiheiten, Souveränität, Nichtintervention.¹⁰⁷

So nutzt Spanien das Forum der CIN verstärkt, um das kubanische Regime zu demokratischen Reformen und Achtung der Menschenrechte zu drängen. Würde es Spanien gelingen, hier Fortschritte zu erzielen, bedeutete dies einen unglaublichen Erfolg und internationale Anerkennung. Akteure in der CIN sind die Staats- und Regierungschefs der iberoamerikanischen Länder sowie Spaniens und Portugals. Trotz faktischer Gleichstellung aller Mitgliedsländer kommt Spanien die Rolle des *primus inter pares* zu. Auf Initiative Spaniens ist hier eine internationale Organisation entstanden, in der die USA als stärkste Macht des Kontinents nicht vertreten sind.¹⁰⁸ Spanien sieht sich durch die Mitgliedschaft in beiden Organisationen, der EU und der CIN, in einer prädestinierten Rolle als Vermittler zwischen den beiden Regionen.¹⁰⁹

Innerhalb der CIN wertet Spanien Kuba als Schwarzes Schaf der iberoamerikanischen Familie, das trotz Fehlverhaltens immer wieder in den Schoß der Familie aufgenommen und zur Raison gebracht werden muß.¹¹⁰ Die gemeinsame Mitgliedschaft bietet Spanien somit einen weiteren Kanal, an die kubanische Regierung zu appellieren, demokratische Reformen und die Rechtsstaatlichkeit einzuführen sowie die Menschenrechte zu achten. Durch seine Führungsrolle in der CIN verstärkt sich Spanien die Anerkennung der anderen EU-Mitgliedsländer. Dies verstärkt wiederum seine Führungsrolle innerhalb der EU bei lateinamerikanischen Themen.¹¹¹

3.2.4 Spanien in den Vereinten Nationen

Die Menschenrechte sind das Thema, das die UNO hinsichtlich Kubas beschäftigt. Erstmals 1986 befaßt sich die UN-Menschenrechtskommission auf Initiative der USA mit der Situation in Kuba. Spanien verhält sich in Abstimmungen über die Menschenrechtsslage in Kuba bis 1988 stets sehr zurückhaltend, also pro-kubanisch, u.a. weil der damalige Außenminister Fernández

¹⁰⁷ Vgl. Arenal, Celestino del, *Las Cumbres Iberoamericanas y la Comunidad Iberoamericana de Naciones*, in: *Tiempo de Paz*, Verano-Otoño 1992, No. 24-25, S.8.

¹⁰⁸ Vgl. Mallo, Tomás, *De las Cumbres Iberoamericanas a la articulación de una comunidad Iberoamericana de Naciones*, in: *Síntesis* 27-28, 1997, S.104.

¹⁰⁹ Vgl. Cruz 2/94, S.90.

¹¹⁰ Darstellung Fernando Rodrigos im Interview.

¹¹¹ Zur CIN siehe auch Arenal, Celestino del, *El futuro de las Cumbres Iberoamericanas*, in: *Meridiano Ceri* No. 11, 1996; Fraga, Luis, *Las Cumbres Iberoamericanas*, in: *Política Exterior* Vol. XII, No. 64, 1998; Arenal, Celestino del, *La Comunidad Iberoamericana de Naciones: entra la utopía y la realidad*, in: *Revista de Occidente* No. 131, 1992; Mallo, Tomás, *De las Cumbres Iberoamericanas a la articulación de una comunidad Iberoamericana de Naciones*, in: *Síntesis* 27-28, 1997; Arenal, Celestino del/Nájera, Alfonso, *La comunidad Iberoamericana de Naciones. Pasado, Presente y Futuro de la política iberoamericana de España*, Madrid 1992.

Ordóñez das Ansinnen der USA als Versuch entlarvt, die bilateralen Probleme USA-Kuba auf multilaterale Ebene zu heben, um ihrem Ziel des Sturzes der kubanischen Regierung näher zu kommen. Hintergründig geht es den USA seiner Meinung nach also nicht um die Einhaltung der Menschenrechte sondern um die Multilateralisierung der Konfrontation gegen das kubanische Regime. Als Spanien 1988 seine Außenpolitik neu definiert und neue Bündnisse einget –aktiver Beobachter in der WEU, bilaterales Verteidigungsabkommen mit den USA– vollzieht sich ein Wandel im Abstimmungsverhalten Spaniens in bezug auf Menschenrechtsfragen in Kuba. Spanien übt danach vermehrt Kritik an der internen Situation auf Kuba. Als ein Repräsentant der USA 1990 in der UNO ein Projekt zur Verurteilung der Menschenrechtslage auf Kuba einbringt, steht Spanien zusammen mit den europäischen Ländern hinter der Forderung, die Menschenrechtslage auf der Insel zu untersuchen. In den wenigen Jahren hat sich ein grundsätzlicher Wandel des Abstimmungsverhaltens Spaniens bezüglich Kuba im Rahmen der UNO ergeben, die darauf basiert, daß Spanien seit seinem Beitritt zur EU seine traditionell autonome Haltung gegenüber Kuba aus Kohärenzgründen stärker der Position der EU angleicht.¹¹²

3.2.5 Die Beziehungen Spanien-USA

Drei Faktoren beeinflussen die Beziehungen zwischen Spanien und den USA in der Zeit von 1989 bis zum Amtsantritt Aznars 1996:

Mit dem Fall der Berliner Mauer im November 1989 und dem Zusammenbruch der Sowjetunion fällt der Druck zur Blockdisziplin weg. Für die USA entfällt die nach Ansicht der USA von Kuba durch die politische Nähe zur UdSSR ausgehende Bedrohung. Für Spanien bedeutet dies nach der Logik des Ost-West-Konflikts, daß es sich in ihren Beziehungen zu der karibischen Insel freier bewegen kann.

Es zeigt sich jedoch, daß die USA keineswegs von ihrer Blockadepolitik ablassen sondern ihre Sanktionspolitik ausdehnen, die auch Drittstaaten, die mit Kuba handeln, einschließt:

- So z.B. 1992 das Torricelli-Gesetz, das Investitionen über US-Tochterfirmen auf der Insel verbietet und das Schifffahrtsgesetz, das auf Kuba anlegende Schiffe, innerhalb von 180 Tagen in US-amerikanischen Häfen anzulegen.
- weiterhin werden Sanktionsmaßnahmen gegen Länder, die Kuba technische Hilfe leisten, verhängt.¹¹³ Das Gesetz zwingt Spanien auf einen Mittelweg, um die guten Beziehungen sowohl zu Kuba als auch zu den USA zu erhalten.

→ Durch die US-amerikanische Sanktionspolitik werden die bilateralen wirtschaftlichen Beziehungen Spaniens zu Kuba in zunehmendem Maße beeinflusst.

Die Gründung der CIN im Jahre 1991 ist ein Affront gegen die USA, dennoch bemüht sich vornehmlich Spanien darum, keine Themen auf die Agenda zu bringen, die mit den Interessen der USA kollidieren könnten.

Trotz der Exklusivität der CIN ist es für González wichtig, zwischen Europa, Lateinamerika und den Vereinigten Staaten eine gleichgewichtete Dreiecksbeziehung entstehen zu lassen, mit dem Ziel, „nicht immer erst in den Norden Amerikas zu fahren [zu müssen], um in den Süden zu gelangen“¹¹⁴. Andererseits gibt es ein stillschweigendes Abkommen darüber, daß Spanien eine Vermittlerrolle auch zwischen den USA und Kuba einnimmt.¹¹⁵

Die Beziehungen zwischen Spanien und den USA in Bezug auf Kuba sind einerseits durch die Politik der USA und die damit verbundene Gesetzgebung sowie durch den Ausschluß der USA

¹¹² Vgl. Cruz 2/94, S.93 und BOCG, Congreso vom 26.02.1988 sowie BOCG, Congreo vom 28.02.1988.

¹¹³ Zur umfassenden Darstellung des Torricelli-Gesetzes von 1992 siehe Durán, Juan José, Factores de la inversión directa extranjera. El caso español, in: Economía Exterior Núm. 8, 1999, S.85-96.

¹¹⁴ Vgl. Haubrich, Walter, “Die EG braucht eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik”, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29.04.1991.

¹¹⁵ Vgl. O.A.: Castro will González treffen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28.09.1993.

aus der CIN belastet, andererseits sind die USA auf die besseren kubainternen Informationen Spaniens angewiesen. So muß Spanien die Politik der USA als unabhängige Variable der außenpolitischen Beziehungen hinnehmen und so gut wie möglich um die Sanktionspolitik herum agieren.

3.2.6 Ergebnisse: Die Kubapolitik Spaniens im Spannungsverhältnis bilateraler, supranationaler und internationaler Ebene

Spaniens Ziel auf bilateraler Ebene ist es, die engen Beziehungen zu erhalten, dabei auf politischer Ebene verstärkt die Demokratisierung zu fordern. Auf wirtschaftlicher Ebene bleibt Spanien nicht mehr so viel Spielraum wie vor dem Beitritt zur EG, da es den handelspolitischen Vorgaben der EG unterliegt.

Trotz Spaniens Bestreben, die Kubapolitik auf EG-Ebene weiter auszubauen, ist die EG bis 1995 nicht bereit, eine gewisse Kooperationsbereitschaft zu überschreiten, aus dem Bestreben, die Konfliktlinie mit den USA nicht zu übertreten.

Auf internationaler Ebene muß Spanien vor allem die Beziehungen zu den USA mit in seine Kubapolitik einbeziehen, um eine direkte Konfrontation zu vermeiden. Daher muß Spanien sehen, wie es in seinen Beziehungen zu Kuba einen Konflikt mit den USA vermeidet. Aus diesem Spannungsfeldern ergeben sich Grenzen für eine autonome Politik Spaniens die genau abgewägt werden muß, ob, wann und in welchem Bezug die Grenzen überschritten werden können.

4 Die neue Kubapolitik Aznars

Im folgenden Kapitel soll ein kurzer Überblick über die neue Regierungspartei Partido Popular (PP) gegeben werden. Des Weiteren soll der Einfluß Aznars auf die Formulierung der Kubapolitik analysiert werden. Anschließend soll das Konzept der Kubapolitik Aznars mit seinen Interessen, Strategien und Instrumenten dargestellt werden. Die Ergebnisse sollen als Grundlage der Analyse der Reaktionen und Einflußfaktoren und den damit zusammenhängenden Änderungen der Kubapolitik dienen.

4.1 Ansatzpunkte der Politik Aznars

4.1.1 José María Aznar: Einstellungen zu Kuba

Am 3. März 1996 geht nach 13 Jahren die Regierungszeit der spanischen Sozialdemokraten zu Ende. Neben Aznars Abgrenzung von seinem Wahlkampfgegner in innenpolitischen Themen, hatte er sich in der von der Bevölkerung stark beachteten Kubapolitik profiliert. Er fordert ein Ende des „freundlichen Miteinanders“ und kündigt eine restriktivere Politik unter Beibehaltung der Ziele der spanischen Kubapolitik an. Aznar macht Kuba sprichwörtlich zur „Chefsache“. Über den Wahlsieg zeigt sich dann, daß sich Kuba als außenpolitisches Thema zum nationalen Wahlkampfthema eignet.

Aznar beanstandet die Strategie des „Wandels durch Kooperation und politischen Dialog“, die die Regierung unter González einsetzt und die nach Meinung Aznars zu keiner der angestrebten Reformen geführt habe.¹¹⁶ Aznar dagegen betont die Rolle der kubanischen Bevölkerung und der internen Reformkräfte, die gestärkt werden müsse, um die revolutionären Strömungen in der Zivilgesellschaft zu stärken und den Samen der Demokratie wachsen zu lassen. Aznars Strategie hinsichtlich der kubanischen Regierung ist daher der „Wandel durch Isolation“. Ziele der Kubapolitik Aznars sind die demokratische Reform durch friedliche Transition, die Öffnung und Liberalisierung des kubanischen Markts, die Achtung der Menschenrechte, die Amnestie der politischen Gefangenen und die Reform des kubanischen Strafrechts sowie die Verbesserung der Lebenssituation der kubanischen Bevölkerung.¹¹⁷ Die Strategie Aznars und die dafür eingesetzten Instrumente werden in den folgenden Kapiteln dargestellt und analysiert.¹¹⁸

Die Kubapolitik Aznars bewegt sich in vier Spannungsfeldern:

innenpolitisch wird ihm mit seiner restriktiv-konfrontativen Kubapolitik sowohl von der stärksten Oppositionspartei PSOE als auch der anderen Parteien starker Widerstand entgegengebracht. Hinzu kommt, daß Aznar selbst innerhalb des PP eine isolierte Position mit der neuen Kubapolitik einnimmt, da sich auch Widerstände innerhalb der Partei gegen die Kubapolitik Aznars bilden. Großer Widerstand gegen seine Politik ist vor allem von den spanischen Unternehmern zu erwarten, die auf Kuba schon längst wirtschaftlich aktiv sind und von der Zivilbevölkerung, die wegen der historischen und familiären Bindungen eine besonders freundliche Haltung Kuba gegenüber hat.

außenpolitisch steht Aznar im Spannungsverhältnis zu der Kubapolitik der EU, die trotz des Scheiterns des Kooperationsabkommens eine kooperative Haltung gegenüber Kuba pflegt.¹¹⁹

¹¹⁶ Vgl. Arias 1997, S. 6 ff.

¹¹⁷ Vgl. O.A., Streit zwischen Havanna und Madrid, in: FAZ vom 22.03.1997.

¹¹⁸ Vgl. O.I.D., Entrevista al Presidente nacional del Partido Popular, José María Aznar, in: Cambio 16 vom 27.03.1996.

¹¹⁹ Seit 1990 hat eine Öffnung der EU-Außenpolitik nach Kuba stattgefunden, so wurde Kuba der Zugang zum Allgemeinen Präferenzsystem, zu den Kooperationsprogrammen ECIP, AL-INVEST, ALFA, ALURE und ECHO ermöglicht. Neuerdings wurde Kuba auch der Beobachterstatus an den Verhandlungen zu den Lomé-Nachfolgeverträgen gewährt. Die Verurteilung des Helms-Burton-Gesetzes zeigt auch eine aktivere Haltung der EU bei der Verteidigung ihrer Interessen auf der Karibikinsel.

das dritte Spannungsfeld ergibt sich aus dem Verhältnis Spaniens zu den USA, deren Beziehung zu Kuba immer als intervenierende Variable betrachtet werden muß und die durch die restriktive Politik Aznars eine neue Qualität bekommt.

als viertes Spannungsfeld ergibt sich für Aznar das Verhältnis Spaniens zu den lateinamerikanischen Ländern innerhalb der *Comunidad Iberoamericana de Naciones*. Auch die lateinamerikanischen Länder fordern von Aznar die Demokratisierung, gehen also mit den Zielen der Kubapolitik Aznars konform, sie verurteilen aber die konfrontative Politik und drängen mehr auf Kooperation.

Die harten Strategien und Maßnahmen Aznars gegenüber Kuba stehen im nationalen und internationalen Kontext weitestgehend den vorherrschenden Tendenzen entgegen und werden einzig von den USA begrüßt.

Als Berater für kubanische Angelegenheiten wählt Aznar Guillermo Gortázar und den designierten außenpolitische Staatssekretär Fernando Villalonga an seine Seite. Beide sind erklärte radikale Castro-Gegner.¹²⁰ Allein die Auswahl seiner wichtigsten Kuba-Außenberater deutet auf seine Haltung und somit seine zukünftige Politik hin.¹²¹

Gründe für die Änderung der Kubapolitik sieht der Politikwissenschaftler Rodrigo neben dem Ideologieunterschied zwischen den Regierungen auch in der Einhaltung, der während der Oppositionszeit geforderten Strategie, sowie im Bemühen Aznars, sich von seinem Vorgänger abzugrenzen und sich klar von dem faschistisch geprägten Bild zu trennen, das der konservativen Partei des PP trotz 20 Jahren Demokratie noch anhängt. Aznar will deutlich machen, daß in Spanien eine konservative Regierung an der Macht ist, die die Demokratie weltweit fordert und unterstützt.¹²² Um dies auch international deutlich zu machen, bietet sich ein in der innenpolitischen Wahrnehmung stark präsent Thema wie Kuba geradezu ideal an.¹²³ Die Botschaft, die Aznar aussendet, hat somit unverkennbar konfrontative Züge gegenüber Kubas Regierung.

4.1.2 Konzept der Kubapolitik Aznars

Aus Verlautbarungen und Handlungen Aznars während des Wahlkampfes und nach seinem Amtsantritt lassen sich die Interessen und Instrumente des Konzepts der zukünftigen Kubapolitik des spanischen Ministerpräsidenten ablesen.¹²⁴

Aznars persönliches Interesse ist es, über eine erfolgreiche Kubapolitik sich selbst als neuen Mann an der Regierung und als anerkannten Staatsmann vorzustellen und den Ruf Spaniens in Verhandlungsfragen zu stärken.¹²⁵

Aznars wertorientierte Interessen sind, die demokratischen Reformen auf Kuba in einen friedlichen Transitionsprozeß nach spanischem Vorbild¹²⁶ eingebettet zu sehen, die kubanische Be-

¹²⁰ Vgl. O.A., España y UE no cambiarán su política hacia La Habana, in: Diario Las Américas vom 07.03.1997; Haubrich, Walter, Die Kubapolitik des spanischen Regierungschefs bekommt starke Kritik im eigenen Land, in: FAZ vom 29.11.1996.

¹²¹ Vgl. Roy 1998, S. 154 f.

¹²² Interview mit Fernando Rodrigo, Stellvertretender Direktor des Centro Español de Relaciones Internacionales, Madrid am 20.03.2000.

¹²³ Vgl. Roy, Joaquín 1998, S. 152f und Iglesia-Caruncho/Paz Ramos 1998, S. 71ff.

¹²⁴ An ein schriftlich verfaßtes Kubakonzept Aznars war trotz Vorsprache im Hauptsitz des Partido Popular in der Calle de Génova in Madrid und mehrerer Telefonate und E-Mails nicht heranzukommen.

¹²⁵ Vgl. Fanjul, Serafín, La Habana y el Partido Popular, in: Diario 16 vom 03.03.1996.

¹²⁶ Spanien war, nach dem Tod Francisco Franco Bahamondes am 20. Nov. 1975, durch friedliche Transition in die Demokratie geleitet worden. Weiterführende Information zu diesem Thema: Antoni, Michael, Spanien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie. Parteien, Wahlen, Verfassung und politische Entwicklung 1975 bis 1980, Frankfurt a/M 1981.

völkerung in ihrem Kampf ums tägliche Überleben und in ihrem Drang nach politischer Emanzipation zu unterstützen.¹²⁷

Seine politischen Forderungen sind: pluralistische Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Anerkennung der Opposition und Forderung nach Amnestie der politischen Gefangenen.¹²⁸

Politisches Interesse Aznars ist es, Spaniens Position als Bindeglied zwischen der EU und Lateinamerika auszubauen und zu festigen und Spanien als politisch ernstzunehmende, einflußreiche Mittelmacht zu etablieren.¹²⁹

Aznars Strategie läßt sich folgendermaßen zusammenfassen:

- Konditionierung der Kooperation durch politische Vorgaben
- Isolation der kubanischen Regierung
- Aufwertung der Zivilgesellschaft durch Stärkung der Reformkräfte

Die politischen Forderungen stehen den wirtschaftlichen Interessen der spanischen Unternehmer, die auf Kuba stark aktiv sind und Handel und Investitionen geschützt sehen wollen, entgegen. Nach Ansicht Carneros sind sie die am meisten geschädigten dieser Kubapolitik.¹³⁰ Aznars Interessen und seine anvisierte Strategie stehen im Widerspruch zu der Notwendigkeit, die wirtschaftliche Position Spaniens in Kuba zu erhalten, da eine konfrontative, auf Isolation des Regimes gerichtete Politik Handel und Investitionen stören.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß Aznar mit der Formulierung seiner Interessen das Ziel verfolgt, sich Spanien und der Welt als neuer Ministerpräsident mit tief verwurzelten demokratischen Prinzipien und Unabhängigkeit in der Außenpolitik zu präsentieren. Gelingt es ihm, Kuba auf den Weg der Demokratisierung zu bringen, wäre das ein unschätzbare Erfolg für ihn als Staatsmann und für Spaniens Ruf. Zu erkennen ist dabei, daß die Politik Aznars darauf abzielt, nicht wie PSOE und EU durch Kooperation den Reformprozeß in Kuba anzustoßen sondern konfrontative Maßnahmen zur Erreichung der geforderten Reformen einzusetzen, um dann die Wiederaufnahme der Kooperation in Aussicht zu stellen. Bei der Formulierung der Kubapolitik muß Aznar nicht nur das Spannungsverhältnis zur EU berücksichtigen sondern auch beachten, daß Beziehungen zu Kuba auch immer Beziehungen zu den USA sind. Die starke intervenierende Rolle der US-amerikanischen Kubapolitik nimmt nicht nur durch das Embargo sondern v.a. durch das Helms-Burton-Gesetz als unabhängige Variable Einfluß auf die Kubapolitik Aznars, wie im folgenden zu zeigen ist.

4.1.3 Einfluß des Helms-Burton-Gesetzes auf die Kubapolitik Aznars

Zeitgleich mit dem Regierungsbeginn Aznars wird der *Cuban Liberty and Solidarity (LIBERTAD) Act*¹³¹ vom US-Kongreß verabschiedet. Ziel des Gesetzes ist es, die demokratische Transition auf Kuba unter Verstärkung des schon existierenden Embargos herbeizuführen. Dabei gibt das Gesetz umfassend Aufschluß darüber, wie die Transition und das politische System auf Kuba nach Dafürhalten der US-Amerikaner auszusehen hat. So wird z.B. ein demokratisches Regime nur dann von den USA anerkannt werden, wenn weder Fidel noch Raúl Castro Teil desselben sind.¹³² Besonderen Widerstand erzeugt das Helms-Burton-Gesetz auf internationaler

¹²⁷ Vgl. Arias, Inocencio, La Bula Progresina, in: Política Exterior, 55, XI, Enero/Febr. 1997, S.22.

¹²⁸ Vgl. Sahagún 1996, S. 4f und Roy, Joaquín 1998, S. 147.

¹²⁹ Vgl. Fanjul, Serafín, La Habana y el Partido Popular, in: Diario 16 vom 03.03.1996.

¹³⁰ Darstellung Carlos Cisneros im Interview 8. November 2000.

¹³¹ Auf die *Cuban Liberty and Democratic Solidarity (LIBERTAD) Act* vom Mai 1996 soll nachfolgend unter dem populäreren Namen *Helms-Burton-Gesetz* bezug genommen werden, den sie unter Bezugnahme auf ihre beiden Autoren zugeschrieben bekam. Der volle Text des Helms-Burton-Gesetzes ist unter <http://www.state.gov/www/regions/wha/cuba/helms-burton-act.html> zu finden.

¹³² Vgl. Cuba después del V Congreso del PCC, IRELA INF-97/8-CUB, 5. Nov. 1998

Ebene, weil es implizit den Anspruch enthält, die Außenpolitik der anderen Länder auf die Linie der Embargopolitik der USA zu zwingen¹³³.

Aznar verurteilt anfangs das Gesetz nicht scharf genug. Nach den Gründen seiner Zurückhaltung gefragt, legt Aznar seine Intention dar. Er will, statt heftigen Widerstand gegen das Gesetz zu äußern, lieber über seine restriktive Politik, die Investitionen der Spanier schützen. Für seine Politik hatte er sowohl von Gore als auch von Eizenstat, dem Sonderbotschafter für Kubaangelegenheiten Clintons, Lob bekommen. Die Kubapolitik Spaniens entspricht zwar nicht der Kubapolitik der USA, jedoch stehen beide Politiken dem kubanischen Regime konfrontativ gegenüber. Aznar hofft dadurch, von den Extraterritorialitätsklauseln der Art. III und IV des Helms-Burton-Gesetzes, die die Wettbewerbsfähigkeit nicht-US-amerikanischer Unternehmen gefährdet, ausgenommen zu werden. Weiterhin hofft er, daß Clinton vor dem US-Kongreß einen Beweis für die Bemühungen anderer Länder um die Reform des kubanischen Systems erbringen kann und er damit über einen *Waiver* die beiden genannten Artikel aussetzen kann.¹³⁴ Daraus läßt sich ablesen, daß weniger die Solidarität mit dem kubanischen Volk, das durch dieses Gesetz stark betroffen ist, als vielmehr nationale wirtschaftliche Gründe Anlaß für die Mißstimmung der spanischen Regierung über das US-amerikanische Gesetz sind.¹³⁵ Aznars neue Kubapolitik verläuft somit parallel mit einer US-amerikanischen Politikverhärtung gegenüber Kuba.

Die Reaktionen im spanischen Parlament sind eindeutig: Die Oppositionsparteien sind geschlossen gegen das Gesetz und fordern daher gemeinsam, daß Aznar das Gesetz nicht nur wegen seiner Extraterritorialitätsklausel verurteilt¹³⁶ sondern auch wegen der inhärenten Ungesetzlichkeit und Unmenschlichkeit gegen das kubanische Volk.¹³⁷ Des weiteren fordern sie umfassendere Maßnahmen zum Schutz der spanischen Interessen und Investitionen auf Kuba.¹³⁸ Gewarnt wird im Parlament auch vor der Gefahr, daß die USA mit dem Helms-Burton-Gesetz einen Präzedenzfall schaffen, dem ähnliche extraterritoriale Gesetze folgen könnten wie z.B. das D'Amato-Gesetz gegen Iran und Libyen. Diese könnten die Handelsbeziehungen Europas gravierend beeinträchtigen. Daher schlägt die parlamentarische Gruppe des PP, also Aznars eigene Partei, unter Verweis auf die besseren Schutzmöglichkeiten, in einer Eingabe der spanischen Regierung vor, gemeinschaftliche Maßnahmen auf EU-Ebene (Rat und Kommission) anzustreben.¹³⁹ Hier wird die isolierte Position Aznars im Verhältnis zu seiner Kubapolitik klar deutlich. Aznar übernimmt daraufhin den Vorschlag und plädiert innerhalb der EU für Gegenmaßnahmen. Die Kommission schlägt daher im Juni 1996 nach Aufforderung des Rates den 15 EU-Mitgliedsländern ein Antiboykottgesetz gegen das US-Gesetz vor.¹⁴⁰ Gleichzeitig fordert sie Clinton auf, Artikel III des Helms-Burton-Gesetzes auszusetzen,¹⁴¹ unter Drohung, im Falle der Nichtbeachtung, Gegenmaßnahmen einzuleiten,¹⁴² wie z.B. US-amerikanischen Unternehmern

¹³³ Vgl. Remiro Brotons 1997, S. 11 f.

¹³⁴ Vgl. Roy, Joaquín 1998, S. 148 und I.C., El Gobierno y el PP condenan la ley del embargo a la isla, in: El País vom 02.03.1996.

¹³⁵ Vgl. I.C., El Gobierno y el PP condenan la ley del embargo a la isla, in: El País vom 02.03.1996.

¹³⁶ Vgl. A.D./I.C., CiU logra que el PP condene la ley que refuerza el embargo de EEUU a Cuba, in: El País vom 18.06.1996.

¹³⁷ Vgl. BOCG, Congreso vom 28.05.1996.

¹³⁸ Vgl. BOCG, Congreso vom 18.06.1996.

¹³⁹ Vgl. O.A., El PP recuerda a González que fue el PSOE el que rompió el consenso sobre las ayudas a Cuba, in: ABC vom 04.06.1996 und Paz, Rosa, Las relaciones con Cuba ponen al Gobierno al borde de su primera derrota parlamentaria, in: La Vanguardia vom 29. Mai 1996.

¹⁴⁰ Vgl. I.C./J.C.S., Otra empresa española se retira de Cuba tras la 'ley Helms-Burton', in: El País vom 14.06.1996.

¹⁴¹ Vgl. O.A., La UE y España ganan la guerra de Cuba, in: El Mundo vom 17.07.1996.

¹⁴² Vgl. Agence Europe vom 12.07.1997, Vorstoß SanTERS bei Präsident Clinton, damit dieser die Anwendung bestimmter Aspekte des Helms-Burton-Gesetzes aussetzt – Rat diskutiert am Montag und könnte am Dienstag Gegenmaßnahmen beschließen.

die Einreise in die EU zu verweigern, die Besitztümer der US-amerikanischen Unternehmer einzufrieren oder gerichtliche Schritte einzuleiten.¹⁴³ Trotz Aussetzung des Art. III des US-Gesetzes erläßt die Kommission im November 1996 dann ein Antiboykottgesetz¹⁴⁴ und reicht gegen den Widerstand der USA Klage gegen das Helms-Burton-Gesetz bei der WTO ein.¹⁴⁵ Gelöst wird der Konflikt im April 1997, als die Kommission eine Verständigung mit den USA erreicht. Das Angebot der USA beinhaltet die ständige Suspendierung des Artikels III und über Konsultationen mit dem US-Kongreß Artikel IV einzufrieren. Die EU verspricht ihrerseits, den Handel mit Kuba und Investitionen in enteigneten Besitz auf Kuba nicht weiter zu unterstützen¹⁴⁶.

Obwohl Aznar nach eigenen Aussagen die im Rahmen der EU getroffenen Maßnahmen zum Schutz der spanischen Investitionen als maximale Position ansieht und daher für ausreichend hält, gibt er nach weiteren Druck aus dem spanischen Parlament bekannt, daß auch auf bilateraler Ebene rechtliche Möglichkeiten studiert werden, um auf die US-amerikanischen Repressalien zu reagieren.¹⁴⁷

Zusammenfassend wird damit deutlich, daß sich Aznar nicht nur durch den nationalen Widerstand sondern auch durch den Widerstand aus seiner eigenen Partei von seinen geplanten, als schwach zu bezeichnenden bilateralen Maßnahmen gegen das Helms-Burton-Gesetz abbringen läßt. Er überträgt der EU-Ebene die Verteidigung der spanischen wirtschaftlichen Interessen auf der Insel.¹⁴⁸ Er reagiert somit auf den Widerstand der nationalen Akteure. So stärkt er die EU-Ebene und gibt gleichzeitig einen Teil der ehemals nationalen spanischen Kubapolitik ab. Damit läßt er sich gleichzeitig zum stärkstmöglichen Widerstand gegen das Extraterritorialitätsprinzip des Helms-Burton-Gesetzes umstimmen.

4.2 Die Realität: Instrumente, Maßnahmen, Reaktionen

Im folgenden Kapitel soll die Durchsetzung der von Aznar propagierten Kubapolitik, die dabei eingesetzten Instrumente und Maßnahmen sowie die Reaktionen auf sein Konzept analysiert und bewertet werden. Dabei soll zwischen nationaler, europäischer und internationaler Ebene unterschieden werden. Im Anschluß folgt eine graphische Darstellung der Kubapolitik während der ersten Phase seiner Amtszeit.

4.2.1 Die bilaterale Ebene: Konditionierung der Zusammenarbeit

Aznars Konzept der Kubapolitik kann als „Wandel durch Isolation“ betitelt werden. Er schlägt darin einen konfrontativen Kurs gegenüber der kubanischen Regierung vor. Um die kubanische Regierung zu den Reformen zu drängen, setzt er folgende Instrumente ein:

Aznar bricht den politischen Dialog, wie er unter González bestanden hatte, ab und beginnt einen nach seinen Worten „kritischen Dialog“, in dem er als Ansprechpartner die reformbereiten Teile der kubanischen Gesellschaft - Oppositionelle sowie Regierungsmitglieder und Führungskräfte in Wirtschaft und Militär - auf bilateraler Ebene konsultiert. Dialogthema ist dabei vor allem die politische Situation auf Kuba und ihre Reform. Ziel des Dialogs ist es, Solidarität mit dem kubanischen Volk durch Stärkung der Zivilgesellschaft auszudrücken und Kuba auf den

¹⁴³ Vgl. Ambrós, Isidre, La UE, dispuesta a una guerra comercial con EE.UU. para defender sus intereses en Cuba, in: La Vanguardia vom 15.07.1996 und Fernández, Ricardo, La UE acuerda represalias contra EE.UU. por la ley Helms-Burton, in: Cinco Días vom 16.07.1996.

¹⁴⁴ Zu den Beziehungen EU-Kuba siehe www.auswaertiges-amt.de vom 06.08.1999 und 04.09.2000.

¹⁴⁵ Vgl. Carvajal, Victoria, La Organización Mundial de Comercio se resiste a arbitrar entre EE.UU. y la UE por la disputa sobre Cuba, in: El País vom 04.02.1997.

¹⁴⁶ Vgl. Roy 1997, S. 186.

¹⁴⁷ Vgl. O.A., Aznar: „No cooperaremos con Fidel Castro“, in: El País vom 31.08.1996.

¹⁴⁸ Vgl. Comparecencia del Ministro de Asuntos Exteriores, Abel Matutes, ante el pleno del congreso..., in: BOCG vom 19.06.1996.

Weg der friedlichen Transition hin zu demokratischen Reformen zu bringen.¹⁴⁹ Schon während des Wahlkampfes führt er dazu Konsultationen mit der kubanischen Opposition aus dem In- und Ausland wie z.B. der *Cuban-American National Foundation (CANF)* in Miami oder den Exilkubanern in Spanien, die später mit seiner Unterstützung ein Forum in der *Fundación Hispano Cubana (FHC)* finden. Durch die Konsultationen mit der *CANF* und die restriktive Haltung seiner Kubapolitik wird Aznar vorgeworfen, seine Kubapolitik folge der von den USA vorgegebenen Linie¹⁵⁰ und wird als „Política de Seguidismo“ von der Linken bezeichnet.¹⁵¹ Wie schon dargelegt wurde, beruht die restriktive Kubapolitik Aznars nicht auf einer Gefolgschaft der US-Politik. Dieser Vorwurf hält sich jedoch hartnäckig in der Gesellschaft. Zur Erklärung dieses Phänomens gibt der Leiter des Forschungsinstituts AIETI, Mallo zu bedenken, daß die Unterzeichnung des Helms-Burton-Gesetzes neun Tage nach Amtsantritt Aznars gravierende Folgen für die nationale und internationale Perzeption der spanischen Kubapolitik hatte. Die Haltung der spanischen Regierung gegenüber Kuba wurde dadurch nicht mehr als die Führerschaft Spaniens hinsichtlich einer internationalen Kubapolitik angesehen sondern man sah darin lediglich eine Gefolgschaft Spaniens der US-Politik.

Ein weiteres Instrument ist die zwischenstaatliche Kooperation, die Aznar nach Amtsantritt faktisch abbricht. Statt dessen versucht er, bisherige Kooperationskanäle auf die NRO zu verlagern. Er reduziert die Wirtschaftshilfe und bewilligt nur noch humanitäre Projekte und Hilfsdienste, die von den NRO übernommen werden sollen. Unklar ist dabei, welche Projekte rein humanitären Gesichtspunkten dienen und in welchem Rahmen die NRO auf Kuba tätig werden sollen. Die von der vorherigen Regierung propagierte Methode, die wirtschaftliche Öffnung Kubas durch Kooperation mit der kubanischen Regierung zu fördern, um die Schaffung kleiner Freiräume zu unterstützen, wird von Aznar abgelehnt. Er ist der Ansicht, die dadurch erreichte wirtschaftliche Entspannung käme nicht der kubanischen Bevölkerung zugute sondern böte der kubanischen Regierung den nötigen Sauerstoff zum Durchhalten.¹⁵² Es existieren bis dato zwei Arten von offizieller Kooperation zwischen Spanien und Kuba: die ökonomisch-industrielle und die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit. Für die ökonomisch-industrielle Kooperation stehen der spanischen Regierung zwei Instrumente zur Verfügung. Einmal die Kredite des *Fondo de Ayuda al Desarrollo (FAD)*¹⁵³, die vom Ministerrat zum Zweck des Aufbaus der Wirtschaft und der Infrastruktur des Landes vergeben werden. Zum anderen gibt es die Kredite der *Compañía Española de Seguro de Crédito (CESCE)*¹⁵⁴, die dazu dienen, die Exporte durch die Beschränkung der Risiken der Händler anzukurbeln.¹⁵⁵ Die angekündigten Maßnahmen betreffen nicht die spanischen Unternehmen, die schon auf der Insel investiert haben sondern dienen zur Abschreckung und Entmutigung potentieller Investoren.

Auch über die Blockierung von Kooperationsmitteln, versucht Aznar die kubanische Regierung zu politischen und wirtschaftlichen Zugeständnissen zu bewegen. Aus eben jenem Grund blockiert Aznar direkt nach Amtsantritt Gelder, die schon von der vorherigen Regierung für Kuba veranschlagt worden waren.¹⁵⁶ So werden insgesamt 274 Mio. Pesetas schon veranschlagter

¹⁴⁹ Vgl. Míguez, Alberto, Matutes afirma que la ayuda que envíe España a Cuba será únicamente humanitaria, in: *La Vanguardia* vom 11.05.1996.

¹⁵⁰ Vgl. O.A.: Aznars Kuba-Politik bleibt umstritten, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 18.11.1996.

¹⁵¹ Vgl. Roy, Joaquín 1998, S. 147.

¹⁵² Vgl. Iglesia-Caruncho/Paz Ramos 1998, S. 71ff

¹⁵³ Vor allem in den 80er Jahren hat Spanien viele FAD Kredite an Kuba vergeben, um u.a. eine Automobilindustrie aufzubauen. Nach der Botschaftskrise 1990 wurden diese Kredite an Kuba stark reduziert.

¹⁵⁴ Der *CESCE* ist der nationale spanische Wirtschaftsverband, dessen Aufgaben und Ziele denen des BDI entsprechen.

¹⁵⁵ Vgl. Vicent, Mauricio, Rechazo general del empresariado español y las ONG a la suspensión de la cooperación con Cuba, in: *El País* vom 04.06.1996.

¹⁵⁶ Vgl. O.A.: La UE busca el apoyo de Clinton en torno a Cuba, in: *El Financiero* vom 14.12.1996 und *Contestación del Gobierno (...)* sobre que programas de cooperación con Cuba ha decidido suspender el Gobierno, in:

Kooperationshilfen ausgesetzt. Darunter Mittel, die für die Entwicklung der Finanz- und Steuerbehörde Kubas, für die Ausbildung von Führungskräften der kubanischen Administration geplant waren sowie finanzielle Mittel die zur Erhaltung historischer Kulturstätten, wie der Innenstadt Havannas, zugesagt waren und die Mittel für die Erneuerung des städtischen Wasserversorgungssystems.¹⁵⁷ Die von Aznar vorgenommene Trennung in industrielle und humanitäre Hilfe wird hier in Frage gestellt, da vor allem die letzten beiden Posten aufgrund der sozialen Dimension von besonderer Bedeutung für Kuba sind, suchen sie doch zur Verbesserung der konkreten Lebenssituation der kubanischen Bevölkerung beizutragen. Grundsätzlich soll nur humanitäre Hilfe geleistet werden, die konkrete und nachprüfbar Fortschritte für das kubanische Volk darstellen.¹⁵⁸ Die Frage, welche Abkommen die politische und wirtschaftliche Freiheit unterstützen und wie Aznar „humanitäre Hilfe“ definiert, d.h. wie genau die Zusammenarbeit aussehen soll, bleibt dabei weitgehend offen.

Als weiteres Instrument zur Durchsetzung seiner Kubapolitik ernennt Aznar einen neuen Botschafter für Kuba.¹⁵⁹ Aznar übertritt mit dem Eingriff in den Bereich der Kubapolitik, die faktisch gesehen dem Bereich des Außenministers unterliegt, seinen Kompetenzbereich. „Wenn die Botschaft geändert wird, ist klar, daß sich auch der Botschafter ändert“,¹⁶⁰ beeilt sich Matutes die neue Entscheidung zu begründen, um den Anschein einer Einheit auf Regierungsebene wieder herzustellen. Die Ernennung José Coderchs zum neuen spanischen Botschafter auf Kuba soll als klares Zeichen der Verhärtung der Beziehungen zu Kuba gesehen werden. Coderch war maßgeblich an der spanischen Transition nach Francos Tod beteiligt, soll daher seine Erfahrungen in Kuba bei der Transition einbringen.¹⁶¹ Grundsätzlich ist zu sagen, daß Aznar und Matutes unterschiedlicher Meinung bezüglich der Instrumente der Kubapolitik sind. Ihre Aussagen widersprechen sich immer wieder und Matutes muß häufig Aussagen Aznars ausgleichend zurechtrücken,¹⁶² worauf ein Bild der Uneinheitlichkeit der spanischen Regierung entsteht. Auch hier wird die Isoliertheit Aznars wieder deutlich. Kuba reagiert auf die Ernennung des Wunschkandidaten Aznars wie erwartet mit einer Verzögerung der Plazets, das erst kurz vor der VI Iberoamerikanischen Konferenz in Chile gewährt wird.¹⁶³

Als weiteres Instrument, um die kubanische Regierung unter Druck zu setzen, will Aznar durch gezielte Information über die aktuelle kubanische Realität das romantisch-verklärte Bild Kubas in der spanischen Öffentlichkeit zurechtrücken.¹⁶⁴ So unterstützt er die Gründung der *Fundación Hispano Cubana (FHC)*¹⁶⁵, die die exilkubanischen Gruppen bündeln und ihnen ein Forum bieten soll.¹⁶⁶ Jedoch ist zu bedenken, daß die Fundación vom radikalen Castro-Gegner und Außenpolitikberater Aznars, Gortázar geleitet wird, was der Fundación eine zu rechtslastige Ausrichtung gibt und damit die Ablehnung anderer Gruppierungen erfährt.

BOCG vom 15.10.1996. Diese Suspendierung widerruft Matutes am 4.12.1996 als falsch, die Gelder seien nur durch Verwaltungsprobleme auf kubanischer Seite verzögert worden. Vgl. BOCG, núm 115 vom 04.12.1996.

¹⁵⁷ Vgl. BOCG, Congreso vom 15.10.1996.

¹⁵⁸ Vgl. IRELA, Cuba después del V Congreso del PCC, INF-97/8-CUB, 5. Nov. 1998

¹⁵⁹ Vgl. O.A., Aznar impone a Exteriores el cambio de embajador en Cuba, in: El País vom 27.08.1996.

¹⁶⁰ Vgl. I.C., Matutes afirma que relevó al embajador en Cuba para apoyar más los derechos humanos, in: El País vom 03.09.1996.

¹⁶¹ Vgl. San Sebastián, Isabel, “La embajada estará abierta de par en par a la oposición”, in: ABC vom 30.10.1996.

¹⁶² Vgl. BOCG, Senado vom 28.05.1996.

¹⁶³ Vgl. Vicent, Mauricio, Cuba da el plácat al nuevo embajador español dos meses después de la solicitud, in: El País vom 17.10.1996.

¹⁶⁴ Vgl. Arias 1997, S. 23.

¹⁶⁵ Die FHC wird vom PP-Abgeordneten Guillermo Gortázar gegründet und bündelt so zunächst nur die extremen Teile der kubanischen Opposition. Gortázars Ziel ist es jedoch, auch Kritiker aus den anderen Spektren der Gesellschaft als Mitglieder begrüßen zu können. Vgl. O.A., Nació la nueva Fundación Hispano-Cubana para promocionar la libertad y la democracia en las relaciones mutuas, in: Europa Press vom 20.06.1996.

¹⁶⁶ Vgl. Iglesia-Caruncho/Paz Ramos 1998, S. 71f und Remiro Brotons 1997, S. 10f.

Ein weiteres Instrument der Kooperation ist die Entwicklungshilfe, die zwischenstaatlich vergeben wird, jedoch meist zu humanitären Zwecken. Eine Maßnahme, um dem Regime Castros keine finanziellen Mittel zukommen zu lassen, die Castro für seine machterhaltenden politischen Zwecke zweckentfremden könnte, ist die direkte Lieferung von Fertigprodukten wie Maschinen und Nahrungsmitteln.¹⁶⁷

Im Bereich der wissenschaftlich-technischen Kooperation ist die finanzielle Höhe der Zusammenarbeit, die über das staatliche *Instituto de Cooperación con Iberoamérica* (ICI) läuft, eher gering. Aznar betont, daß bei den Stipendien gewährleistet sein muß, daß die Förderungen nach Leistung und nicht nach parteilicher Eignung vergeben werden,¹⁶⁸ d.h. die Auswahl der Stipendiaten soll auch hier über NRO erfolgen.¹⁶⁹ Damit setzt er seine Strategie der Isolierung des kubanischen Regimes fort. Die Anzahl an Stipendien fällt jedoch 1996 nur von ursprünglich 208 auf 192. Ein Rückgang der nicht allzu gravierend ist und nicht den angekündigten Kürzungen entspricht.¹⁷⁰ Die Ankündigung, die Kooperation in diesem Bereich zu reduzieren, muß daher eher in ihrer symbolhaften Bedeutung als Drohgebärde gewertet werden.

Scharfe Kritik gegen die Kubapolitik Aznars kommt von allen Teilen der spanischen Bevölkerung. So macht im Mai und Juni 1996 die parlamentarische Gruppe des PP, also wieder Aznars eigene Partei, im Kongreß eine Eingabe, in der sie die spanische Regierung auffordert, den Dialog mit der kubanischen Regierung aufrecht zu erhalten, die Investitionen und die Interessen der Spanier auf Kuba sowie die Handelsfreiheit, insofern sie vom Helms-Burton-Gesetz beeinträchtigt sein könnte, zu schützen.¹⁷¹ Sie fordert im Schulterschuß mit allen anderen spanischen Parteien vehement, einerseits den historischen Bindungen Rechnung zu tragen und die traditionelle Position Spaniens gegenüber Kuba zu wahren und beharrt andererseits auf einer Verurteilung des Helms-Burton-Gesetzes. Weiterhin fordern sie, in der Kubapolitik der auf EU-Ebene eingenommenen kooperativen Position zu folgen.¹⁷² Deutlich äußert sich im Mai 1996 der Generalsekretär des Außenministeriums für internationale Kooperation und Iberoamerika, Fernando Villalonga, gegen die Überzeugung Aznars. Er ist der Überzeugung, daß Kooperationsprogramme den Öffnungsprozeß des kubanischen Regimes sehr wohl zu unterstützen vermögen.¹⁷³ Hier wird wieder die isolierte Position Aznars innerhalb seiner eigenen Partei klar deutlich. Auch Manuel Fraga, Gründer des PP, somit auch Parteiangehöriger der Regierungspartei, und Vorsitzender der Xunta de Galicia, der ein gutes Verhältnis zu Castro hat, kämpft dafür, daß die Kooperation zu Kuba aufrecht erhalten wird.¹⁷⁴ Er spricht sich für eine Kubapolitik aus, die auf den Grundsätzen der EU-Politik basiert.¹⁷⁵ Wenn Fraga Castro, als Symbol der Unabhängigkeit in Amerika hervorhebt, trifft er den Kern der Gefühle vieler Spanier.¹⁷⁶ Aznars isolierte Position in seiner eigenen Partei wird überdeutlich, er kann sich also noch nicht einmal auf den Rückhalt seiner Partei für seine Kubapolitik stützen.

Auch die stärkste Oppositionspartei PSOE verurteilt massiv die Verhärtung der Kubapolitik unter Verweis auf die historischen und familiären Bindungen. Ihrer Auffassung nach unterstützt Aznars Kubapolitik nicht die Integration Kubas in das westliche Staatensystem, da es das Land

¹⁶⁷ Vgl. Brunet, José María, El Gobierno congela un crédito de 60 millones a Cuba ante las reticencias del PP, in: La Vanguardia vom 20.04.1996.

¹⁶⁸ Vgl. Ayllón, Luis, Entrevista con el ministro de Asuntos Exteriores, Abel Matutes, in: ABC vom 18.05.1996.

¹⁶⁹ Vgl. O.A.: Entrevista al Ministro de Asuntos Exteriores, Abel Matutes, in: La Vanguardia vom 20.05.1996.

¹⁷⁰ Vgl. BOCG, Senado vom 04.12.1996.

¹⁷¹ Vgl. Congreso de los Diputados, Nr. 1836 vom 27.05.1996.

¹⁷² Vgl. BOCG, Congreso vom 10.06.1996.

¹⁷³ Vgl. O.A., Las ONG critican la suspension de la ayuda a Cuba, in: El País ovm 30. Mai 1996.

¹⁷⁴ Vgl. Colchero, José, La ambigüedad calculada de Aznar respecto a la isla, in: Diario 16 vom 02.06.1996.

¹⁷⁵ Vgl. O.A., Fraga: „Nos interesa arreglar lo de Cuba y por las buenas, in: Ya vom 01.12.1996.

¹⁷⁶ Vgl. Vicent, Mauricio, Fraga: „Castro es símbolo de la independencia“, in: El País vom 30.10.1998.

wirtschaftlich und politisch isoliert.¹⁷⁷ Kritisiert wird auch die Verlagerung von Teilen der Kubapolitik wie die Verurteilung des Helms-Burton-Gesetzes auf EU-Ebene, da hier eine „Enthspannung“ durch einen Souveränitätsverlust der Beziehungen zu Kuba droht.¹⁷⁸ Der PSOE plädiert dafür, die Kubapolitik als Familienangelegenheit, also auf nationaler Ebene, weiterzuführen, um auf direkterem Weg und auf effizientere Weise zu handeln.¹⁷⁹ Die Partei bedauert, daß der PP sich nicht der Verurteilung der anderen parlamentarischen Gruppen gegen das Helms-Burton-Gesetz angeschlossen habe.¹⁸⁰ Sie fordert die Verabschiedung eines Anti-Helms-Burton-Gesetzes.¹⁸¹ Vor allem der PSOE wirft Aznar vor, sich seine Kubapolitik von den Exilkubanern in Miami diktieren zu lassen¹⁸² und kritisiert die Instrumentalisierung des Postens des spanischen Botschafters.¹⁸³

Auch *Izquierda Unida* (IU) wirft Aznar vor, die Änderung der Kubapolitik entspreche den Interessen der radikalen Exilkubaner v.a. in Miami. Die parlamentarische Gruppe der nationalistischen baskischen Senatoren verurteilt die Ablösung eines Botschafters, der sich als kompetent erwiesen und den Zielen Spaniens verschrieben hat.¹⁸⁴ Als Mitglied der baskischen Regierung verurteilt Rosa Díez die Politik des Drucks der spanischen Regierung gegenüber Kuba. Sie macht darauf aufmerksam, daß sogar der Vatikan eine wohlwollendere Haltung gegenüber Kuba hat und kritisiert gleichzeitig die Unterstützung der *Fundación Hispano Cubana* durch den PP. Diesen Kritiken schließt sich der Vorsitzende der *Unió Democràtica de Catalunya*, Josep Antoni Duran Lleida, an. Er bittet die Regierung, ihre Einstellung gegenüber Kuba zu ändern, die Initiative zu ergreifen und sich als Vermittler zwischen der kubanischen Regierung und den USA bzw. der internationalen Gemeinschaft zu profilieren.¹⁸⁵ Duran Lleida plädiert für eine spanische Außenpolitik im Rahmen der Position der EU.¹⁸⁶ Der Beauftragte für Außenbeziehungen des IU, Carlos Carnero, beschuldigt Aznar, mit seiner Politik die Arbeit für Mas Canosa zu erledigen und implizit das Helms-Burton-Gesetz zu unterstützen.¹⁸⁷ *Izquierda Unida* und *Iniciativa per Catalunya* fordern die spanische Regierung auf, sich deutlich gegen alle Teile des Helms-Burton-Gesetzes auszusprechen.¹⁸⁸ Politiker aller spanischen Parteien befürchten, daß jetzt Italien und Portugal zu Sprechern zwischen der EU und Kuba, vielleicht auch ganz Lateinamerika, werden könnten.¹⁸⁹ Die spanischen Oppositionsparteien lehnen die Kubapolitik Aznars und seine damit verbundene Haltung zum Helms-Burton-Gesetz ab¹⁹⁰ und entwickeln eine „Paralleldiplomatie“ zu Kuba, die an den traditionellen Kurs des Dialogs und der Kooperation anknüpft und damit im krassen Widerspruch zu Aznars Politik gelagert ist. Mitte Juli 1996 reist der Generalkoordinator des IU, Julio Anguita, nach Kuba, um die Solidarität mit dem kubanischen Volk zu demonstrieren. Zur glei-

¹⁷⁷ Vgl. BOCG, Senado vom 28.05.1996.

¹⁷⁸ Vgl. Roy, Joaquín 1998, S. 152.

¹⁷⁹ Vgl. BOCG, Congreso vom 28.05.1996.

¹⁸⁰ Vgl. O.A., El PSOE acusa al Gobierno de someterse al antiastrismo de Estados Unidos, in: La Vanguardia vom 27.05.1996.

¹⁸¹ Vgl. Proposición no de Ley ante el Pleno vom 8. Mai 1996, veröffentlicht am 16. Mai 1996.

¹⁸² Vgl. Yáñez, Luís, La Cuba del silencio, in: Fundación Diálogos, Simposio Internacional: Una nueva política hacia Cuba, Madrid 22. + 23. November 1996.

¹⁸³ Vgl. Díez, Luis, El cambio de embajador reabre la batalla de Cuba, in: El Periódico vom 28.08.1996.

¹⁸⁴ Vgl. BOCG, Senado vom 19.03.1997.

¹⁸⁵ Vgl. Vicent, Mauricio, El Gobierno vasco critica que Aznar no apoye a quienes invierten en Cuba, in: El País vom 03.11.1996.

¹⁸⁶ Vgl. O.A., Las ONG critican la suspension de la ayuda a Cuba, in: El País vom 30. Mai 1996.

¹⁸⁷ Vgl. P.G./M.C., PSOE e IU arremeten contra la estrategia de Aznar de endurecer el acoso a Cuba, in: El Mundo vom 14.11.1996.

¹⁸⁸ Vgl. BOCG, Congreso vom 28.05.1996.

¹⁸⁹ Vgl. O.A.: Aznars Kuba-Politik bleibt umstritten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.11.1996.

¹⁹⁰ Vgl. Haubrich, Walter, Die Kubapolitik des spanischen Regierungschefs bekommt starke Kritik im eigenen Land, in: FAZ vom 29.11.1996 und Haubrich, Walter, Protest, Schutz oder beides?, in: FAZ vom 28.11.1996.

chen Zeit befindet sich eine Delegation der kommunistischen Partei Spaniens, des *PCE* auf Kuba, die ihre Unterstützung Kubas deutlich machen will.¹⁹¹ Sowohl Narcís Serra (Ex-Vizepräsident Spaniens) als auch Alfonso Guerra und Luís Yáñez (außenpolitischer Sprecher des PSOE) und der Präsident der Junta de Andalucía, Manuel Chavez, der von Fidel Castro persönlich empfangen wird, reisen Anfang 1997 nach Kuba.¹⁹² Die Besuche sind teils mit dem Chef der spanischen Diplomatie, Matutes, abgesprochen, der seinen Überzeugungen entsprechende Nachrichten überbringen ließ.¹⁹³ Hier wird deutlich, daß Aznar von allen Parteien, einschließlich seiner eigenen, und der Person des Außenministers, Widerstand entgegengebracht wird. Castro hat über diese Besucher seinen Wunsch geäußert, die Beziehungen zu Spanien wieder herzustellen und den spanischen Ministerpräsidenten gebeten, ein Zeichen der Entspannung zu geben, wie z.B. die Ernennung eines neuen Botschafters.¹⁹⁴

Landesweit wird von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen das Mißverhältnis zwischen der Haltung der Regierung und den Bedürfnissen der Kubaner in dieser schweren politischen Situation angeprangert. So wird die Kubapolitik Aznars als „mittelalterliche Belagerungstaktik“ bezeichnet.¹⁹⁵ Kritisiert wird der vermeintliche Widerspruch, nicht Castro zu stürzen, aber dennoch Demokratie und Bürgerrechte nach Kuba bringen zu wollen.¹⁹⁶ Es wird gefordert, den familiären und historischen Beziehungen, dem erreichten Stand der ökonomischen bilateralen Beziehungen sowie der erforderlichen Hilfe bei einer politischen Transition auf Kuba Rechnung zu tragen.¹⁹⁷ Des weiteren sollen schon vorgenommene Reformschritte honoriert und die Kooperation entsprechend schrittweise ausgeweitet werden.¹⁹⁸

Von Seiten der *Comisiones Obreras* und der *Unión General de Trabajadores* wird die Forderung an die spanische Regierung laut, die Verurteilung des Helms-Burton-Gesetz auf EU-Ebene anzuführen. Die beiden Gewerkschaften bekunden ihre Solidarität mit Kuba¹⁹⁹ und fordern die spanischen gesellschaftlichen Akteure sowie die Zivilbevölkerung auf, sich ihrer anzuschließen.²⁰⁰

Als nationaler Verband der NRO, deren Mitglieder von der spanischen Regierung eine stärkere Rolle in Kuba zugedacht ist, kritisiert die spanische *Coordinadora de las ONG* die angekündigte Suspendierung der offiziellen Hilfe für Kuba,²⁰¹ da ihrer Überzeugung nach die Konsequenzen einer Kürzung der Hilfe für Kuba vom kubanischen Volk getragen werden und der Demokratisierungsprozeß nicht vorangetrieben wird.²⁰² Ihrer Meinung nach soll die Regierung ihren institutionalisierten Verpflichtungen im Bereich der Entwicklungshilfe weiterhin nachkommen.²⁰³ Als Sprachrohr der NRO kritisiert der Verband, die Unsicherheit der spanischen Regierung, bezüglich der Durchführung der angekündigten Kürzung der Kooperation mit Ausnahme der huma-

¹⁹¹ Vgl. Orta, Josep, Anguita viaja a La Habana para mostrar su solidaridad a Fidel Castro, in: La Vanguardia vom 15.07.1996.

¹⁹² Vgl. Sen, Cristina, Una delegación del Parlament viaja a Cuba para favorecer las relaciones bilaterales, in: La Vanguardia vom 27.01.1997; Lucio, Lourdes, Castro afirma durante la visita de Chavez que prefiere a Aznar “en la oposición”, in: El País vom 06.04.1997.

¹⁹³ Vgl. Gómez, Pavel, Agentes ‘dobles’ en Cuba, in: Diario 16 vom 07.02.1997.

¹⁹⁴ Vgl. Larraya, José, Dirigentes del PSOE mantienen en Cuba contactos al más alto nivel, in: EL País vom 15.01.1997.

¹⁹⁵ Vgl. Carnicero, Carlos, Aznar, por favor..., in: El Periódico vom 02.06.1996.

¹⁹⁶ Vgl. Maruri y del Castaño, Nicolás, Cuba y el PP, in: ABC vom 28.02.1996.

¹⁹⁷ Vgl. Iglesia-Caruncho/Paz Ramos 1998, S. 73 f.

¹⁹⁸ Vgl. Tusell, Javier, Cuba, la barbarie y la política, in: El Correo Español vom 06.03.1996.

¹⁹⁹ Vgl. A.D./I.C., CiU logra que el PP condene la ley que refuerza el embargo de EEUU a Cuba, in: El País vom 18.06.1996.

²⁰⁰ Vgl. Carnero, Carlos, Cuba-España, giro inaceptable, in: El País vom 12.06.1996.

²⁰¹ Vgl. Cal, Juan Carlos de la, Las ONGD presentan al Gobierno doce medidas para la cooperación, in: El Mundo vom 30.05.1996.

²⁰² Vgl. O.A., Las ONG critican la suspension de la ayuda a Cuba, in: El País ovm 30. Mai 1996.

²⁰³ Vgl. EFE, La [sic] ONGD pide que no se recorten los presupuestos, in: Ya vom 30.05.1996.

nitären Hilfe. Er weist darauf hin, daß viele Kooperationsprojekte die unter technische Hilfe fallen, letztendlich humanitäre Hilfe leisten, wie z.B. die Instandhaltung der Infrastruktur.²⁰⁴

Die spanischen Unternehmer beobachten sehr sorgenvoll die Politik der Anlehnung an die USA.²⁰⁵ Sie verstehen zwar die Distanz Aznars gegenüber Castro, verstehen aber die verspätete und anfangs kaum überzeugende Ablehnung des Helms-Burton-Gesetzes nicht.²⁰⁶ Sie fordern von der spanischen Regierung, dafür Sorge zu tragen, daß die spanischen Interessen auf Kuba umfassend geschützt bleiben. Sie rufen den Staat auf, sich nicht aus seinem politischen und wirtschaftlichen Engagement aus Kuba zurückzuziehen sondern mit seiner Präsenz auf der Insel, den Widerstand gegen das Helms-Burton-Gesetz anzuführen.

Auf die angekündigte Suspendierung der zwischenstaatlichen Hilfe reagieren spanische Unternehmer mit Verwunderung. Die intergouvernementale Zusammenarbeit beläuft sich auf 600 Mio. Pesetas. Ein an sich schon geringer Betrag, der bereits zu einem hohen Teil in humanitären Hilfsprojekten festgelegt ist, so daß der spanischen Regierung nur wenige Posten aus der wissenschaftlich-technischen und der kulturellen Kooperation zur Kürzung zur Verfügung stehen.²⁰⁷ Die Ankündigung Aznars, die Kredite des *Fondo de Ayuda al Desarrollo* und die *CESCE*-Sicherheiten für Kuba zu kürzen, solange keine sichtbaren und klaren Schritte in Richtung Demokratie erkennbar sind,²⁰⁸ stößt bei den Unternehmern auf Unverständnis. Sie bemängeln schon seit längerem, daß diese Kredite kaum existieren.²⁰⁹ Die Ankündigung Aznars, die für sie wichtigen *CESCE*-Sicherheiten zu kürzen, entlarven sie als leere Drohung, der die Substanz fehlt, die jedoch gravierende Folgen für die spanischen Investitionen auf Kuba hat.

Auch wird von den spanischen Unternehmen befürchtet, daß durch die diplomatische Krise, andere Länder wie v.a. Mexiko Nutzen aus der Situation ziehen, und ihre Marktanteile erhöhen könnten. Juan Arenas Uría, der Präsident des *Comité Bilateral de Cooperación Empresarial Hispano-Cubano*, dem staatlichen Gremium, das die wirtschaftlichen Grundlagen steuert, weist darauf hin, daß die neue Politik Aznars, nicht die institutionellen Grundlagen für die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den zwei Ländern verändert. Dagegen sieht Iñigo Morey, Präsident von *Cuba Negocios*, einer privaten und unabhängigen Organisation, die die Kontakte zwischen spanischen Unternehmern und dem kubanischen Staat herstellt, wirtschaftliche Erschwernisse durch die Politik Aznars auf die spanischen Unternehmer zukommen.²¹⁰ Tatsächlich sehen sich die spanischen Unternehmen vom spanischen Staat nicht mehr geschützt und überdenken dadurch ihre Investitionen. Auch werden spanische Unternehmen, die eine privilegierte Stellung in Kuba hatten, nicht mehr von anderen Firmen als Vermittler bei Investitionen auf der Insel eingesetzt,²¹¹ eine Tatsache, die den spanischen Unternehmen vorher großen Einfluß und Mitsprache brachte. Die spanischen Firmen sehen ihre Interessen also nicht durch die Politik der spanischen Regierung

²⁰⁴ Vgl. Vicent, Mauricio, Cuba da el plácet al nuevo embajador español dos meses después de la solicitud, in: El País vom 17.10.1996.

²⁰⁵ Vgl. Potthoff, Christian, Die harte Kubapolitik von Aznar steckt in einer Sackgasse, in: Handelsblatt vom 28.11.1996.

²⁰⁶ Vgl. O.A., Primeros pasos de Aznar en el exterior, in: El Periódico vom 28.05.1996 und Potthoff, Christian, Die harte Kubapolitik von Aznar steckt in einer Sackgasse, in: Handelsblatt vom 28.11.1996.

²⁰⁷ Vgl. Vicent, Mauricio, El Gobierno sólo podrá suprimir la ayuda científica y cultural en La Habana, in: El País vom 29.05.1996.

²⁰⁸ Vgl. Míguez, Alberto, Matutes afirma que la ayuda que envíe España a Cuba será únicamente humanitaria, in: La Vanguardia vom 11.05.1996.

²⁰⁹ Vgl. Vicent, Mauricio, Rechazo general del empresariado español y las ONG a la suspensión de la cooperación con Cuba, in: El País vom 04.06.1996.

²¹⁰ Vgl. O.A., Los intereses de empresas españolas, in: La Vanguardia vom 01.12.1996.

²¹¹ Vgl. Arenas Uría, Juan, Las relaciones económicas hispano-cubanas: la empresa española en Cuba, in: Fundación Diálogos, Simposio Internacional: Una nueva política hacia Cuba, Madrid 22. + 23. November 1996.

vertreten. Auch sie kritisieren, daß diese Politik nur den hartnäckigen Exilkubanern wie Más Canosa nützt.²¹²

Die Reaktionen Havannas auf die Einfrierung der spanischen finanziellen Hilfen beschreibt Carlos Lage, kubanischer Wirtschaftsminister, folgendermaßen: Das ausländische Kapital ist ein dynamisierendes Element der wirtschaftlichen Erholung Kubas, aber es ist nicht der Hauptfaktor²¹³. Somit entwertet er die von Aznar immer hervorgehobene Bedeutung der spanischen Hilfe für Kuba. Der kubanische Außenminister Robaina bedauert die Einschränkung der Kooperationskanäle mit Spanien. Er erinnert daran, daß die Beziehungen mit Spanien stets über ideologische Grenzen hinweg gehalten wurden.²¹⁴ Castro kritisiert wie zu erwarten, die Kubapolitik Spaniens auf schärfste, vor allem ihre Nähe zur US-amerikanischen Politik.²¹⁵

Im wirtschaftlichen Bereich belegen im Oktober des Jahres 1996 alle Zahlen, daß die Kubapolitik Aznars ökonomisch nicht angeschlagen hat. Es steht zu dem Zeitpunkt schon fest, daß die Exporte nach Kuba um 45% im Vergleich zum Vorjahr gestiegen sind und die Importe gleichwohl einen leichten Zuwachs verzeichnen. Trotz der Verschlechterung der Beziehungen scheinen die spanischen Unternehmer bereit, ihre Karten auf den kubanischen Markt zu setzen. An den Wirtschaftsdaten für das Jahr 1996 läßt sich insgesamt jedoch ablesen, daß die Kürzungen geringer ausfallen als nach den Ankündigungen Aznars zu erwarten gewesen wäre.²¹⁶ Auf privatwirtschaftlicher Ebene ist dabei festzustellen, daß die Zahl der Wirtschaftsdelegationen, die 1996 nach Kuba gereist sind, sich von 11 im Jahr 1995 auf 19 gesteigert hat. Darunter befinden sich unter anderem auch viele Unternehmen, die sich erst neu auf der Insel engagieren wollen und sich daher über Investitionsmöglichkeiten informieren. Hinzu kommt die Feststellung, daß die Teilnahme spanischer privater Unternehmen auf der *Feria Internacional de La Habana*, der wichtigsten Handelsmesse der Insel, gestiegen ist.²¹⁷ So ist z.B. der Präsident des CEOE²¹⁸ mit 70 Unternehmern vor Ort. Die staatliche Seite, sonst vertreten durch das *Instituto de Comercio Exterior de España*²¹⁹, ist hingegen nicht auf der Messe vertreten und auch die Subventionierung der spanischen teilnehmenden Unternehmen fällt aus. Einzelne Unternehmen wie die staatliche Gesellschaft Paradores Nacionales de Turismo²²⁰ und die Hotelkette Occidental Hoteles²²¹ müssen ihr geplantes Engagement in Kuba aufgrund der neuen Politik der spanischen Regierung zurückziehen. Dagegen zeigen sich privatwirtschaftliche Unternehmen wie u.a. Sol-Meliá²²², Riú, Air Europa und Fluxá nicht bereit, der Kubapolitik Aznars zu folgen und setzten ihr Engagement auf Ku-

²¹² Vgl. Vicent, Mauricio, Los inversores en Cuba acusan a Aznar de „tensar la cuerda hasta romperla“, in: El País vom 27.11.1996.

²¹³ Vgl. Batta, Víctor, España, atrapado entre EU y sus intereses en Cuba, in: El Financiero vom 14.12.1996.

²¹⁴ Vgl. Vicent, Mauricio, Cuba advierte que la política de Aznar perjudicará a España, in: El País vom 28.05.1996.

²¹⁵ Vgl. N.E./L.A., El dictador Castro aprovecha una escala en Tenerife para criticar la [sic] medidas económicas del Gobierno, in: ABC vom 16.06.1996.

²¹⁶ Vgl. Vicent, Mauricio, Cuba da el plácet al nuevo embajador español dos meses después de la solicitud, in: El País vom 17.10.1996.

²¹⁷ Vgl. Vicent, Mauricio, Las exportaciones españolas a Cuba crecen este año un 45% pese al endurecimiento de la política del PP, in: El País vom 21.10.1996.

²¹⁸ Der CEOE (Confederación Española de Organizaciones Empresariales) ist ein Zusammenschluß der Unternehmensverbände vergleichbar dem Bund der Deutschen Industrie (BDI) in Deutschland.

²¹⁹ ICEX: spanisches Institut für Außenhandel

²²⁰ Vgl. Cembrero, Ignacio, Paradores renuncia a operar en Cuba por temor a padecer la ley Helms-Burton, in: El País vom 02.06.1996.

²²¹ Vgl. I.C./J.C.S., Otra empresa española se retira de Cuba tras la 'ley Helms-Burton', in: El País vom 14.06.1996.

²²² Vgl. O.A., Sol-Meliá no abandonará sus inversiones pese a las amenazas de Estados Unidos, in: ABC vom 14.07.1996.

ba fort.²²³ Anzunehmen ist, daß für sie die finanziellen Einbußen bei einer Aufgabe ihres Engagements in Kuba zu hoch wären. Stark kritisiert wurde von den privaten spanischen Wirtschaftsunternehmen, daß keine offizielle spanische Vertretung auf der *Feria Internacional de La Habana* zugegen war, während z.B. die EU, Frankreich und Deutschland mit teils hochrangigen Offiziellen vertreten war.²²⁴ Die Unternehmer schreiben dies einer fehlenden Weitsicht Aznars zu. Er habe nicht erkannt, welche Schäden er mit seiner Politik auch für die spanischen Unternehmer, die gleichzeitig Arbeitgeber sind, verursachte. Allgemein ist man der Überzeugung, daß die Kubapolitik Aznars das Engagement der Spanier auf der Insel stört, das schwerwiegendere Problem ist jedoch das Helms-Burton-Gesetz, vor allem die fehlende Verurteilung desselben durch Aznar.²²⁵ Jedoch lassen sich die spanischen Unternehmen faktisch nicht von ihren Investitionen auf der Insel abbringen.²²⁶ Die spanischen Unternehmen und die Oppositionsparteien weisen nach Meinung der Mehrzahl der Spanier den richtigen Weg²²⁷: Die Regierung soll die guten Beziehungen wieder herstellen, die traditionellen hispano-kubanischen Bänder erneuern und eine aktive Diplomatie gegenüber der Insel führen.²²⁸

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die gesellschaftlichen und politischen Gruppierungen von Aznar fordern, bei seinen Bemühungen um die Demokratie in Kuba eine intelligente Mischung aus Druck und Dialog einzusetzen, d.h. seine konfrontative Politik über kooperative Elemente auszugleichen²²⁹ sowie die historischen Bindungen mit in sein Kalkül einzubeziehen. Auffällig ist auch hier, daß von keiner Seite Kritik an den Zielen seiner Kubapolitik laut wird sondern immer wieder angemahnt wird, die Instrumente und Maßnahmen zu revidieren. Der Widerstand im ökonomischen Bereich bezieht sich stark auch auf die zunächst schwache Verurteilung Aznars des Helms-Burton-Gesetzes auf bilateraler Ebene. Diese habe anfangs nicht die Gegnerschaft Spaniens gegenüber des US-Gesetzes deutlich gemacht und setze damit in Kuba falsche Signale, die die ökonomischen Interessen der Spanier beeinträchtigen könnten. Aznars Konzept, die Kooperation einzufrieren, bis demokratische und ökonomische Reformen erbracht seien, und die kubanische Regierung politisch zu isolieren, findet keine Unterstützung in der Bevölkerung. Die neue Kubapolitik Aznars wird auf der nationalen Ebene von allen politischen und gesellschaftlichen Akteuren verurteilt.

4.2.2 Auf dem Weg zu einer kohärenten Kubapolitik? Der Gemeinsame Standpunkt

Aznars Konzept sieht auch vor, seine Haltung auf die EU-Ebene zu übertragen, um den Druck auf die kubanische Regierung zu erhöhen. Mit der Übernahme der selben Haltung gegenüber Kuba auf europäischer Ebene könnten die Ziele Aznars schneller erreicht werden, da die Haltung der EU international mehr Gewicht besitzt als die Haltung einzelner Nationalstaaten. Die Interessen der Spanier und der EU – Demokratisierung, Achtung der Menschenrechte, Freilassung politischer Gefangener, humanitäre Hilfe – sind kongruent, so daß eine gemeinsame Basis der EU-Länder gegen das totalitäre Regime Castros besteht. Jedoch sind die Instrumente und Strategien auf beiden Ebenen unterschiedlich. Die EU zieht die Kooperation, den politischen Dialog und die Unterstützung der Wirtschaftsreformen als Instrumente zur Erreichung der politischen Transition vor und teilt mit Kuba die Ablehnung des US-Embargos und politischer

²²³ Vgl. Manresa, Andreu, “Si Estados Unidos no quiere que actuemos en su territorio, tendremos que irnos”, in: El País vom 21.07.1997.

²²⁴ Vgl. M.V., Empresarios atónitos, in: El País vom 24.11.1996.

²²⁵ Vgl. Vicent, Mauricio, Sol Meliá ampliaré inversiones en Cuba pese a la ley Helms-Burton, in: El País vom 24.05.1996.

²²⁶ Vgl. Vicent, Mauricio, La segunda pérdida española de Cuba, in: El País vom 24.11.1996.

²²⁷ Vgl. Vicent, Mauricio, Rechazo general del empresariado español y las ONG a la suspensión de la cooperación con Cuba, in: El País vom 04.06.1996.

²²⁸ Vgl. Iglesia-Caruncho/Paz Ramos 1998, S. 73 f.

²²⁹ Vgl. Orozco, Román, Aznar no quiere a Fidel, in: Cambio 16 vom 17.06.1996.

Zwangmaßnahmen.²³⁰ Die Strategie der EU ist aggregierbar unter einer „Initiative zur Reformbegleitung“. Die Haltung von Rat, Kommission und EP gegenüber Kuba war bis zum Scheitern des Kooperationsabkommens im Frühjahr 1996 dahingehend optimistisch, als man glaubte, durch ein Kooperationsabkommen, Kuba zu Reformen bewegen zu können.²³¹ Trotz der ablehnenden Haltung Kubas ist die EU jedoch weiterhin bereit, den Dialog mit Kuba zu erhalten.²³²

Dieser Haltung auf EU-Ebene steht die Kubapolitik Aznars diametral entgegen. Auf der Ratsitzung in Florenz am 20. Juni 1996 setzt Spanien die Aufnahme eines Passus in der Abschlusserklärung durch, in der der Rat bedauert, daß die politische Situation auf Kuba - Menschenrechtsverletzungen sowie Fehlen demokratischer und wirtschaftlicher Reformen - es nicht zuläßt, daß die Beziehungen zum Karibikstaat in der Entwicklung fortschreiten können. Jedoch hofft der Rat, daß in Zukunft die notwendigen Voraussetzungen für eine Kooperation mit Kuba gegeben sein werden.²³³ Mit der Annahme dieser Erklärung gelingt es Spanien, Kuba explizit für das Scheitern der Verhandlungen verantwortlich zu machen. Spanien propagiert damit im Rat die Idee, abwartend dem Prozeß auf Kuba gegenüber zu stehen. Mit diesem ersten Teilerfolg scheint der Weg für eine neue Kubapolitik auf EU-Ebene möglich.

Wie im spanischen Parlament vom PP gefordert, sorgt Aznar dafür, daß sich Spanien im Rat dem europäischen Widerstand gegen Artikel III des Helms-Burton-Gesetzes anschließt.²³⁴ Über die Verabschiedung eines Antiboykottgesetzes reagiert die EU auf die extraterritorialen Maßnahmen des US-Gesetzes. Mit der auf Artikel 235²³⁵ des EU-Vertrages basierenden Gemeinschaftsverordnung bringt die EU zum Ausdruck, daß sie die Extraterritorialitätsklausel des US-Gesetzes ablehnt und verfügt, daß den europäischen Unternehmen gegebenenfalls über Rückgriffe auf das Vermögen US-amerikanischer Gesellschaften Entschädigungszahlungen zugebilligt werden.²³⁶

Mit der Verabschiedung des Antiboykottgesetzes löst Aznar sein Versprechen ein, die wirtschaftlichen Interessen Spaniens über die bilaterale Ebene zu schützen. Seine Strategie geht jedoch weiter. Er nutzt die Gunst der Stunde und die allgemeine Stimmung auf EU-Ebene und bringt am 13. November 1996 einen Vorschlag für einen Gemeinsamen Standpunkt ein. Darin schlägt der spanische Ministerpräsident dem Rat vor, die Politik gegenüber Kuba viel stärker zu konditionieren. So wird als erste Änderung, um den Vorschlag Aznars überhaupt als Grundlage für weitere Diskussionen zu nehmen, die restriktive Konditionierung des Papiers aufgehoben. Diese besagt „nur wenn ausreichende Fortschritte in allen geforderten Bereichen von Kuba vorgenommen *worden sind* [eigene Hervorhebung]“ wird die Kooperation wieder aufgenommen.²³⁷ Damit schlägt Aznar dem Rat eine bis dato in diesem Gremium völlig entgegengesetzten Haltung vor. Der Vorschlag Aznars basiert auf dem Papier, das US-Sonderbotschafter Eizenstat im September in Spanien mit dem Ziel vorgestellt hat, die Kubapolitik der EU zur Übernahme einer restriktiveren Politik zu bewegen, um Clinton im US-Kongreß ein Mittel an die Hand zu geben,

²³⁰ Vgl. IRELA, Cuba después del V Congreso del PCC, INF-97/8-CUB, 5. Nov. 1998, S. 8f.

²³¹ Vgl. Agence Europe, Plenartagung des Europäischen Parlaments, vom 15.01.1996.

²³² Vgl. Míguez, Alberto, La Unión Europea considera inviable el acuerdo de cooperación con Cuba, in: La Vanguardia vom 07.05.1996.

²³³ Vgl. O.I.D., Conferencia de prensa del Presidente del Gobierno, José María Aznar, después de la reunión del Consejo Europeo, vom 21.06.1996 und I.C./X.F.-V., Los Quinte responderán a la ley que endurece el embargo a Cuba, in: El País vom 23.06.1996.

²³⁴ Vgl. Roy, Joaquín 1998, S. 147.

²³⁵ Eine Gemeinschaftsverordnung unter Berufung auf Artikel 235 des EU-Vertrages gibt den Außenministern die Möglichkeit, in Bereichen tätig zu werden, für die die EU nicht ausdrücklich die Befugnisse hat, die aber für die Verwirklichung der Ziele des gemeinsamen Marktes nötig sind. Artikel 235 setzt einen einstimmigen Beschluß voraus. Vgl. Hadler, Wilhelm, EU ringt um gemeinsame Haltung im Handelsstreit, in: Die Welt vom 28.10.1996.

²³⁶ Vgl. Hadler, Wilhelm, EU ringt um gemeinsame Haltung im Handelsstreit, in: Die Welt vom 28.10.1996.

²³⁷ Vgl. EFE, Quince retrasan el debate sobre la propuesta española al 6 de Diciembre, vom 20.11.1996.

Art. III des Helms-Burton-Gesetzes auszusetzen.²³⁸ Er verfolgt mit Einbringung dieses Vorschlags zwei Ziele:

Schutz der spanischen Interessen: Er gibt dem US-amerikanischen Präsidenten ein Mittel an die Hand, vor dem US-Kongreß für die Aussetzung der Artikel III und IV mittels des *Waivers* zu intervenieren. Durch die Aussetzung der Artikel für sechs Monate können US-amerikanische Firmen während dieser Zeit nicht gegen spanische und europäische Unternehmen klagen. Der Schutz der wirtschaftlichen Interessen Spaniens ist damit umfassender gewährleistet als nur über das Antiboykottgesetz.

Gleichzeitig versucht Aznar die EU zu instrumentalisieren, um seine Kubapolitik auf die Gemeinschaft zu übertragen

So sieht der Vorschlag Aznars vor, die Kooperation der fünfzehn EU-Länder mit Kuba durch NRO und Kirchen zu kanalisieren und den Dialog mit der Opposition zu verstärken.²³⁹ Gemäß den Vorstellungen der spanischen Regierung und unter Berufung auf die Begründung der Kommission, eine Kooperation mit Kuba aufrecht zu erhalten (siehe Kap. 3.2) soll dieser Vorschlag ein „Anreiz zur Demokratisierung“ für Kuba darstellen. Die EU soll weiterhin folgende Maßnahmen von Castro verlangen:

- Ratifizierung des Vertrags über die Menschenrechte
- Reform des Strafgesetzes
- Gewährung der politischen Versammlungsfreiheit
- Anerkennung der NRO
- Freilassung politischer Gefangener
- Verbesserung des Strafsystems.²⁴⁰

Die reformbegleitenden Maßnahmen der EU sollen erst nach Durchführung der von der EU geforderten umfassenden Reformen wieder aufgenommen werden.²⁴¹ Aznar schlägt somit eine restriktive Konditionierung vor.

Kritik von der EU zu diesem Vorschlag wird laut. So ist die besondere Härte der Forderungen, die für Kuba eher eine Herausforderung als einen Anreiz darstellt, für einen Gemeinsamen Standpunkt nach EU-Strickmuster ungewöhnlich.²⁴² Irland, das die Ratspräsidentschaft inne hat, überarbeitet den Vorschlag Aznars und nimmt dem Dokument die Härte. So wird hinzugefügt, daß die EU den starken Wunsch äußert, auf dem Weg zur Liberalisierung Partner Kubas zu sein und in der heiklen Frage der Menschenrechte Dialoge mit allen Sektoren der Gesellschaft zu intensivieren. Mehrere EU-Staaten, darunter Frankreich und Italien, kritisieren, daß das Papier zu nah an der US-amerikanischen Haltung formuliert sei.²⁴³ In der neuen Fassung wird wieder die „Initiative der Reformbegleitung“ stärker in den Vordergrund gestellt, die die wirtschaftliche Unterstützung während der Reformschritte erlaubt.²⁴⁴ In der neuen Diskussionsgrundlage wird also die restriktive Konditionierung der Kooperation umgewandelt in eine abgestufte Kooperati-

²³⁸ Vgl. Vidal-Folch, Xavier, España propone a la Unión Europea cortar el crédito y la cooperación con La Habana, in: El País vom 13.11.1996.

²³⁹ Vgl. Vidal-Folch, Xavier, Madrid pugna por ganarse a Bonn para lograr que la UE asuma su política de dureza con Cuba, in: El País vom 14.11.1996.

²⁴⁰ Vgl. P.G./M.C., PSOE e IU arremeten contra la estrategia de Aznar de endurecer el acoso a Cuba, in: El Mundo vom 14.11.1996.

²⁴¹ Vgl. Vidal-Folch, Xavier, Madrid pugna por ganarse a Bonn para lograr que la UE asuma su política de dureza con Cuba, in: El País vom 14.11.1996.

²⁴² Vgl. Vidal-Folch, Xavier, Madrid pugna por ganarse a Bonn para lograr que la UE asuma su política de dureza con Cuba, in: El País vom 14.11.1996.

²⁴³ Vgl. Oliveras, Eliseo, La UE estudia el plan español para Cuba, in: El Periódico vom 15.11.1996.

²⁴⁴ Vgl. Vidal-Folch, Xavier, España rebaja la dureza de su iniciativa sobre Cuba para hacerla asumible por la Unión Europea, in: El País vom 15.11.1996.

on, die bereits vorgenommene Reformen berücksichtigt.²⁴⁵ Wichtig ist zu bemerken, daß die Iren darauf bestehen, die bereits vorgenommenen Fortschritte in der wirtschaftlichen Liberalisierung anzuerkennen.²⁴⁶ Dies ist eine Sichtweise, die Aznar nicht teilt.

Die Dokumente stimmen überein mit dem Ziel der Demokratisierung, der Forderung nach Einhaltung der Menschenrechte, der Straffreiheit für politische Oppositionelle, der Kanalisierung der humanitären Hilfe über die NRO und der Konditionierung der zukünftigen Kooperation an die wirtschaftlichen Fortschritte. Beide Vorschläge lehnen (wirtschaftliche) Zwangsmaßnahmen ab.²⁴⁷ Die Dokumente unterscheiden sich hinsichtlich der Weite der Zielsetzungen und in der Bewertung der schon durchgeführten Reformen. Nach den Korrekturen der Iren nimmt das Politische Komitee der EU nochmals eine Glättung vor und verabschiedet den Standpunkt einstimmig. Es weist den kubanischen Behörden eine wichtigere Rolle bei der politischen Transition zu. Weiterhin wird die Bereitschaft der EU, die Wirtschaftsreformen Castros finanziell zu unterstützen, betont und gleichzeitig der Zeitdruck für Wirtschaftsreformen gemindert.²⁴⁸ Damit wird das Dokument soweit zurechtgeschliffen, bis es der traditionellen Politik der EU entspricht. Der Ton des Dokuments hat sich dabei jedoch sehr weit von dem des Ausgangspapiers entfernt. Als "Punkt A Papier" geht der Gemeinsame Standpunkt weiter in den Ausschuß der Ständigen Vertreter, der ihn einstimmig annehmen muß, wie bei intergouvernementalen Entscheidungen notwendig. Der Gemeinsame Standpunkt wird bereits am 2. Dezember 1996 im Rat der Wirtschafts- und Finanzminister verabschiedet. Die Schnelligkeit, mit der der Gemeinsame Standpunkt verabschiedet wurde und die glatte Absegnung durch die Instanzen, deuten darauf hin, daß auf EU-Ebene ein enormer Wille zur Demonstration einer kohärenten Position nach außen gegeben war. Die Intention Aznars, seine Haltung auf EU-Ebene zu exportieren, geht nicht auf. Das Papier findet Anerkennung in dem Sinne, daß es eine Möglichkeit bietet, sich kohärent zu Kuba zu positionieren. Allerdings verselbständigt sich die Entwicklung und der Vorschlag wird zurechtgeschliffen. Aznar bleibt nur noch übrig, der neuen Vorlage zuzustimmen, um den Gemeinsamen Standpunkt als weiteren Mosaikstein in der Begründung einer Gemeinsamen Außenpolitik nicht zu gefährden. Der Gemeinsame Standpunkt wird von Aznar als Köder in die Runde der EU-Länder geworfen und kommt als Bumerang zurück, der Aznar in seiner Haltung gegenüber Kuba umwirft.

Nach der Verabschiedung des Gemeinsamen Standpunkts stellt dieses Papier auch für Spanien ein Grundlagendokument der bilateralen Kubapolitik dar.²⁴⁹ Folgende über den Inhalt herausgehende Ergebnisse des Gemeinsamen Standpunkts lassen sich für die Kubapolitik der EU-Staaten herauslesen:

Mit dem Gemeinsamen Standpunkt erreicht die EU, ihren Beziehungen ein Profil zu geben und den Konflikt um Kuba aus der Achse Washington-Havanna herauszuschälen, indem sie klarmacht, daß der Konflikt ein Problem zwischen Demokratie und Diktatur ist.

Der Gemeinsame Standpunkt ist nicht bindend für die EU-Länder, gibt jedoch einen Rahmen und Orientierungspunkte für die bilateralen Beziehungen vor. Der Standpunkt ist also ein weiterer Testfall auf dem Weg zu einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU.

Der Gemeinsame Standpunkt kann eine Vorbildfunktion für die iberamerikanischen Länder übernehmen, zeigt er doch einen möglichen Weg, die Situation auf Kuba zu verurteilen, ohne dabei gleich in die Nähe der Haltung der USA geschoben zu werden. Die lateinamerikanischen Länder müssen sich nicht mit Washington verbünden, um gegen ein „Familienmitglied“ vorzugehen sondern können sich den Forderungen der EU anschließen.

²⁴⁵ Vgl. Oliveras, Eliseo, La UE estudia el plan español para Cuba, in: El Periódico vom 15.11.1996.

²⁴⁶ Vgl. O.A., La presidencia de la UE rebaja la propuesta de Aznar contra Castro, in: El País vom 22.11.1996.

²⁴⁷ Vgl. Oliveras, Eliseo, España acentúa su presión sobre Cuba, in: El Periódico vom 14.11.1996.

²⁴⁸ Vgl. Vidal-Folch, Xavier, Los Quince redactan una versión aún más suave del documento sobre las relaciones UE-Cuba, in: El País vom 26.11.1996.

²⁴⁹ Vgl. BOCG, Senado vom 17.03.1997.

Der Gemeinsame Standpunkt bildet einen Schulterschuß mit der moderaten kubanischen Opposition.²⁵⁰

Der Gemeinsame Standpunkt und das Antiboykottgesetz sind politisch möglich geworden, weil das von den USA verabschiedete Helms-Burton-Gesetz stark die Interessen der Europäer gefährdet und somit die EU herausfordert, die Konfliktlinie mit den USA zu übertreten. Die EU will verhindern, daß das Helms-Burton-Gesetz einen Präzedenzfall herstellen könnte. Auf der Ratssitzung am 13. und 14. Dezember 1996 in Dublin wird nochmals betont, daß die Umsetzung des Gemeinsamen Standpunkts durch einen ergebnisorientierten konstruktiven Dialog in die Tat umgesetzt werden soll. Die EU ist weiterhin bereit, den Demokratisierungsprozeß auf Kuba unter anderem mit einem Kooperationsabkommen zu unterstützen, für das noch das Mandat von 1995 besteht.²⁵¹ Das Anliegen Aznars allerdings, seine Kubapolitik auf EU-Ebene zu erheben, geht nicht in Erfüllung. Er muß sich, damit der Gemeinsame Standpunkt angenommen wird, der Position der EU fügen. Die Kubapolitik ist somit ein weiteres Stück auf die EU-Ebene gerückt, jedoch nicht in der Form, wie Aznar es sich gewünscht hat.

Kritik am Vorschlag Aznars wird laut. Politiker spanischer Oppositionsparteien befürchten, daß Spanien seine Vermittlerrolle als Sprecher verlieren könnte.²⁵²

Auf europäischer Ebene wird gleichwohl Kritik laut. Der spanische Europaabgeordnete der SPE, Carnero, verurteilt die spanische Kubapolitik wegen ihrer Unilateralität und ihrer Überstüzttheit. Er fordert, die bereits vorgenommenen Reformschritte Kubas anzuerkennen. So findet er, daß die Wiederaufnahme der Gespräche zwischen der kubanischen Regierung und kubanischen Exilgruppen, die vom kubanischen Außenminister Robaina angeregt wurden, schon ein Zeichen für Reformwille ist. Daher fordert er die spanische Regierung dazu auf, der EU die Wiederaufnahme der Verhandlungen zum Abschluß eines Kooperationsabkommen mit Kuba vorzuschlagen und gleichzeitig in den bilateralen Beziehungen eine von den USA unabhängige Haltung zu wahren. Er fordert von Spanien explizit, Prestige und Einfluß Spaniens in der EU zu erhalten.²⁵³

Zur Haltung der EVP bezüglich des Gemeinsamen Standpunkts war es der Verfasserin, trotz umfassender Recherchen nicht möglich, Informationen zu erhalten. Erschwert wurde die Recherche dadurch, daß der Gemeinsame Standpunkt nicht zur Abstimmung im EP vorgelegt wird, so daß keine Diskussionen im Plenum darüber geführt wurden. Anhand der zunächst restriktiven Haltung des EVP bei der Diskussion um das Handelsabkommen und der späteren Zustimmung bei der Abstimmung zum Abkommen ist anzunehmen, daß die EVP einem restriktiveren Gemeinsamen Standpunkt auch zugestimmt hätte. Fraglich bleibt, ob sie dem Originalvorschlag von Aznar zugestimmt hätte, da zu vermuten ist, daß sie mehr in der Tradition der kooperativen EU-Politik steht. Sicherlich ist es auch zumindest im Sinne der spanischen EVP-Abgeordneten, daß die spanische Regierung wieder die Zügel im Bereich der Lateinamerikapolitik innerhalb der EU aufnimmt und nicht diese Position durch eine solche Haltung nochmals gefährdet. Sicherlich nimmt Aznar den Widerstand aus EVP und SPE deutlich wahr, womit auch die Reaktionen aus den europäischen Parteien einen Teil des Einflusses auf seine spätere Politik haben werden.

Die Kombination aus neuer spanischer Kubapolitik und dem Protagonismus Spaniens bei der Erarbeitung des Gemeinsamen Standpunkts führt dazu, daß Kuba dem designierten spanischen Botschafter José Coderch das bereits gewährte *Plazet* entzieht. Damit sind die spanisch-kubanischen Beziehungen auf dem Nullpunkt angelangt.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß auf EU-Ebene starker Widerstand gegen die Politik Aznars entfacht wird, da die konfrontative Haltung im Gemeinsamen Standpunkt der kooperativen Politik der EU diametral entgegen steht. Andererseits zeigt die schnelle und einvernehmliche

²⁵⁰ Vgl. O.A., Europa contra Castro, in: Cambio 16 vom 06.01.1997.

²⁵¹ Vgl. Agence Europe, Schlußfolgerungen des Vorsitzes, vom 14.12.1996.

²⁵² Vgl. O.A., Aznars Kuba-Politik bleibt umstritten, in: FAZ vom 18.11.1996.

²⁵³ Vgl. Carnero, Carlos, Cuba-España, giro inaceptable, in: El País vom 12.06.1996.

Einigung zur Position gegenüber Kuba die Isoliertheit der Position Aznars auch auf europäischer Ebene.²⁵⁴ So wird deutlich, daß Aznar nicht nur auf Widerstand im Rat und in der Kommission stößt sondern auch Kritik der europäischen Parteien laut wird.

4.2.3 Offensive Aznars auf internationaler Ebene

Um eine kohärente spanische Kubapolitik zu vertreten muß Aznar auch auf der internationalen Ebene sein Konzept der Kubapolitik vertreten. Dazu will er in allen internationalen Foren die politische und wirtschaftliche Situation auf Kuba verurteilen. So ruft Aznar auf dem Iberoamerikanischen Gipfel in Santiago de Chile im November 1996 Kuba dazu auf, sich dem Ideal der pluralistischen Demokratie und den Menschenrechten zu verschreiben.²⁵⁵ Dazu sichert er Castro die spanische Unterstützung bei der friedlichen Transition zu, auch wenn Castro persönlich oder ein Mitglied des derzeitigen Regimes die Demokratisierung vorantreiben. Mit seinem „si tu mueves pieza (democracia), yo muevo pieza (acuerdos de cooperación)“ [wenn Du Deinen Spielstein ziehst (politische Reformen), dann bewege ich meinen (Kooperationsabkommen), Übersetzung der Verfasserin] will Aznar Castro zu Reformen auf Kuba drängen und überträgt das konditionierende Element auf seine Position in multilateralen Foren.²⁵⁶ Er bietet Castro an, für die wirtschaftliche Unterstützung durch die EU zu sorgen, falls Demokratisierungsreformen in Gang gebracht werden.²⁵⁷ Damit will Aznar seine Mittlerrolle zwischen Kuba/Iberoamerika und der EU stärken.

In den Vereinten Nationen stimmt Spanien im November 1996 erstmals, gemeinsam mit allen 15 EU-Ländern, für die Verurteilung der Menschenrechtssituation auf Kuba.²⁵⁸ Jedoch bedingt eine solche Verurteilung im Rahmen der UNO noch keine Haltungsänderung der internationalen Gemeinschaft gegenüber Kuba.

In der Rio-Gruppe, der alle wichtigen Staaten Lateinamerikas angehören, wird Kuba auf Beibehaltung der EU, besonders Spaniens, nicht der Beobachterstatus gewährt. Dies wurde bekannt auf einem Treffen der Rio-Gruppe mit der EU-Troika (Italien, Spanien und Irland). Anzunehmen ist, daß sich diese Verhärtung der Position auch in der Rio-Gruppe wegen des Abschusses der zwei US-amerikanischen Zivilflugzeuge durch Kuba ergeben hat.²⁵⁹

Die AKP-Staaten schlagen vor, Kuba den Beobachterstatus in den Treffen innerhalb des Lomé-Abkommens zu gewähren. Dies sollte als Aufforderung zur Aufgabe der abweisenden Haltung Spaniens und nach dem gescheiterten Kooperationsabkommen auch der EU gegenüber Kuba gelten.²⁶⁰

Zu sehen ist, daß die Kubapolitik Aznars international nur vom radikalisierten Lager der Exilkubaner und den USA positiv aufgenommen wird. Aznars Kubapolitik ist somit eine volle Pleite,

²⁵⁴ Vgl. BOCG, Congreso vom 28.05.1996; BOCG, Senado vom 28.05.1996 und Robles Fraga, José, España y la libertad de Cuba, in: El Mundo vom 10.06.1996

²⁵⁵ Vgl. O.I.D., Discurso del Presidente del Gobierno, José María Aznar, en la VI Cumbre Iberoamericana, vom 10.11.1996.

²⁵⁶ Vgl. Vgl. Roy 1998, S. 151; Aznar betont in einem späteren Interview nochmals, wenn im kubanischen politischen Reformprozeß Fortschritte erzielt würden, würde Spanien sowohl die nationale als auch die europäische Kooperation wieder aufnehmen. Vgl. Montoya, Roberto, Aznar dice que hay que tratar a Cuba de forma distinta a otros países, in: El Mundo vom 17.11.1996.

²⁵⁷ Vgl. Ibarz, Joaquim, Aznar y Castro evidencian el deterioro de las relaciones hispano-cubanas, in: La Vanguardia vom 11.11.1996.

²⁵⁸ Vgl. Remiro Brotons 1997, S. 13 und Rede von US-Botschafter Victor Marrero vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen in: U.S. Information and Texts: U.S. Rejects Criticism of Cuban Embargo, vom 12.11.1997 und Segovia, Carlos, Aznar cumple su palabra con Castro, in: El Mundo vom 13.11.1997 und Lacle, Julián, Ahora, a convencer la UE, in: Diario 16 vom 14.11.1996.

²⁵⁹ Vgl. Cembrero, Ignacio, El diálogo Cuba-Unión Europea en total vía muerta, in: El País vom 23.03.1996.

²⁶⁰ Vgl. Iglesia-Caruncho/Paz Ramos 1998, S. 74.

sowohl auf nationaler wie supranationaler Ebene, als auch auf internationaler da hier die iberamerikanischen Länder starke Kritik üben.

Zusammenfassend kann man zu Aznars Kubapolitik bemerken, daß nicht die Ziele sondern der Einsatz der Instrumente von allen gesellschaftlichen Gruppierungen und allen Ebenen kritisiert wird. Auf nationaler Ebene ist der Widerstand am heftigsten. Oppositionsparteien, seine eigene Partei, NRO und Kirchen kritisieren heftigst seine Kubapolitik. Sie fordern bei der Formulierung des Kubakonzepts der Regierung, auch den historischen und familiären Bindungen Rechnung zu tragen. Letztendlich können die gesellschaftlichen Gruppierungen jedoch nur immer wieder an Aznar appellieren, seine Politik zu ändern. Ein Instrument, ihn zum Einlenken zu bringen, hätten sie erst vier Jahre später bei der nächsten Parlamentswahl.

Auf europäischer Ebene begegnet Aznar genau so heftiger Widerstand. Hier ist den EU-Mitgliedstaaten jedoch ein Instrument mit an die Hand gegeben, sich gegen sein Ziel, seine Haltung auf EU-Ebene zu übertragen, zu wehren. Da der Gemeinsame Standpunkt im Rahmen der GASP auf intergouvernementaler Ebene verabschiedet wird, muß einstimmig abgestimmt werden. Eine Zustimmung zu Aznars Vorschlag gibt es nicht. Die Idee eines Gemeinsamen Vorschlags wird aufgenommen, jedoch in Übereinstimmung mit der traditionellen Haltung der EU formuliert.

Auf internationaler Ebene versucht er zwar, seine Haltung durchzusetzen, hat aber auch hier wenig Erfolg, da kein Interesse besteht, eine solche Politik einzuführen und Aznar keine Instrumente wie auf nationaler Ebene zur Verfügung stehen.

4.3 Korrektur der Kubapolitik durch Aznar

Nachdem Aznar mit seiner Kubapolitik auf allen drei Ebenen gescheitert ist, seine Ziele auf Kuba jedoch nach wie vor durchzusetzen sucht, muß er auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene seine Strategie und damit den Einsatz seiner Instrumente korrigieren. Seine Kurskorrekturen, der eine völlig konträre Haltung zugrunde liegt, soll im folgenden dargestellt werden.

4.3.1 Korrektur und Konsolidierung der Kubapolitik auf nationaler Ebene

Aznar sucht, nach der Eiszeit in den hispano-kubanischen Beziehungen, die mit dem Entzug des Plazets ihren Tiefpunkt erlangen, die bilateralen Beziehungen zu normalisieren. Dafür bedient er sich sowohl der Regierungsebene durch häufige Konsultationen von Ministern beider Länder als auch der Oppositionsebene durch Ausnutzung der guten Kontakte. Aznar versucht die hispano-kubanischen Beziehungen in kooperativere Bahnen zu leiten, da er eingesehen hat, daß er über Konfrontation und Isolation nicht die gewünschten Ziele erreicht.

So nehmen im politischen Bereich zunächst die zwischenstaatlichen Konsultationen wieder zu, um die diplomatischen Kanäle zu reaktivieren und darüber die Beziehungen zu normalisieren: Es erfolgen eine Reihe von Ministerreisen, die Ernennung eines neuen Botschafters für die spanische Botschaft in Kuba und der persönliche Empfang Castros in Madrid.

Aznar läßt als Entspannungsmaßnahme die Ministerreisen wieder zu, noch bevor der neue Botschafter für Kuba ernannt ist. Die Konsultationen zwischen Matutes und Robaina werden im Frühjahr 1997 aufgenommen und haben ihren vorläufigen Höhepunkt in der Gründung eines Systems ständiger Konsultationen, um den Gipfel in La Habana 1999 vorzubereiten.²⁶¹ Es wird an der Vorbereitung zu einem Kooperationsabkommen gegen den Drogenhandel gearbeitet, das im November 1998 von beiden Außenministern unterzeichnet wird.

Im Juni reist Industrie- und Energieminister Josep Piqué zu einem offiziellen Besuch nach Kuba. In seiner Gefolgschaft befindet sich eine Delegation von 50 spanischen Unternehmern mit

²⁶¹ Vgl. Larraya, José, España y Cuba establecen un sistema de consultas para coordinar sus relaciones, in: El País vom 25.09.1998.

dem starken Interesse, auf Kuba zu investieren.²⁶² Im November 1997 reist der Staatssekretär des Wirtschaftsministeriums, José Fernández Norniella, nach Kuba, um als offizieller Vertreter bei der Eröffnung der *Feria Internacional de La Habana* dabeizusein. Diesem Ereignis war Spanien von staatlicher Seite im Jahr zuvor ferngeblieben.²⁶³ Norniella trifft sich auch mit Vizepräsident Carlos Lage, dem Außenhandelsminister Cabrisas und dem Minister für ausländische Investitionen, Ferradaz.²⁶⁴ Im September 1999 schließlich reist der spanische Wirtschaftsminister Rato nach Kuba und verhandelt dort über die Schuldenfrage.²⁶⁵ Bei ihren Konsultationen verurteilen die Minister immer die politische Situation auf der Insel. Aus den normalisierten Konsultationen zwischen Vertretern beider Regierungen läßt sich ablesen, daß Aznar sich aus der Kubapolitik, die er vormals zur „Chefsache“ erklärt hatte, zurückzieht und die Beziehungen in die traditionellen Kanäle zurückleitet. Als definitives Zeichen für die Suche nach Normalisierung der Beziehungen ernannt Aznar am 1. April 1998 einen neuen Botschafter für Kuba. Die Entscheidung fällt einige Tage vor dem Besuch des kubanischen Außenministers Robaina, mit dem die Normalisierung der hispano-kubanischen Beziehungen besiegelt werden soll. Die Nachricht, daß mit Eduardo Junco ein neuer Botschafter für Kuba ernannt ist, wird von allen Seiten positiv aufgenommen.²⁶⁶ Zu dieser neuen kooperativen Politik paßt auch, daß Aznar Castro kurz nach dem Gipfel in Oporto/Portugal zu einem halboffiziellen Besuch in Madrid empfängt. Bemerkenswert ist daran, daß Castro während der dreizehn Jahre PSOE-Regierung nie von González zu einem offiziellen Besuch nach Spanien eingeladen worden war.²⁶⁷

Als weitere Korrekturmaßnahme im politischen Bereich ändert Aznar die Qualität des politischen Dialogs. Der vormals "kritische" Dialog mit konfrontativen Zügen bekommt einen kooperativen Charakter.²⁶⁸ Den Ausspruch auf dem Gipfel in Santiago 1996: „Ich habe nichts gegen Kuba, aber einiges gegen sein Regime“ legt Aznar neu aus und hält Konsultationen mit Castro bei allen sich bietenden Möglichkeiten, um Castro ständig seine Forderungen vorzutragen. Dem neuen Charakter des bilateralen Dialogs trägt Aznar auch Rechnung, indem er sich klar von der *Fundación Hispano Cubana* distanziert. Ein weiteres Zeichen für die Entspannung der Beziehungen und für die Änderung der Qualität des politischen Dialogs bilden die Verhandlungen ab 1997 über eine mögliche Reise des Königs nach Kuba, die noch vor dem Iberoamerikanischen Gipfel 1999 stattfinden soll.²⁶⁹ König Juan Carlos hat Kuba als einziges lateinamerikanisches Land noch nicht besucht. Als günstiger Zeitpunkt wird die Zeit nach dem Besuch des Papstes auf der Insel im Januar 1998 gewählt.²⁷⁰ Nach einigem Hin und Her und nach der innenpolitischen Verhärtung auf Kuba, u.a. durch eine neuen Gesetzgebung mit der die Dissidenz und die Berichterstatter härter bestraft werden dürfen, „verschiebt“ die spanische Regierung jedoch den Besuch des Königs.²⁷¹ Dies bedeutet, daß Spanien mit dem Besuch des Königs strategischen Überlegungen folgt,

²⁶² Vgl. O.A., Castro destaca que las relaciones con España avanzan „más todavía“, in: La Vanguardia vom 25.06.1998.

²⁶³ Die Ausstellerbeteiligung seitens Spaniens war von 143 (1995) auf 215 (1995) auf 450 (1996) gestiegen. Es wird erwartet, daß 1997 die Anzahl der Aussteller die des letzten Jahres überbietet. Quelle: El País vom 02.11.1997.

²⁶⁴ Vgl. Vicent, Mauricio, El PP dice ahora que ya es posible qumentar las ayudas a Cuba, in: El País vom 02.09.1998.

²⁶⁵ Vgl. Muñoz, Alfredo, Rato pedirá a Cuba que deroque leyes que vulneran los derechos humanos, in: El Periódico vom 02.09.1999.

²⁶⁶ Vgl. Larraya, José, Aznar desbloquea por sorpresa las relaciones con Cuba y nombra nuevo embajador, in: El País vom 02.04.1998.

²⁶⁷ Vgl. Larraya, Miguel, Aznar y Castro acuerdan tratar con discreción la mejora de sus relaciones, in: El País vom 21.10.1998.

²⁶⁸ Vgl. BOCG, Senado vom 19.03.1997.

²⁶⁹ Vgl. Larraya, Luís, Estados Unidos plantea a Exteriores que ve con desagrado que el Rey visite Cuba en 1998, in: El País vom 16.06.1997.

²⁷⁰ Vgl. O.A., Estados Unidos no plantea ninguna objeción al viaje del Rey a Cuba, in: El País vom 17.06.1997.

da die Regierung weiß, daß es Castro sehr wichtig ist, den spanischen König in Kuba zu begrüßen, um innen- und außenpolitisch den Besuch des Königs als Legitimation und Unterstützung seiner Person und seines Regimes zu verkaufen.

Aznar nimmt als weitere Korrekturmaßnahme im politischen Bereich die zwischenstaatliche Kooperation wieder auf: Der Verantwortliche für internationale Kooperation der spanischen Regierung, Pablo Izquierdo, reist Anfang 1998 nach Kuba, wo er sich mit Vertretern der Verwaltung in La Habana und Caritas Cuba trifft. Er verkündet, daß die spanische Hilfe für Kuba nicht nur wieder aufgenommen wird sondern im Vergleich zu vorigen Jahren sogar zunehmen wird. So fließen, wie von *der Comisión Mixta de Cooperación Científico-técnica y cultural* 1997 beschlossen, 857 Mio. Pesetas nach La Habana.²⁷² Die Entwicklungskooperation Spaniens zu Kuba basiert in den Folgejahren auf vier Pfeilern:

Bildung von Humankapital (Rechtspromotion, Stipendien, interuniversitäre Kooperation, Lehren)

Modernisierung der Infrastruktur in Grundbereichen (Bahn, Wasserleitung „Albear“)

Entwicklung des Sozialbereichs (ländliche Entwicklung, Wasserversorgung, Abfallentsorgung, Verbesserung der sanitären Anlagen, Unterstützung von Behinderten)

Aufbau des Netzes von spanischen und kubanischen NRO und Kirchen als Hilfsorganisationen, um die Verteilung der humanitären Hilfe zu gewährleisten.²⁷³

Zur Kooperation allgemein läßt sich sagen, daß die spanische Regierung die Nahrungsmittelkredite erhöht, eine neue Kreditlinie der FAD-Kredite eröffnet²⁷⁴ und die CESCE-Bürgschaften nicht nur auf dem früher üblichen Faktor stabilisiert sondern sogar erhöht.²⁷⁵ Dabei wird auch die Gewährung von Vorzugskrediten an Kuba in Betracht gezogen.²⁷⁶ Aznar kündigt an, die CESCE-Kredite trotz der Zahlungsunfähigkeit Kubas zu verstärken, die Zahl der Kooperationsprogramme und die Abkommen zur Investitionssteigerung zu erhöhen.²⁷⁷ Aufgrund der Zahlungsunfähigkeit Kubas erklärt sich Spanien einverstanden, einen Tauschhandel mit Kuba einzugehen, in dem Zucker aus Kuba für Reis aus Spanien getauscht wird. Mit diesem vorläufigen Ausweg kommt die spanische Regierung der kubanischen entgegen, da diese mit dieser Regelung die Grundversorgung ihrer Bevölkerung besser sicherstellen kann. Das Ziel Aznars, die kubanische Bevölkerung zu stützen, wird damit eingehalten.²⁷⁸ Im Januar gibt die spanische Regierung 40 Mio. Pesetas für kulturelle und universitäre Projekte frei. Die Regierung vergibt die gleiche Summe wie zuvor der PSOE für Stipendien und Ausbildungsprogramme.²⁷⁹ Weiterhin wird ein Schulungsprogramm in Steuerrecht und Verwaltung für kubanische Führungskräfte eingerich-

²⁷¹ Vgl. O.A., Über Robainas Schicksal wird in Kuba nichts bekannt, in: FAZ vom 01.06.1999.; O.A., Los reyes viajarán a Cuba en 1999, in: El Mundo vom 12.05.1998; Míguez, Alberto, El Rey visitará Cuba el primer semestre de 1999 y volverá para la Cumbre Iberoamericana, in: La Vanguardia vom 30.06.1998; Vicent, Mauricio, Castro: „No soy monárquico, pero soy realista“, in: El País vom 21.10.1998

²⁷² Vgl. Vicent, Mauricio, El PP dice ahora que ya es posible qumentar las ayudas a Cuba, in: El País vom 02.09.1998.

²⁷³ Vgl. BOCG, Congreso vom 19.10.1999.

²⁷⁴ Vgl. Larraya, José, España y Cuba firman un convenio para evitar la doble imposición y abren vías para renegociar la deuda, in: El País vom 04.02.1999.

²⁷⁵ Vgl. BOCG, Senado vom 17.03.1997.

²⁷⁶ Vgl. O.A., Rato intenta normalizar la deuda de Cuba en su visita a La Habana, in: El País vom 02.09.1999.

²⁷⁷ Vgl. Triper, José, Comercio amarra la gestión del FAD e incentivará la internacionalización turística, in: Cinco Días vom 02.09.1999.

²⁷⁸ Vgl. González, Gabriel, Cuba resucita el trueque con España para paliar la falta de financiación, in: Cinco Días vom 29.07.1999.

²⁷⁹ Vgl. Vicent, Mauricio, Aznar retoma, tras 18 meses de tensión, la política con Cuba que hacía el PSOE, in: El País vom 02.11.1997

tet.²⁸⁰ Die Strategie Aznars, die Zivilbevölkerung und besonders die reformbereiten Kräfte durch Unterweisung in Demokratie und durch Bereitstellung von leicht zugänglicher, unzensurierter Literatur, wird hier nochmals verstärkt gefördert. Als weitere Maßnahme zur Normalisierung der Beziehungen nimmt Aznar die zwischenstaatliche Kooperation wieder auf und gibt z.B. vormals blockierte Kredite frei, mit denen Kuba für seine Produktion wichtige Industriegüter aus Spanien, hauptsächlich für die Zuckerverarbeitung, erwerben kann. Aznar vergibt weiterhin Kredite für Infrastrukturmaßnahmen wie z.B. den Wiederaufbau der Wasserleitungen „Albear“ an die kubanische Regierung.²⁸¹ Die spanische Regierung erreicht, daß die kubanische Regierung Caritas España als Mittlerorganisation anerkennt. Zwei Punkte lassen sich aus diesen Ereignissen herauslesen: Aznar nimmt die zwischenstaatliche Kooperation wieder auf, stützt sich aber dennoch in humanitären Projekten verstärkt auf die Einbeziehung der spanischen NRO, so daß er eine Zweiteilung der Kooperation vornimmt, um der kubanischen Regierung nicht alle Kooperationsmittel zugänglich zu machen.

Aznar korrigiert des weiteren seine ehemals wenig ausgeprägte Unterstützung der spanischen Unternehmer auf Kuba: Die Handelsbeziehungen werden wieder voll von staatlicher Seite unterstützt. Nach Wiederaufnahme der CESCE-Bürgschaften läßt Aznar Spanien 1997 - nach Abwesenheit im Vorjahr - wieder von offizieller staatlicher Seite, durch den Staatssekretär des Wirtschaftsministeriums, Norniella, bei der *Feria Internacional de La Habana* vertreten. Die wiedergewonnene Unterstützung der spanischen Regierung auf wirtschaftlicher Ebene sorgt für Erleichterung und Entspannung bei den spanischen Unternehmern. Diese neue Haltung bewirkt, daß im April 1998 Cuevas, Präsident der CEOE²⁸², nochmals mit spanischen Unternehmern nach Kuba reist, dort ein Kooperationsabkommen mit den kubanischen Wirtschaftsbehörden unterzeichnet, die Öffnung eines Beratungsbüros für spanische Investoren²⁸³ und die Gründung etwa eines Dutzends *Joint Ventures* vereinbart. Aznar nimmt sich verstärkt der Interessen der spanischen Unternehmer an. Als der spanische Wirtschaftsminister Rato mit Kuba über die Schuldenfrage verhandelt, stellt die spanische Regierung ein Modell vor, die Schulden gegen Investitionsmöglichkeiten für spanische Unternehmen im Bereichen wie Telekommunikation, Energie und Infrastruktur zu tauschen.²⁸⁴ Bei seinem Besuch beharrt Rato vor den kubanischen Autoritäten auf der Notwendigkeit, Gesetze, die die Menschenrechte verletzen, abzuschaffen. Des weiteren überreicht er eine Petition, die Demokratisierung weiter voran zu treiben.²⁸⁵ Aznar folgt hier seinem Ziel, die Interessen der Spanier auf Kuba zu schützen, jedoch politisch weiter seine Ziele zu verfolgen. Im Februar 1999 unterzeichnen der spanische Wirtschaftsminister Rato und der kubanische Vizepräsident Lage ein Abkommen, um die Doppelbesteuerung zu verhindern.

Der Einflußverlust Aznars, der aus der begonnenen "Paralleldiplomatie" entstand sowie die Gefahr, die Aznar aus seiner innenpolitisch isolierten Position entstand, bringen Aznar zu einer Korrektur seiner Kubapolitik: So hängt er sich gewissermaßen an die Strategie der Oppositionsparteien und begrüßt die Initiative des PSOE, durch Besuche in Kuba die kubanische Regierung auf die Notwendigkeit von Reformen aufmerksam zu machen.²⁸⁶ So stimmt sich Matutes weiterhin vorher mit den Besuchern ab, welche Nachrichten sie dem kubanischen Regime überbringen

²⁸⁰ Vgl. Larraya, José, España y Cuba firman un convenio para evitar la doble imposición y abren vías para renegociar la deuda, in: El País vom 04.02.1999.

²⁸¹ Vgl. Vicent, Mauricio, Aznar retoma, tras 18 meses de tensión, la política con Cuba que hacía el PSOE, in: El País vom 02.11.1997.

²⁸² CEOE: Confederación Española de Organizaciones Empresariales, entspricht etwa dem dt. Bund der Deutschen Industrie (BDI)

²⁸³ Vgl. Girón, Juan, Los negocios que aguardan en La Habana, in: Dinero vom 21.05.1998.

²⁸⁴ Vgl. Serrano, Ana, Rato cambia deuda cubana por acuerdos para empresas, in: La Gaceta vom 08.09.1999.

²⁸⁵ Vgl. Muñoz, Alfredo, Rato pedirá a Cuba que derogue leyes que vulneran los derechos humanos, in: El Periódico vom 02.09.1999.

²⁸⁶ Vgl. Vicent, Mauricio, Cuba niega que hubiera „razones técnicas“ para cancelar el crédito de 2.000 millones, in: El País vom 07.02.1997.

sollen. Eine solche Zusammenarbeit zwischen Opposition und spanischer Regierung wäre im Jahr zuvor nicht denkbar gewesen. Jetzt scheint es, als nutze Aznar die guten Kontakte des PSOE zur kubanischen Regierung und die Frequenz der Besuche der anderen Parteien in Kuba, um die Beziehungen wieder aufzunehmen.

Als es zur ersten diplomatischen Krise durch den Entzug des Plazets zwischen Spanien und Kuba kommt, hat Aznar schon so viel Widerstand auf seine Kubapolitik erfahren, daß er sehr überlegt und abwartend reagiert und unter allen Umständen eine Eskalation der Situation vermeiden will, um den langsamen Aufbau der Beziehungen nicht zu gefährden und es zu keiner Konfrontation kommen zu lassen.²⁸⁷ Aznar entscheidet sich, eine abwartende Haltung einzunehmen²⁸⁸ und vorerst keinen neuen Botschafter nach Kuba zu entsenden.²⁸⁹ Er entscheidet sich somit für "Beziehungen mit niedrigem Profil", bei deren Gestaltung er mit Matutes zusammenarbeitet. So stimmt sich Aznar jetzt häufiger mit Matutes ab und greift ihm nicht mehr vor, wie in früherer Zeit.

Die Reaktionen auf die neue Kubapolitik Aznars lassen sich wie folgt zusammenfassen: Von den Oppositionsparteien und Aznars eigener Partei wird der Politikwechsel begrüßt.²⁹⁰ Der Präsident der Vereinigung spanischer Unternehmer auf Kuba, Rafael Aznar, begrüßt die späten aber ermutigenden Zeichen der Normalisierung der Beziehungen zwischen Spanien und Kuba, die für die spanischen Investitionen von stabilisierender Wirkung sind.²⁹¹ Festzustellen ist, daß sich der starke Widerstand, der vorher aus den Parteien und der Gesellschaft kam, in Zustimmung und Unterstützung für die neue Politik Aznars umschlägt.

Daß Aznar einen Kurswechsel in seiner Kubapolitik vorgenommen hat und die hispano-kubanischen Beziehungen stabilisieren will, zeigt sich auch an seiner moderaten, überlegten Reaktion auf die Forderung des neuen kubanischen Außenministers, Felipe Pérez Roque, der verlangt, Solana, als Mr. GASP, solle als Kriegsverbrecher für seine Anordnung des Krieges in Jugoslawien, den Kuba als Genozid bezeichnet, verurteilt werden.²⁹² Aznar reagiert über die diplomatischen Kanäle mit einer Verurteilung dieser Forderung, läßt die Affäre jedoch nicht eskalieren.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß Aznar aufgrund der Widerstände gegen seine Kubapolitik auf allen Ebenen die Beziehungen zu Kuba neu ordnet und unter Beibehaltung der Ziele seine Strategie und seine Instrumente neu ausrichtet. So ist die gesamte Kubapolitik auf eine konstruktivere Basis gerichtet als vor der Botschafterkrise 1996, die den Wendepunkt in den hispano-kubanischen Beziehungen markiert. Nach Wandlung von einer konfrontativen zu einer kooperativen Beziehungen gibt die spanische Regierung die eingefrorene finanzielle Kooperation frei und vergibt bei neuen Projekten finanzielle Mittel sogar großzügiger als die vorherige PSOE-Regierung²⁹³. Die spanische Regierung ist also zu dem Konzept übergegangen, wirtschaftliche Kooperation mit politisch moderatem Druck zu kombinieren.

²⁸⁷ Vgl. Potthoff, Christian, Die harte Kubapolitik von Aznar steckt in einer Sackgasse, in: Handelsblatt vom 28.11.1996.

²⁸⁸ Vgl. Cruz, Marisa, Aznar da por zanjada la crisis con Cuba sin adoptar medida alguna de respuesta diplomática, in: El Mundo vom 29.11.1996.

²⁸⁹ Vgl. Míguez, Alberto, El Gobierno da marcha atrás a su política de enfrentamiento con Cuba, in: La Vanguardia vom 12.01.1997.

²⁹⁰ Vgl. BOCG, Senado vom 19.03.1997.

²⁹¹ Vgl. Vicent, Mauricio, Aznar retoma, tras 18 meses de tensión, la política con Cuba que hacía el PSOE, in: El País vom 02.11.1997.

²⁹² Vgl. González, Angel, Cuba quiere juzgar a Solana como criminal de guerra, in: El Mundo vom 03.06.1999.

²⁹³ Vgl. Vicent, Mauricio, Aznar retome, tras 18 meses de tensión, la política con Cuba que hacía el PSOE, in: El País vom 02.11.1997

Konzept „Wandel durch Isolation“	Konzept „Wandel durch Kooperation und Integration“
Ziel:	Ziel:
<ul style="list-style-type: none"> •Demokratie und Menschenrechte 	<ul style="list-style-type: none"> •Demokratie und Menschenrechte •Schutz ökonomischer Interessen
Strategie:	Strategie:
<ul style="list-style-type: none"> •Konditionierung der Koop. durch pol. Vorgaben •Isolierung der kubanischen Regierung •Unterstützung der kubanischen Bevölkerung 	<ul style="list-style-type: none"> •Integration •pol. und wirtschaftl. Kooperation mit kuban. Regierung •Unterstützung der kubanischen Bevölkerung
Instrumente:	Instrumente:
<p>politisch</p> <ul style="list-style-type: none"> •pol. Dialog mit kubanischen Opposition verstärken •Verurteilung der politischen Situation Kubas <p>ökonomisch</p> <ul style="list-style-type: none"> •humanitäre Hilfe über NRO kanalisieren •zwischenstaatl. Kooperation senken 	<p>politisch</p> <ul style="list-style-type: none"> •pol. Dialog mit Regierung und kuban. Opposition führen •Verurteilung der politischen Situation Kubas <p>ökonomisch</p> <ul style="list-style-type: none"> •humanitäre Hilfe über NRO kanalisieren •zwischenstaatl. Kooperation erhöhen
Handlungsebenen:	Handlungsebenen:
<ul style="list-style-type: none"> •bilateral •EU •multilaterale Foren 	<ul style="list-style-type: none"> •bilateral •EU •multilaterale Foren

Abbildung 1: Gegenüberstellung der Konzepte der Kubapolitik Aznars

4.3.2 Festigung der Vermittlerrolle auf EU-Ebene

Auslöser für Aznars Konzeptänderung seiner Kubapolitik ist neben den innenpolitischen Widerständen ganz klar die glatte Ablehnung des Vorschlags Aznar für den Gemeinsamen Standpunkt. Statt eine Verhärtung der Position der EU gegenüber Kuba zu erreichen, findet sich Aznar nun mit einem Gemeinsamen Standpunkt konfrontiert, mit dem sich nicht nur die EU eine Strategie gegenüber Kuba gibt sondern in dem explizit die Bedeutung der bilateralen Beziehungen der EU-Länder zu Kuba hervorgehoben wird. Spanien als Initiator des Gemeinsamen Standpunkts sieht sich jetzt in der Position, mit gutem Vorbild voran gehen zu müssen.

Aznar versucht, auf europäischer Ebene die Mittlerrolle Spaniens innerhalb der EU wieder aufzubauen,²⁹⁴ indem er nicht die Isolierung sondern die Integration Kubas vorantreibt.

Auf der Ratstagung im November 1997 unterstützt Spanien, trotz des Widerstandes aus der EU, mit deutlichem Blick auf Kuba, das Gesuch Kubas auf Beitritt zum Abkommen von Lomé.²⁹⁵ Die Kommission ist der Ansicht, Kubas Beitritt zum Lomé-Abkommen zu unterstützen, sei wegen der Demokratieklausele im Abkommen müßig, da Kuba aufgrund seiner politischen Situation für die Hilfen gesperrt wäre.²⁹⁶ Der EVP widersetzt sich der Aufnahme Kubas in das Lomé-Abkommen, da seiner Meinung nach eine Diktatur nicht mit den Aufnahmevoraussetzungen konform ginge.²⁹⁷ Der Rat stellt sich indes hinter den Vorstoß Spaniens. Dies mit der Begründung, Kuba den Beobachterstatus beim Abkommen von Lomé zu gewähren, sei noch nicht automatisch eine Zustimmung zum Beitritt Kubas, vielmehr müsse Kuba noch wesentliche Fortschritte im Bereich der Menschenrechte machen.²⁹⁸ Aznars Ziel ist es, durch die Gewährung

²⁹⁴ Vgl. O.A., El vicepresidente de Cuba pide apoyo a Aznar para reforzar su relación con Europa, in: El País vom 09.02.1999.

²⁹⁵ Vgl. Agence Europe, Spanien für Beitritt Kubas zum Lomé-Abkommen, vom 15.11.1997.

²⁹⁶ Vgl. Cembrero, Ignacio, La cláusula democrática, in: El País vom 07.02.1998.

²⁹⁷ Vgl. Agence Europe, Erneuerung der EU-AKP-Partnerschaft nach dem Jahr 2000, vom 05.03.1998.

²⁹⁸ Vgl. Agence Europe, Rat ergänzt den Standpunkt der EU zur Zukunft von Lomé, vom 29.06.1998.

des Beobachterstatus Kuba von den wirtschaftlichen Vorteilen eines Beitritts zu überzeugen und damit zu demokratischen Zugeständnissen zu bringen. Auch hier ist es seine Strategie, durch Kooperation und Einbindung für einen politischen Wandel und wirtschaftliche Reformen auf der Insel zu sorgen. Mit dieser Haltung schwenkt Aznar von der radikalen Isolation zu der unterstützenden Integration Kubas. Er nimmt hier das Motto der vorherigen spanischen Regierung auf, die Wandel durch Dialog und Kooperation erreichen wollte.

Aznar gibt dem Schutz spanischer ökonomischer Interessen auf Kuba nach der Kurskorrektur oberste Priorität. Auch im Bezug auf die Auseinandersetzung um das Helms-Burton-Gesetz übt Aznar den Schulteranschlag mit der EU. So droht Aznar im August 1999, als sich eine mögliche Sanktionierung des spanische Tourismusunternehmen Sol Meliá auf Grundlage des Helms-Burton-Gesetzes durch die USA abzeichnet, die Abkommen zwischen der EU und den USA zu blockieren.²⁹⁹ Seine kooperative Haltung gegenüber den USA revidiert er und gibt ihr konfrontative Züge. Er macht Spanien mit seiner Haltung zum Speerkopf bei der Verurteilung des US-Gesetzes. Die spanische Regierung wird damit nicht nur wieder zum Verbündeten der spanischen Investoren sondern nimmt gleichzeitig eine Haltung an, mit der sich die lateinamerikanischen Länder identifizieren können. Auch dadurch versucht er also, Spanien wieder in eine Mittlerposition zwischen der EU und den lateinamerikanischen Ländern zu bringen.³⁰⁰

Zusammenfassend ist zu sagen, daß die spanische Regierung unter Aznar auf europäischer Ebene ihren konfrontativen Kurs gegen Kuba aufgibt und sich unter dem Wiederaufbau ihrer Mittlerposition wieder zum Sachwalter Kubas machen will. Aznar beabsichtigt mit seiner Konzeptänderung, über eine kooperative Haltung gegenüber Kuba seine Ziele zu erreichen, indem er z.B. den Beitritt zum Lomé-Abkommen unterstützt, um den politischen Wandel zu erreichen.

4.3.3 Die neue Kubapolitik auf internationaler Ebene

Auf internationaler Ebene versucht Aznar seine neue Politik und die sich daraus ergebenden Kurskorrekturen auf die multilateralen Foren zu übertragen.

Bei seinem ersten offiziellen Besuch in die USA und vor allem bei seiner Rede vor dem US-Kongreß, stützt Aznar auch auf bilateraler Ebene die spanischen Interessen durch die scharfe Verurteilung des Helms-Burton-Gesetzes. Er versucht damit, auf die US-Kongreßabgeordneten einzuwirken, das Gesetz zu lockern.³⁰¹ Er stellt sich also deutlich gegen das Helms-Burton-Gesetz. Diese Haltung hatte er beim Besuch Al Gores ein Jahr zuvor noch nicht gezeigt.

Bei einem späteren Besuch in den USA im Juni 1998, während dem er auch in Miami weilte, vermeidet er es, öffentlich Kontakt zu den Exilkubanern aufzunehmen.³⁰² Damit gibt er sicherlich nicht sein Ziel auf, die Stimme der externen Opposition zu hören, jedoch nimmt er damit dem Thema die Brisanz mit dem Ziel, die immer noch fragilen hispano-kubanischen Beziehungen nicht im Übermaß zu belasten.

Im Rahmen der UNO stimmt Spanien im November 1997 aus Kohärenzgründen zusammen mit den anderen EU-Ländern gegen das US-Embargo gegen Kuba.³⁰³ Damit verurteilt Spanien auch auf multilateraler Ebene das Helms-Burton-Gesetz und bekennt sich zur Unterstützung Kubas. Gleichzeitig bleibt Spanien aber bei seiner Verurteilung der Menschenrechtssituation auf Kuba, wie erstmals im November 1996, entschieden.³⁰⁴ Hier wird die Strategie Aznars deutlich,

²⁹⁹ Vgl. O.A., El Gobierno español tomará „medidas enérgicas“ si EE.UU sanciona a Sol Meliá, in: La Vanguardia vom 13.08.1999.

³⁰⁰ Vgl. O.A., El Gobierno español y la UE harán „frente común“ en la investigación contra Sol Meliá, in: Cinco Días vom 31.08.1999.

³⁰¹ Vgl. Larraya, Luís, Gingrich propone a Aznar una cumbre entre Europa y Estados Unidos sobre Cuba, in: el País vom 03.05.1997.

³⁰² Vgl. Míguez, Alberto, Aznar viaja a EE.UU pero esta vez evitará el contacto con los exiliados cubanos, in: La Vanguardia vom 07.06.1998.

³⁰³ Vgl. U.S. rejects criticism of Cuban embargo, in U.S. Information and Texts vom 12.11.1997.

³⁰⁴ Vgl. EFE, España se sumó por primera vez a la resolución de EE.UU contra Cuba, vom 14.04.1997.

dem Schutz der spanischen Interessen auf Kuba oberste Priorität zu geben und gleichzeitig Druck auf Kuba auszuüben, um seine Ziele im politischen Bereich zu erreichen.

Im Mai 1997 lädt das spanische Parlament den kubanischen Parlamentspräsidenten Ricardo Alarcón, der als sehr reformfreudig und -willig gilt, als „Beobachter“ zur Konferenz der Präsidenten der iberoamerikanischen demokratischen Parlamente ein.³⁰⁵ Ob diese Einladung auf Drängen Aznars versendet wird, ist der Verfasserin nicht bekannt. Jedoch ist festzuhalten, daß diese Einladung erst nach dem politischen Wandel Aznars möglich wird, da während der Periode „Wandel durch Isolation“ eine Kollision zwischen dem Parlament und Aznar wahrscheinlich gewesen wäre, hätte doch eine solche Einladung die Behauptungen Castros gestützt, ein demokratisches Land zu regieren. Daß das Parlament die Einladung im Mai 1997 ausspricht, signalisiert die Strategie, über den Dialog reformwillige Kräfte der Demokratie anzunähern.

Gleichzeitig mit seiner Unterstützung Kubas in multilateralen Foren, behält Aznar das Konzeptelement der Verurteilung der politischen Situation und der Menschenrechte auf Kuba bei. So ist es Aznar, der den EU-LA-Gipfel in Rio im Juni 1999 nutzt, um im Namen der EU die repressive Politik Castros anzuprangern. Unmittelbarer Auslöser ist die deutliche Zunahme der Todesurteile auf Kuba.³⁰⁶

Mit seiner neuen Politik der Integration und Kooperation verbunden mit konstanten Mahnungen an Castro, verfolgt Aznar auch über das Forum der Iberoamerikanischen Gipfeltreffen seine Ziele. So treffen sich Aznar und Castro im informellen Rahmen auf dem Gipfel in Venezuela 1997, um über die hispano-kubanischen Beziehungen zu sprechen.³⁰⁷ Aznar ist um mehr Diskretion bemüht, damit ein Zusammenstoß wie im Jahr zuvor nicht nochmals stattfindet und der Erfolg des Gipfels nicht gefährdet wird. Auf dem Iberoamerikanischen Gipfel in Oporto im Oktober 1998 plant Aznar explizit ein privates Gespräch mit Castro zu führen, das noch vor dem eigentlichen Beginn der Konferenz stattfinden soll. Bei beiden Treffen deutet er damit die Relevanz an, die er den hispano-kubanischen Beziehungen für den Erfolg des Gipfels beimißt. Außerdem unterstützt er damit gleichzeitig den politischen Dialog.³⁰⁸ Aznar wörtlich: „Ich wünsche mir, daß die Beziehungen zwischen Spanien und Kuba immer gut seien. Und ich wünsche mir das nicht nur sondern glaube, daß sie es bereits sind.“³⁰⁹ Der Vergleich zu seinem Ausspruch 1996 „ich habe nichts gegen Kuba, aber einiges gegen sein Regime“³¹⁰ verdeutlicht noch mal die jetzt völlig konträre Haltung Aznars gegenüber seiner vorherigen Politik. Aznar versucht jetzt, über partnerschaftliche, kooperative Beziehungen die politischen und ökonomischen Reformen auf Kuba anzustoßen. Aznar hat aus den Widerständen gegen seine erste Kubapolitik den Schluß gezogen, daß er seine Ziele nur erreichen kann, wenn er trotz der Diskrepanzen zwischen den beiden Ländern, ein konstruktives Klima schafft, in dem Probleme gelöst werden können. Deutlich wird diese Einstellung Aznars während einer Pressekonferenz in Honduras. Direkt vor dem Gipfel in Havanna äußert Aznar, daß er nicht daran glaubt, daß Castro selbst Reformen im Land einleitet. Er erklärt jedoch, daß es über eine sorgfältig artikuliert Strategie möglich sein sollte, ohne direkte Konfrontation jedoch mit Klarheit bezüglich der Positionen und der Unterstützung

³⁰⁵ Vgl. Larraya, Luí, Exteriores epera un gesto de Fidel Castro para nombrar al nuevo embajador, in: El País vom 19.05.1997.

³⁰⁶ Vgl. O.A., Aznar reprochará a Castro el aumento de la pena capital en Cuba, in: La Razón vom 28.06.1998; Cruz, Marisa, Los Quince reprochan a Fidel Castro su política de represión, in: El Mundo vom 28.06.1999.

³⁰⁷ Vgl. Larraya, José, La Embajade de España en La Habana seguirá vacante durante la visita papal, in: El País vom 05.12.1997.

³⁰⁸ Vgl. Ayllón, Luis, José María Aznar y Fidel Castro sellan en Oporto su reconciliación, in: ABC vom 18.11.1998.

³⁰⁹ “Siempre deseo que sean muy buenas las relaciones entre España y Cuba. Y no sólo lo deseo sino creo que lo son.“ (Übersetzung der Verfasserin), vgl. Ibarz, I./Míguez, A., Aznar y Castro consideran positiva la evolución de las relaciones bilaterales, in: La Vanguardia vom 18.10.1998.

³¹⁰ „...no tengo nada contra Cuba pero todo contra su régimen.“ (Übersetzung der Verfasserin)

der EU, einige Fortschritte zu Gunsten des kubanischen Volkes, zu erlangen.³¹¹ Damit legt er seine Strategie für den Iberoamerikagipfel 1999 in Havanna direkt im Anschluß an seine Mittelamerikareise dar und lenkt die Aufmerksamkeit verstärkt auf den Gipfel. Ob Aznar Einfluß auf die Wahl des Austragungsortes hatte, ist der Verfasserin nicht bekannt. Jedoch gibt der Austragungsort Aznar optimale Möglichkeiten, sein neues Kubakonzept umzusetzen: So wird der Austragungsort nur angenommen, wenn Castro mit seinem großen Interesse, diesen Gipfel in sein Land zu holen, die selben Rahmenbedingungen schafft, wie sie in den anderen Ländern geschaffen werden. So muß er unter anderem unzensierten Journalismus und Treffen mit der Dissidenz zulassen. Der Gipfel in Havanna, der über ein Jahr nach dem Besuch des Papstes stattfindet, hat eine hohe öffentliche Wirkung, die geschickt genutzt werden kann, das kubanische Regime unter Druck zu setzen. Dem Vorhaben Castros, die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf Kuba zu ziehen, um sich mit der Austragung des Iberoamerikagipfels als ein unter den lateinamerikanischen Staatsfrauen und -männern anerkanntes Regierungsoberhaupt zu präsentieren, macht Aznar einen Strich durch die Rechnung. Aznar verkündet die Zusammenkunft mit der internen Dissidenz, worauf sich einige andere lateinamerikanische Präsidenten auch zu Treffen mit der Opposition entscheiden. Die Treffen sind bis dato einzigartig, da bis dahin noch nie den Organisationen, die nicht mit den offiziellen Thesen in Einklang sind, erlaubt worden war, sich öffentlich zu äußern und die Solidarität anderer Länder zu empfangen.³¹² Aznar bringt einen Ansatz dessen, was demokratische Verhältnisse sein könnten, für die Dauer des Gipfels nach Kuba. Große Hoffnungen werden dabei auf die Kontakte mit der Opposition gesetzt und auf die Tragweite und Aufnahme der Botschaft des spanischen Königs, die unzensiert im kubanischen Fernsehen übertragen wird. Aznar schafft es auf diesem Gipfeltreffen, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit, die sonst auf Castro liegt, von dem kubanischen Präsidenten weg auf die Situation im Land zu lenken. Damit durchkreuzt er das Ziel Castros, sich der Weltöffentlichkeit als anerkannter Staatsmann zu präsentieren, ausgerechnet auf dem Gipfel im eigenen Land. Über die Treffen mit der Dissidenz und dem König als Aufmerksamkeitsmagnet und dessen Botschaft versucht er in der kubanischen Bevölkerung den Samen der Demokratie zu pflanzen und die Stärkung der reformbereiten Kräfte zu erreichen.³¹³ So nutzt Aznar den Gipfel als Teil seiner Strategie der Kooperation und Integration, und zeigt damit, daß ein Iberoamerikanischer Gipfel in La Habana mehr gegen die politische Unbeweglichkeit Castros ausrichten kann, als eine frontale Opposition in allen Foren.³¹⁴

Zusammenfassend ist zu sagen, daß sich Aznar auch auf internationaler Ebene für die Kooperation und die Integration Kubas in die internationale Staatengesellschaft einsetzt, ohne jedoch seine Ziele aus den Augen zu verlieren und daß er konstant die politische Situation, die notwendigen ökonomischen Reformen und die Einhaltung der Menschenrechte anmahnt.

³¹¹ Vgl. Cruz, Marisa, Aznar estima que con Fidel Castro no hay esperanzas de cambio en Cuba, in: El Mundo vom 15.11.1999.

³¹² Vgl. Serbeto, Enrique, La oposición pide la intervención de España para una apertura de Cuba a la democracia, in: ABC vom 16.11.1999.

³¹³ Vgl. Hernández, Enric, Aznar se emplea a fondo para salvar la cita de La Habana, in: El Periódico vom 05.07.1999.

³¹⁴ Vgl. Ayllón, Luis, Aznar elude tratar con Castro de los derechos humanos para salvar la Cumbre Iberoamericana, in: ABC vom 29.06.1999.

5 Fazit

Abschließend sollen an dieser Stelle die wichtigsten Ergebnisse der empirischen Untersuchung zur Kuba-Politik Aznars erneut aufgegriffen und vor dem Hintergrund der dieser Arbeit zugrundeliegenden Leitfrage nach den Wirkungsmechanismen und Funktionszusammenhängen der Politik Aznars ausgewertet werden. In einem zweiten Schritt gilt es, die in Kapitel 2 aus den theoretischen Modellen abgeleiteten Erwartungshypothesen auf die empirische Untersuchung anzuwenden und hinsichtlich ihrer Erklärungskraft zu überprüfen. Wie in Kapitel 4.1. und 4.2 dargestellt, basierte Aznars ursprüngliches Kuba-Konzept auf einer Verhärtung der Beziehungen zu Kuba, die zum Ziel hatte, die kubanische Regierung durch einen verstärkten äußeren Druck zu Reformfortschritten zu bewegen. Dabei standen Aznar als Instrumente politische Forderungen und ökonomische Druckmittel zur Verfügung. Ziel war es, seine Kubapolitik auf bilaterale, europäische und multilaterale Ebene zu transportieren. Aznar stößt dabei mit seiner Kubapolitik auf allen Ebenen auf Widerstand. Am ausgeprägtesten und offensichtlichsten war die Kritik der politischen und gesellschaftlichen Gruppierungen auf nationaler Ebene. Aznar schaffte es nicht, die Akteure von seiner Strategie zu überzeugen und eine breite Basis für seine Politik zu finden. Kritisiert wurde eine zu starke Fokussierung der Politik Aznars auf die Reform der politischen Situation auf Kuba ohne Berücksichtigung der für die hispano-kubanischen Beziehungen so wichtigen gemeinsamen Wurzeln und Werte. Die Kritik, die Politik zu Kuba wäre "wie die Politik zu irgendeinem Land"³¹⁵, wird laut. Aznar wird dabei nicht nur von den Oppositionsparteien kritisiert, sondern er befindet sich selbst innerhalb seiner eigenen Partei in einer isolierten Position. Die sich nicht mit der Politik Aznars identifizierenden Gruppierungen reagieren, indem sie einerseits die Politik Aznars mißachten und umgehen, wie die spanischen Unternehmer, oder andererseits eine eigene Politik entwickeln, wie die Oppositionsparteien mit ihrer "Paralleldiplomatie". Somit wird das Monopol der spanischen Regierung sukzessive untergraben und Aznar droht der Boden unter den Füßen weggezogen zu werden. Um aus der Kubapolitik, die eine Stufe auf der Erfolgsleiter seines Wahlsiegs war, nicht einen Stolperstein werden zu lassen und um seinen Einfluß in der Kubapolitik zu erhalten, ohne von anderen gesellschaftlichen Gruppierungen verdrängt zu werden, muß er weiterhin alles dafür tun, einziger Adressat der kubanischen Regierung zu bleiben. Aus diesem Grund überdenkt und korrigiert er seine Strategie. Seine neue Kubapolitik führt ihn in die Nähe der traditionellen spanischen Kubapolitik, wobei er - wie dargestellt - einige Änderungen beibehält. Weitere Ursache für seine Änderung der Kubapolitik war der drohende Verlust der Vermittlerrolle Spaniens innerhalb der EU, basierend auf der ablehnenden Haltung der EU-Länder gegenüber der Position Aznars.

Die dritte Ebene, auf der Aznar Widerstand gegen seine Politik entgegenstößt, sind die multilateralen Foren. Vor allem im Rahmen der CIN droht Aznar mit seiner Politik ein Prestige- und Einflußverlust. Der Iberoamerikanischen Gemeinschaft, dem „Ziehkind“ Spaniens, in dem das iberische Land trotz Gleichheitsprinzip die Rolle des *primus inter pares* zukommt, mißfällt, daß gegen ein „Familienmitglied“ eine derart restriktive Politik praktiziert wird.

Die Ursachen für die Korrekturen der Kubapolitik sind somit aus den Reaktionen auf den verschiedenen Ebenen und dem daraus drohenden Einflußverlust Aznars erklärbar. Nachfolgend sollen die in den Erwartungshypothesen formulierten Annahmen zum Verhalten Spaniens anhand der in der empirischen Untersuchung erarbeiteten Ergebnisse auf ihre Gültigkeit hin überprüft werden.

Für die von Aznar vollzogene Revision seiner zu Beginn verfolgten Kuba-Politik besitzen die aus dem Neorealismus abgeleiteten Erwartungshypothesen durchaus Erklärungskraft: Mit den Aznar entgegengebrachten Widerständen im Rahmen der Europäischen Union sowie seitens der iberoamerikanischen Länder wurden zwei zentrale, internationalen Einfluß sichernde Komponenten spanischer Außenpolitik in Frage gestellt. So riskierte Aznar nicht nur, die traditionelle Leitrolle Spaniens innerhalb Iberoamerikas zumindest partiell einzubüßen, sondern auch die Spa-

³¹⁵ Vgl. Darstellung von Joseba Etxebarria im Interview am 15. März 2000.

nien im europäisch-lateinamerikanischen Verhältnis zukommende Vermittlerrolle zu beschädigen. Die Korrektur der Kubapolitik Aznars folgt damit klar machtpolitischen und einflußsichernden Überlegungen, die im Einklang mit neorealistischen Annahmen stehen.

Wie in der empirischen Analyse gezeigt, bildete der internationale Druck jedoch nur eine Komponente, die als Einflußgröße für das Einlenken Aznars in der Gestaltung der Beziehungen zu Kuba ausgemacht werden konnte. Während die neorealistische Perspektive insbesondere die externen Faktoren zu erfassen vermag, besitzt sie keine Erklärungskraft für den Einfluß innenpolitischer Faktoren auf die Gestaltung der Außenpolitik. Die aus den historischen und familiären Bindungen zu Kuba erwachsenden Einflüsse, die nachweislich zur Revision Aznars beigetragen haben, lassen sich so durch das neorealistische Modell nicht erklären.

Den europäischen Einfluß in der Revision Aznars lediglich auf die Sorge vor dem Verlust der Vermittlerrolle, und damit auf Machtkalkülen verpflichtete Interessen zu reduzieren, hieße, wesentliche, aus dem europäischen Integrationsprozeß erwachsene Einflüsse zu vernachlässigen. Hier kann der Neofunktionalismus durchaus zum Verständnis wesentlicher Entwicklungen beitragen. Hier gilt es insbesondere, den Blick zu lenken auf das Bemühen Spaniens, die „Kubaproblematik“ auf die europäische Ebene zu verlagern, da diese vergrößerte Plattform als die geeignetere Problemlösungsebene genutzt werden soll.

Zwei für die Kubapolitik Aznars relevante Entscheidungen wurden auf EU-Ebene getroffen:

Das von supranationaler Ebene verabschiedete Antiboykottgesetz schützt den Handel und die Investitionen der EU-Mitgliedsländer auf Kuba und ist von den Ländern verbindlich umzusetzen.

Der Gemeinsame Standpunkt wurde als Handlungsrahme für eine kohärente Politik der EU-Länder gegenüber Kuba verabschiedet. Der Gemeinsame Standpunkt ist ein Instrument der GASP, welche intergouvernemental geregelt ist. Dies bedeutet, daß der Gemeinsame Standpunkt zwar nicht verbindlich eingehalten werden muß, jedoch würde aus Sicht Spaniens eine diametral entgegengesetzte Position dem Kohärenzgedanken stark zuwiderlaufen.

Nachdem Aznar also eine kohärente Kubapolitik auf EU-Ebene angeregt hat, muß er auch die Entscheidungen, die die supranationale Ebene und die Mitgliedsländer treffen, auf nationaler Ebene umsetzen. So ergibt sich ein Faktor der Politikänderung Aznars aus der Übernahme der Ergebnisse aus dem Gemeinsamen Standpunkt.

Nicht nur die dem Neorealismus zugeschriebene Angst vor dem Verlust der Vermittlerrolle Spaniens bedingt die Änderung der Kubapolitik Aznars sondern auch der sich aus der zunehmenden Integration der EU ergebende Wille Spaniens, die gemeinschaftlich auf EU-Ebene getroffenen Entscheidungen umzusetzen. So werden auf EU-Ebene Tatsachen geschaffen, denen sich die spanische Regierung kaum entziehen kann und die in der Konsequenz zu Änderungen der spanischen Politik führen. Aus der neofunktionalistischen Theorie läßt sich somit eine Politikänderung anhand des gestiegenen Einflusses der intergouvernementalen und supranationalen Ebenen auf die Politik der Nationalstaaten erklären. Einem Einfluß der EU auf die Kubapolitik Aznars kann somit zugestimmt werden. Jedoch gibt auch die neofunktionalistische Theorie keinen ganzheitlichen Ansatz zur Erklärung aller Einflußfaktoren der Politikänderung Aznars, da auch diese Theorie die innenpolitischen Faktoren weitgehend außer Acht läßt.

Nach Annahmen des transnational-konstruktivistischen Ansatzes verliert der spanische Staat in zunehmendem Maße seinen Status als einziger Akteur in der internationalen Politik. Mit steigender Tendenz nehmen gesellschaftliche Akteure Einfluß auf die Politik. Aus dem transnational-konstruktivistischen Ansatz ist daher eine Ursache für die Politikänderung Aznars in der Opposition der gesellschaftlichen Akteure zu suchen. Eine von den gesellschaftlichen Akteuren systematisch verfolgte, andersgeartete Politik gegenüber Kuba müßte Aznar zum Einlenken bewegen, da sonst die für seine Regierungsarbeit notwendige Basis innerhalb der Gesellschaft, also sein nationaler Einfluß, verloren gehen würde. Überspitzt formuliert könnte behauptet werden, daß Aznar und die spanische Regierung Gefahr laufen könnten, einen deutlichen Einflußverlust in der Gestaltung der spanisch-kubanischen Beziehungen hinnehmen zu müssen und durch direkte

Kontakte zwischen gesellschaftlichen Gruppen und der kubanischen Regierung schlicht übergangen zu werden. Im vorliegenden Fall fordern die gesellschaftlichen Akteure wiederum die Änderung der Kubapolitik Aznars und zwar über die Schaffung von Tatsachen, denen sich die spanische Regierung nicht entziehen kann. Um ihrer Opposition Nachdruck zu verleihen, beginnen die gesellschaftlichen Akteure über eine "Paralleldiplomatie" und unter Mißachtung der von Aznar verfolgten Strategie, z.B. der Steigerung des wirtschaftlichen Austauschs mit Kuba, den Einfluß der spanischen Regierung in der Außenpolitik zu untergraben. In ihrem Plädoyer für eine anderer Kuba-Politik berufen sich die gesellschaftlichen Akteure auf die Identitäts- und Wertekongruenz mit der kubanischen Gesellschaft. Aznar kann angesichts dieser starken, oppositionellen Strömungen seine Politik nicht ohne Einflußverlust auf die Gestaltung der spanischen Kubapolitik aufrecht erhalten. Die Gefahr des Einflußverlustes der spanischen Regierung in Kubafragen wäre zu groß. Den im transnational-konstruktivistischen Ansatz zugrundegelegten Annahme wert- und interessengeleiteter Einflüsse gesellschaftlicher Kräfte auf die Gestaltung der Außenpolitik kann demnach durchaus zugestimmt werden.

So lassen sich mit den drei zugrundegelegten Theorien die verschiedenen Einflußfaktoren einzeln fassen, doch reicht keine Theorie allein, um die verschiedenen, in der Realpolitik auftretenden Faktoren zu erklären. Eine Gewichtung der verschiedenen Einflüsse fällt schwer, jedoch läßt sich konstatieren, daß aufgrund der Unmittelbarkeit des Widerstands auf nationaler und europäischer Ebene diese Faktoren stärker den Ausschlag für eine Politikänderung gegeben haben müssen, als der Widerstand auf internationaler Ebene. So bleiben die Autoren der zugrundegelegten Theorien in diesem konkreten Fall ihren Beweis auf Vollständigkeit der Erklärungsansätze schuldig. Aufgrund des Allgemeinheitsanspruchs der Theorien ist eine Überprüfung der Ansätze anhand eines Spezialfalls, wie ihn die hispano-kubanischen Beziehungen darstellen, von vornherein kritisch zu betrachten.

6 Literaturverzeichnis

Monographien

- ANTONI, MICHAEL, Spanien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie. Parteien, Wahlen, Verfassung und politische Entwicklung 1975 bis 1980, Frankfurt a/M 1981.
- ARENAL, CELESTINO DEL, La política exterior de España hacia Iberoamérica, Madrid 1994.
- CLEMENT, REINER, Grundlagen der angewandten Makroökonomie, München 1998.
- DEUTSCH, KARL, The Analysis of Internationale Relations, N. J. 1978.
- FRANK, MANFRED, Was ist Neostukturalismus?, Frankfurt a.M. 1983.
- GIERING, CLAUS, Europa zwischen Zweckverband und Superstaat, Bonn 1997.
- GILLESPIE, RICHARD/RODRIGO, FERNANDO/STORY, JONATHAN, Democratic Spain. Reshaping external relations in a changing world, London 1995.
- GOLDSTEIN, JUDITH/ KEOHANE, ROBERT, Ideas & Foreign Polity: Beliefs, Institutions, and Political Change, Ithaca 1993.
- HAAS, ERNST, The Uniting of Europe. Political, Social and Economic Forces 1950-1957, Stanford 1958.
- HAAS, ERNST; Beyond the Nation-State, Stanford 1964.
- HALLSTEIN, WALTER, Die Europäische Gemeinschaft, Düsseldorf 1979.
- IRELA, Cuba después del V Congreso del PCC, INF-97/8-CUB, 5. Nov. 1998
- IRELA, Seminario: El refuerzo del embargo de Estados Unidos contra Cuba, Sitges 8-10 Juli 1996.
- KEOHANE, R., NYE., J.S., Power and Interdependence. World Politics in Transition, Boston 1977.
- LINDBERG, LEON/SCHEINGOLD, STUART, Europe's Would-be Polity, Patterns of change in the European Community, Englewood Cliffs 1970.
- LINK, WERNER, Der Ost-West-Konflikt. Die Organisation der internationalen Beziehungen im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1988².
- LINK, WERNER, Die Neuordnung der Weltpolitik. Grundprobleme globaler Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, München 1998.
- MALUQUER DE MOTES, JORDI, Nación e inmigración: los españoles en Cuba (s. XIX y XX), Madrid 1992.
- MORENO FRAGINALS, MANUEL, Cuba/España. España/Cuba. Historia Común, Barcelona 1995.
- MORGENTHAU, HANS, Macht und Frieden. Grundlegung einer Theorie der internationalen Politik, Gütersloh 1963.
- RISSE-KAPPEN, THOMAS, Bringing transnational relations back in. Non-State Actors, domestic structures and international institutions, Cambridge 1995.
- ROY, JOAQUÍN, La siempre fiel. Un siglo de relaciones hispanocubanas (1898-1998), Madrid 1998.
- SHEEHAN, MICHAEL, The Balance of Power. History and Theory, London 1996.
- WALTZ, KENNETH, Theory of International Politics, New York 1979.
- ZEUSKE, MICHAEL, Kleine Geschichte Kubas, München 2000.
- ZEUSKE, MICHAEL UND ZEUSKE, MAX, Kuba 1492-1902. Kolonialgeschichte, Unabhängigkeitskriege und erste Okkupation durch die USA, Leipzig 1998.

Aufsätze

- AGUILA, JUAN DEL, Perception of Cuba in the 1980's, in: Fauriol, Georges/Loser, Eva, Cuba. The International Dimension, New Brunswick/London 1990, S. 131-139.
- ARENAL, CELESTINO DEL, Cambio y Autonomía en la Política Iberoamericana de España, in: Leviatán 1 (1990), S. 33-48.
- ARENAL, CELESTINO DEL, El futuro de las Cumbres Iberoamericanas, in: Meridiano Ceri 11 (1996), S. 4-7.

- ARENAL, CELESTINO DEL, La adhesión de España a la Comunidad Europea y su impacto en las relaciones entre América Latina y la Comunidad Europea, in: *Revista de Instituciones Europeas* 2 (1990) Vol. 17, S. 329-366.
- ARENAL, CELESTINO DEL, La Comunidad Iberoamericana de Naciones: entra la utopía y la realidad, in: *Revista de Occidente* 131 (1992), S.163-179.
- ARENAL, CELESTINO DEL, Las Cumbres Iberoamericanas y la Comunidad Iberoamericana de Naciones, in: *Tiempo de Paz, Verano-Otoño* 24-25 (1992), S. 5-13.
- ARENAL, CELESTINO DEL/NÁJERA, ALFONSO, La comunidad Iberoamericana de Naciones. Pasado, Presente y Futuro de la política iberoamericana de España, Madrid 1992.
- ARENAS URÍA, JUAN, Las relaciones económicas hispano-cubanas: la empresa española en Cuba, in: *Fundación Diálogos, Simposio Internacional: Una nueva política hacia Cuba*, Madrid 22. + 23. November 1996.
- ARENAS, JUAN, Breve reflexión sobre las relaciones económicas hispano-cubanas, in: *Economía Exterior* 8 (1999), S.29-37.
- ARIAS, INOCENCIO, La Bula Progresina, in: *Política Exterior*, 55, XI, Enero/Febr. 1997, S.21-28.
- ATRIUM, España-Cuba: incertidumbres y realidades, in: *Política Exterior*. 52 (1996), S.224-227.
- AZNAR, JOSÉ MARÍA, Algunas Reflexiones sobre la política española en el seno de la Comunidad Iberoamericana de Naciones, in: Rúperez, Javier (Hrsg.), *España, Europa, Iberoamérica: un futuro compartido*, Madrid 1993, S. 129-134.
- BARBÉ, ESTHER, De la ingenuidad al pragmatismo: 10 años de participación española en la ma quinaria diplomática europea, in: *Revista CIDOB d'Afers Internacionals* 34/35 (1996), S. 9-29.
- BARBÉ, ESTHER, Spanien, in: *Jahrbuch der Europäischen Integration* 1994/95. S.351-358.
- BOGDANON, VERNON (Hrsg.), *The Blackwell Encyclopedia of Political Science*, Oxford 1987, S. 482-484.
- BORINSKI, PHILIPP, Zur neueren amerikanischen und europäischen Diskussion um den Strukturellen Realismus, in: Masala, Carlo/ Roloff, Ralf (Hrsg.), *Die Herausforderungen der Realpolitik. Beiträge zur Theoriedebatte in der Internationalen Politik*, Köln 1998., S. 31-59.
- BORINSKI, PHILIPP, Zur neueren amerikanischen und europäischen Diskussion um den Strukturellen Realismus, in: Masala, Carlo/ Roloff, Ralf (Hrsg.), *Die Herausforderungen der Realpolitik. Beiträge zur Theoriedebatte in der Internationalen Politik*, Köln 1998.
- CHECKEL, JEFFREY, The Constructivist Turn in International Relations Theory, in: *World Politics* 50 (1998) 2, S.324-348.
- CRUZ, ALBERTO, Dos aspectos de la política española hacia Cuba: Derechos humanos e intercambio comercial, in: *Cuadernos Africa America Latina* 14 (2/94), S.85-103.
- CRUZ, ALBERTO, Relaciones Bilaterales entre el Estrado español y Cuba: del autonomismo al entreguismo en la política exterior, in: *Cuadernos Africa-América Latina* 8.
- CRUZ, ALBERTO, Relaciones bilaterales entre el Estrado español y Cuba: del autonomismo al entreguismo en la política exterior, in: *Cuadernos Africa America Latina* 8 (1992), S. 67-82.
- DURÁN, JUAN JOSÉ, Factores de la inversión directa extranjera. El caso español, in: *Economía Exterior* 8 (1999), S.85-96.
- ETZIONI, AMITAI, A Paradigma for the Study of Political Unification, in: *World Politics* 1962, S. 44-74.
- FERNÁNDEZ ORDÓÑEZ, FRANCISCO, Política Exterior de España 1987-1990, in: *Política Exterior*, 1 (1987) Vol. I, S.14-27.
- FOUCAULT, MICHEL, The Order of Discourse, in: Shapiro, Michael (Hrsg.), *Language and Politics*, Oxford 1984, S. 103-138.
- FRAGA, LUIS, Las Cumbres Iberoamericanas, in: *Política Exterior* Vol. XII 64 (1998), S. 151-163.
- FREY, PETER, Spanien, in: *Jahrbuch der Europäischen Integration* 1988/89, S. 355-361.
- FREY, PETER, Spanien, in: *Jahrbuch der Europäischen Integration* 1989/90, S. 357-364.
- GLASER, CHARLES UND MATTHEWS, JOHN C., Correspondence: Current Gains and Future Outcomes, in: *International Security* 21 4 (1997), S. 186-197
- HABERMAS, JÜRGEN, Citizenship and National Identity: Some Reflections on the Future of Europe, in: *Praxis International* 12:1 (1992), S. 1-19.

- HERNÁNDEZ, JULIO UND CAUNEDO, SILVIA, España-Cuba: una historia de crisis y reconciliaciones, in: Meridiano CERI 19, (1998), S. 16-19.
- IGLESIA-CARUNCHO, MANUEL UND PAZ RAMOS, MARI, La relación hispano-cubana en el centenario del 98, in: Leviatán 71 (1998), S. 59-78.
- KOHLER-KOCH, BEATE, Interdependenzanalyse, in: Nohlen, Dieter, Lexikon der Politik, Band 6: Internationale Beziehungen, S. 221-225.
- LIEDTKE, BORIS, Spain and the United States, 1945-1975, in : Balfour, Sebastian/Preston, Paul, Spain and the Great Powers in the twentieth Century, London 1999, S. 229-244.
- MALLO, TOMÁS, De las Cumbres Iberoamericanas a la articulación de una comunidad Iberoamericana de Naciones, in. Síntesis 27-28 (1997), S. 101-107.
- MARCH POQUET, JOSÉ MARÍA, La revisión de la política exterior española hacia Cuba: el inevitable acercamiento, in: Meridiano CERI 28 (1999), S. 24-28.
- MARTÍNEZ DE VELASCO, ANGEL, Política exterior del Gobierno de Primo de Rivera con iberoamérica, in: Revista de Indias 149-159 (1977), S. 788-798.
- MASTANDUNO, MICHAEL/ LAKE, DAVID/IKENBERRY, G. JOHN, Toward a Realist Theory of State Action, in: International Studies Quarterly 33, 1989, S. 457-474.
- MATTHEWS, JOHN C., Current Gains and Future Outcomes: When Cumulative Relative Gains Matter, in: International Security 21 (1997) 1, S. 112.-146
- MATTHEWS, JOHN C., Current Gains and Future Outcomes: When Cumulative Relative Gains Matter, in: International Security 21, Nr. 1 (1997), S. 112.-146.
- MATUTES, ABEL, Objetivos de la política exterior española, in : Afers Internacionals, (34-35) 1996, S.191-196.
- MEARSHEIMER, JOHN, The False Promise of International Institutions, in: International Security 3 (1994/95) Vol. 19, S.5-49.
- MEYERS, REINHARD, Grundbegriffe und theoretische Perspektiven der Internationalen Beziehungen, in: Grundwissen Politik, Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Schriftenreihe Band 345, Bonn 1997, S.313-434.
- MICHAEL ZÜRN, Neorealistic und Realistische Schule, in: Nohlen, Dieter, Lexikon der Politik, Band 6: Internationale Beziehungen, S. 309-322.
- MOSS, AMBLER, España y Estados Unidos en la problemática Iberoamericana, in : ICI, Realidades y Posibilidades de las relaciones entre España y América en los ochenta, Madrid 1986, S. 127-133.
- MOSS, AMBLER, Vino nuevo en cueros nuevos: buscando formulas para una política nueva hacia Cuba, in: Fundación Diálogos, Una nueva política hacia Cuba, Internationales Symposium in Madrid vom 22.-23. Nov. 1996.
- MUÑIZ DE URQUIZA, MARÍA, Relaciones Europa-América Latina a partir de la integración de España en la Comunidad Europea, in : Política y Sociedad 4 (1989), S. 41-53.
- NÁJERA IBÁÑEZ, ALFONSO, Aproximación a las relaciones entre España y América Latina tras la adhesión española a la Comunidad Europea. Las dificultades de una mediación, in: Política y Sociedad 4 (1989), S. 33-39.
- REMIRO BROTONS, ANTONIO, Cuba, las amistades peligrosas, in: Política Exterior 55 (1997) XI, S. 5-20.
- RISSE, THOMAS UND SIKKINK, KATHRYN, The socialisation of international human rights norms into domestic practices: introduction, in: Risse, T./Ropp, Stephen, C./Sikkink, K. (Hrsg.), The power of human rights: international norms and domestic change, Cambridge 1999.
- ROBAINA, ROBERTO, La realidad cubana ante la Unión Europea, in: Política Exterior 57 (1997) Vol. XI, S. 87-93.
- RODRIGO, FERNANDO, La inserción de España en la Política de Seguridad Occidental, in: Gillespie/Rodrigo/Story, Las relaciones exteriores de la España democrática 1995, Madrid 1995, S. 77-103.
- ROSENAU, JAMES, Thinking Theory Thoroughly, in Viotti, Paul/Kauppi, Mark, International Relations Theory. Realism, Pluralism, Globalism, New York 1993, S. 23-34.
- ROY, JOAQUÍN, El impacto internacional de la ley Helms-Burton, in: Estudios Internacionales (Chile) 118 (1997), S. 170-194.
- ROY, JOAQUÍN, España y Cuba : ¿una relación muy especial?, in : Afers Internacionals 31 (1995), S.147-166.
- ROY, JOAQUÍN, La Unión Europea y España ante la ley Helms-Burton, in : Ibero-Amerikanisches Archiv 3-4 (1998), S. 213-245.

- ROY, JOAQUÍN, Las relaciones actuales entre España y Cuba, in : Revista CIDOB d'Afers Internacionals 12/13 (1988), S.5-19.
- ROY, JOAQUÍN, Las relaciones Madrid-La Havana: 1968-1988, in: Política Exterior 6 (1988) Vol. I, S.275-279.
- RUBIO GARCÍA, DOLORES, La política exterior española y la Comunidad Europea/Unión Europea, in: Calduch, R., La política exterior española en el Siglo XX, Madrid 1994, S.202-221.
- SAHAGÚN, FELIPE, Cuba: un asunto interno español, in: Meridiano CERI 10 (1996), S. 4-9.
- SCHMITTER, PHILLIPE, Three Neo-Functional Hypotheses About International Integration, in: International Organisation 23, S. 161-166.
- SNYDER, GLENN, Process Variables in Neorealist Theory, in: Security Studies 5, 3 (1996), S. 167-192
- SOTILLO LORENZO, JOSÉ, America Latina en las negociaciones del ingreso de España en la Comunidad Europea, in: Política y Sociedad 4 (1989), S. 25-32.
- VIÑAS, ANGEL, Breaking the shackles from the past: Spanish foreign policy from Franco to Felipe González, in: Balfour, Sebastian/Preston, Paul, Spain and the great powers in the twentieth century, London/New York 1999, S.245-267.
- VIÑAS, ANGEL, La política exterior española frente a Iberoamérica: presente y pasado, in: Ideas 9 (1992).
- WESSELS, WOLFGANG UND DIEDRICH, UDO, From Newcomers to Mainstreamers: Lessons from Spain and Portugal, in: Algieri, Franco/Regelsberger, Elfriede, Synergy at Work. Spain and Portugal in European Foreign Policy, Bonn 1996, S. 315-330.
- YÁÑEZ, LUÍS, La Cuba del silencio, in: Fundación Diálogos, Simposio Internacional: Una nueva política hacia Cuba, Madrid 22. + 23. November 1996.

Zeitungsartikel

Agence Europe
Cinco Días (Diario de Economía y Negocios)
Der Tagesspiegel
Diario 16
Diario de las Américas
Diario Las Américas (Miami, USA)
Die Welt
Dinero
EFE
El Correo Español (Baskenland)
El Financiero (Mexico, D.F.)
El Mundo (Madrid)
El País (Madrid)
El Periódico (Katalonien)
Europa Press
Expansión (Madrid)
Frankfurter Allgemeine Zeitung
Handelsblatt
La Gaceta
La Razón
La Vanguardia
Süddeutsche Zeitung

The Economist (London)

Ya (Spanien)

- A.C./S.N., El PP propone al resto de partidos un acuerdo sobre las relaciones con Cuba, in: ABC vom 22.11.1996.
- A.D./I.C., CiU logra que el PP condene la ley que refuerza el embargo de EEUU a Cuba, in: El País vom 18.06.1996.
- ALCÁZAR, MARIÁNGEL, El Gobierno „congela“ la visita de los Reyes a Cuba, in: El Periódico vom 01.06.1999.
- ALTOZANO, HERMENEGILDO, Las obligaciones de España en Cuba, in : Expansión vom 11.05.1996.
- AMBRÓS, ISIDRE, La UE, dispuesta a una guerra comercial con EE.UU. para defender sus intereses en Cuba, in: La Vanguardia vom 15.07.1996.
- AYLLÓN, LUIS, Aldabonazo democrático del Rey ante Castro, in: ABC vom 17.11.1999.
- AYLLÓN, LUIS, Aznar elude tratar con Castro de los derechos humanos para salvar la Cumbre Iberoamericana, in: ABC vom 29.06.1999.
- AYLLÓN, LUIS, Aznar ofrecerá a Castro su apoyo a la transición a la democracia, in: ABC vom 24.10.1996.
- AYLLÓN, LUIS, Castro rechaza ante Aznar las ofertas españolas de apoyar una democratización en Cuba, in: ABC vom 11.11.1996.
- AYLLÓN, LUIS, El Gobierno entregará al pueblo cubano la ayuda alimentaria que no le mandó el anterior del PSOE, in: ABC vom 11.12.1996.
- AYLLÓN, LUIS, Entrevista con el ministro de Asuntos Exteriores, Abel Matutes, in: ABC vom 18.05.1996.
- AYLLÓN, LUIS, Fidel Castro regaña al embajador español en La Habana por reunirse con grupos disidentes, in: ABC vom 02.03.1996.
- AYLLÓN, LUIS, González quiere despedirse del Gobierno regalando un crédito simbólico de sesenta millones de pesetas al dictador Castro, in: ABC vom 18.04.1996.
- AYLLÓN, LUIS, Gore promete a Aznar que será sensible a los intereses españoles al aplicar la ley contra las inversiones en Cuba, in : ABC vom 26.05.1996.
- AYLLÓN, LUIS, José María Aznar y Fidel Castro sellan en Oporto su reconciliación, in: ABC vom 18.11.1998.
- AZNAR, JOSÉ MARÍA, Cuba hoy, in : Diario de las Américas vom 16.12.1995.
- BATTA, VÍCTOR, España, atrapado entre EU y sus intereses en Cuba, in: El Financiero vom 14.12.1996.
- BATTA, VÍCTOR, La UE busca el apoyo de Coniton en torno a Cuba, in: El Financiero vom 14.12.1996.
- BRUNET, JOSÉ MARÍA, El Gobierno congela un crédito de 60 millones a Cuba ante las reticencias del PP, in: La Vanguardia vom 20.04.1996.
- BUSTAMANTE, LISSETTE, Vargas Llosa emplaza a Aznar a que ponga en práctica sus tesis sobre Cuba, in: ABC vom 13.12.1995.
- CAL, JUAN CARLOS DE LA, Las ONGD presentan al Gobierno doce medidas para la cooperación, in: El Mundo vom 30.05.1996.
- CAÑO, ANTONIO, Mas Canosa cree que las inversiones españolas no ayudan al pueblo cubano, in: El País vom 02.03.1996.
- CARNERO, CARLOS, Cuba-España, giro inaceptable, in: El País vom 12.06.1996.
- CARNICERO, CARLOS, Aznar, por favor..., in: El Periódico vom 02.06.1996.
- CARVAJAL, VICTORIA, La Organización Mundial de Comercio se resiste a arbitrar entre EE.UU. y la UE por la disputa sobre Cuba, in: El País vom 04.02.1997.
- CASTAÑO, FEDERICO, Ofensiva del PSOE para que le PP se defina en política exterior, in: Cinco Días vom 22.07.1998.
- CEMBRERO, IGANCIO, Mas Canosa intercederá en EE.UU. por los inversores españoles en Cuba, in: El País vom 12.07.1996.
- CEMBRERO, IGNACIO, El diálogo Cuba-Unión Europea, en total vía muerta, in: El País vom 23.03.1996.

- CEMBRERO, IGNACIO, El Gobierno sustituye al embajador en Cuba para mostrar su endurecimiento hacia Castro, in: El País vom 27.08.1996.
- CEMBRERO, IGNACIO, España condiziona la ayuda a Cuba a que haya avances democráticos, in: El País vom 13.06.1996.
- CEMBRERO, IGNACIO, Gore agradece a Aznar que España endurezca la relación con Cuba en favor de la democracia, in: El País vom 26.05.1996.
- CEMBRERO, IGNACIO, La cláusula democrática, in: El País vom 07.02.1998.
- CEMBRERO, IGNACIO, Los socialistas habían previsto un recorte en la ayuda, in: El País vom 04.06.1996.
- CEMBRERO, IGNACIO, Paradores renuncia a operar en Cuba por temor a padecer la ley Helms-Burton, in: El País vom 02.06.1996.
- CEMBRERO, IGNACIO, Yáñez insinúa que el anticastrista Mas Canosa financió la campaña electoral de Aznar, in: El País vom 17.07.1996.
- COLCHERO, JOSÉ, Aznar da un plazo a Gore, in: Diario 16 vom 26.05.1996.
- COLCHERO, JOSÉ, La ambigüedad calculada de Aznar respecto a la isla, in: Diario 16 vom 02.06.1996.
- CRUZ, MARISA, Aznar da por zanjada la crisis con Cuba sin adoptar medida alguna de respuesta diplomática, in: El Mundo vom 29.11.1996.
- CRUZ, MARISA, Aznar estima que con Fidel Castro no hay esperanzas de cambio en Cuba, in: El Mundo vom 15.11.1999.
- CRUZ, MARISA, La Unión Europea se decide a romper el diálogo con Cuba, in: El Mundo vom 07.05.1996.
- CRUZ, MARISA, Los Quince reprochan a Fidel Castro su política de represión, in: El Mundo vom 28.06.1999.
- D.R., Fraga dice que no tiene previsto un nuevo viaje a Cuba, aunque tampoco lo descarta, in: ABC vom 12.09.1996.
- DE AZÚA, VICTORINO, Aznar anima al exilio anticastrista a buscar una transición pacífica a la democracia, in: El País vom 30.11.1995.
- DIEZ, ANABEL/VICENT, MAURICIO, Alumnia insta al Gobierno a nombrar pronto un nuevo embajador en Cuba, in: El País vom 28.02.1998.
- DIÉZ, LUIS, El cambio de embajador reabre la batalla de Cuba, in: El Periódico vom 28.08.1996.
- EFE, España se sumó por primera vez a la resolución de EE.UU contra Cuba, vom 14.04.1997.
- EFE, La (sic!) ONGD pide que no se recorten los presupuestos, in: Ya vom 30.05.1996.
- EFE, Quince retrasan el debate sobre la propuesta española al 6 de Diciembre, vom 20.11.1996.
- EUROPA PRESS, La Habana tendrá dos meses para formalizar su solicitud, vom 16.11.1999.
- FANJUL, SERAFÍN, La Habana y el Partido Popular, in: Diario 16 vom 03.03.1996.
- FANJUL, SERAFÍN, La Habana y el Partido Popular, in: Diario 16 vom 03.03.1996.
- FERNÁNDEZ, RICARDO, La UE acuerda represalias contra EE.UU. por la ley Helms-Burton, in: Cinco Días vom 16.07.1996.
- GALÁN, LOLA, Aznar obtiene en Londres el respaldo de Major en el conflicto con el régimen cubano, in: El País vom 28.11.1996.
- GIRÓN, JUAN, Los negocios que aguardan en La Habana, in: Dinero vom 21.05.1998.
- GÓMEZ, PAVEL, Agentes 'dobles' en Cuba, in: Diario 16 vom 07.02.1997.
- GONZÁLEZ YUSTE, Juan, España no apoyará a Cuba si no hay apertura política, in: El Periódico vom 31.05.1996.
- GONZÁLEZ, ANGEL, Cuba quiere juzgar a Solana como criminal de guerra, in: El Mundo vom 03.06.1999.
- GONZÁLEZ, GABRIEL, Cuba resucita el trueque con España para paliar la falta de financiación, in: Cinco Días vom 29.07.1999.
- GORTÁZAR, GUILLERMO, De la complacencia socialista al enfriamiento popular. La nueva etapa en las relaciones de España con el gobierno de Cuba, in: Fundación Diálogos. Una nueva política hacia Cuba, Internationales Symposium in Madrid 22.+23. Nov. 1996, S.43-57.
- HADLER, WILHELM, EU ringt um gemeinsame Haltung im Handelsstreit, in: Die Welt vom 28.10.1996.

- HAUBRICH, WALTER, “Die EG baucht eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik”, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29.04.1991.
- HAUBRICH, WALTER, Die Kubapolitik des spanischen Regierungschefs bekommt starke Kritik im eigenen Land, in: FAZ vom 29.11.1996.
- HAUBRICH, WALTER, Protest, Schutz oder beides?, in: FAZ vom 28.11.1996.
- HERNÁNDEZ, ENRIC, Aznar se emplea a fondo para salvar la cita de La Habana, in: El Periódico vom 05.07.1999.
- HOZ, CRISTINA DE LA, El Gobierno apoya son reservas a Abel Matutes ante la nueva crisis con Cuba, in: ABC vom 22.03.1997.
- I.C., El Gobierno y el PP condenan la ley del embargo a la isla, in : El País vom 02.03.1996.
- I.C., Matutes afirma que relevó al embajador en Cuba para apoyar más los derechos humanos, in : El País vom 03.09.1996.
- I.C./J.C.S., Otra empresa española se retira de Cuba tras la ‘ley Helms-Burton’, in: El País vom 14.06.1996.
- I.C./X.F.-V., Los Quinte responderán a la ley que endurece el embargo a Cuba, in: El País vom 23.06.1996.
- IBARZ, I./MÍGUEZ, A., Aznar y Castro consideran positiva la evolución de las relaciones bilaterales, in: La Vanguardia vom 18.10.1998.
- IBARZ, JOAQUIM, Aznar y Castro evidencian el deterioro de las relaciones hispano-cubanas, in: La Vanguardia vom 11.11.1996.
- IGLESIAS, MAGIS, Castro agradece a Aznar su ayuda para la cumbre de La Habana, in: Diario 16 vom 29.06.1999.
- J.M.C./I.C., España y Cuba seguirán dialogando pese a sus hondas divergencias, in: El País vom 28.09.1996.
- LACALLE, JULIÁN, Ahora, a convencer la UE, in: Diario 16 vom 14.11.1996.
- LARRAYA, J./GARCÍA, J., El presidente de Cuba inicia hoy una visita oficial de dos días a Extremadura“, in: El País vom 19.10.1998.
- LARRAYA, JOSE, „España tiene con Cuba mejores relaciones que nadie“, in: El País vom 21.01.1998.
- LARRAYA, JOSÉ, „Sería bueno una política más imaginativa con Cuba“, in: El País vom 05.12.1997.
- LARRAYA, JOSÉ, Aznar desbloquea por sorpresa las relaciones con Cuba y nombra nuevo embajador, in: El País vom 02.04.1998.
- LARRAYA, JOSÉ, Aznar recibe a Robaina para adensar las relaciones diplomáticas con Cuba, in: El País vom 07.04.1998.
- LARRAYA, JOSÉ, Dirigentes del PSOE mantienen en Cuba contactos al más alto nivel, in: EL País vom 15.01.1997.
- LARRAYA, JOSE, España estima que la presencia de etarras en Cuba impide normalizar las relaciones, El País vom 28.01.1998.
- LARRAYA, JOSE, España estima que la presencia de etarras en Cuba impide normalizar las relaciones, in: El País vom 28.01.1998.
- LARRAYA, JOSE, España y Cuba establecen un sistema de consultas para coordinar sus relaciones, in: El País vom 25.09.1998.
- LARRAYA, JOSE, España y Cuba firman un convenio para evitar la doble imposición y abren vías para renegociar la deuda, in: El País vom 04.02.1999.
- LARRAYA, JOSE, Exteriores reactiva el diálogo político con Cuba y evalúa la oportunidad del viaje de los Reyes, in: El País vom 03.04.1998.
- LARRAYA, JOSE, La Embajada de España en La Habana seguirá vacante durante la visita papal, in: El País vom 05.12.1997.
- LARRAYA, JOSE/GARCIA, JAVIER, “He contado siempre con el apoyo de la UE en el tema de Cuba”, dice Aznar, in : El País vom 03.12.1996.
- LARRAYA, LUIS, Estados Unidos plantea a Exteriores que ve con desagrado que el Rey visite Cuba en 1998, in: El País vom 16.06.1997.
- LARRAYA, LUÍS, Exteriores espera un gesto de Fidel Castro para nombrar al nuevo embajador, in: El País vom 19.05.1997.

- LARRAYA, LUÍS, Gingrich propone a Aznar una cumbre entre Europa y Estados Unidos sobre Cuba, in: el País vom 03.05.1997.
- LARRAYA, MIGUEL, Aznar y Castro acuerdan tratar con discreción la mejora de sus relaciones, in: El País vom 21.10.1998.
- LUCIO, LOURDES, Castro afirma durante la visita de Chavez que prefiere a Aznar “en la oposición”, in: El País vom 06.04.1997.
- M.V., Empresarios atónitos, in: El País vom 24.11.1996.
- MANRESA, ANDREU, “Si Estados Unidos no quiere que actuemos en su territorio, tendremos que irnos”, in: El País vom 21.07.1997.
- MARURI Y DEL CASTAÑO, NICOLÁS, Cuba y el PP, in: ABC vom 28.02.1996.
- MENDEZ, LUCIA, Aznar se compromete a no ser cómplice del régimen de Fidel Castro, in: El Mundo vom 30.11.1995.
- MÍGUEZ, ALBERTO, Aznar viaja a EE.UU pero esta vez evitará el contacto con los exiliados cubanos, in: La Vanguardia vom 07.06.1998.
- MÍGUEZ, ALBERTO, El Gobierno da marcha atrás a su política de enfrentamiento con Cuba, in: La Vanguardia vom 12.01.1997.
- MÍGUEZ, ALBERTO, El Rey visitará Cuba el primer semestre de 1999 y volverá para la Cumbre Iberoamericana, in: La Vanguardia vom 30.06.1998.
- MÍGUEZ, ALBERTO, La Unión Europea considera inviable el acuerdo de cooperación con Cuba, in: La Vanguardia vom 07.05.1996.
- MÍGUEZ, ALBERTO, Matutes afirma que la ayuda que envíe España a Cuba será únicamente humanitaria, in: La Vanguardia vom 11.05.1996.
- MONTANER, CARLOS ALBERTO, Aznar, la `ley Helms-Burton` y los cubanos, in: El País vom 05.06.1996.
- MONTANER, CARLOS ALBERTO, Castro, González y Aznar, in: ABC vom 08.02.1996.
- MONTOYA, ROBERTO, Aznar dice que hay que tratar a Cuba de forma distinta a otros países, in: El Mundo vom 17.11.1996.
- MUÑOZ, ALFREDO, Rato pedirá a Cuba que derogue leyes que vulneran los derechos humanos, in: El Periódico vom 02.09.1999.
- N.E./L.A., El dictador Castro aprovecha una escala en Tenerife para criticar la (sic!) medidas económicas del Gobierno, in: ABC vom 16.06.1996.
- NOWAK, NIKOLAUS, Fidel Castro wirbt um die Gunst der Spanier, in: Die Welt vom 19.10.1998.
- O.A., „España tiene prestigio en America (...)”, in: ABC vom 13.10.1996.
- O.A., Aznar impone a Exteriores el cambio de embajador en Cuba, in: El País vom 27.08.1996.
- O.A., Aznar reprochará a Castro el aumento de la pena capital en Cuba, in: La Razón vom 28.06.1998.
- O.A., Aznar: „No cooperaremos con Fidel Castro“, in: El País vom 31.08.1996.
- O.A., Aznars Kuba-Politik gibt Rätsel auf, in: Die Welt vom 30.11.1996.
- O.A., Castro convierte en crisis de Estado las malas relaciones con Aznar, in: El País vom 27.11.1996.
- O.A., Castro destaca que las relaciones con España avanzan „más todavía“, in: La Vanguardia vom 25.06.1998.
- O.A., EE.UU.prepara un ultimátum a Sol Meliá por su negocio en Cuba, in: La Vanguardia vom 30.10.1999.
- O.A., El Gobierno español protesta ante EE.UU: por la `ley Helms-Burton`, in: El País vom 27.06.1996.
- O.A., El Gobierno español tomará „medidas enérgicas“ si EE.UU sonciona a Sol Meliá, in: La Vanguardia vom 13.08.1999.
- O.A., El Gobierno español y la UE harán „frente común“ en la investigación contra Sol Meliá, in: Cinco Días vom 31.08.1999.
- O.A., El Gobierno quiso evitar la visita de Castro a Canarias, in: La Vanguardia vom 17.06.1996.
- O.A., El PP recuerda a González que fue el PSOE el que rompió el consenso sobre las ayudas a Cuba, in: ABC vom 04.06.1996.

- O.A., El Rey y Aznar critican el régimen cubano, in: Diario 16 vom 11.11.1996.
- O.A., El vicepresidente de Cuba pide apoyo a Aznar para reforzar su relación con Europa, in: El País vom 09.02.1999.
- O.A., Erpaña presiona a Bruselas para que Cuba se beneficie de las ayudas a los países ACP, in: La Vanguardia vom 12.11.1999.
- O.A., España será el primer país de la Unión Europea con agregado militar en Cuba, in: El País vom 21.01.1996.
- O.A., España y Cuba cambiarán 10 millones de deuda en inversión, in: Cinco Días vom 19.11.1999.
- O.A., España y UE no cambiarán su política hacia La Habana, in: Diario Las Américas vom 07.03.1997.
- O.A., Estados Unidos no plantea ninguna objeción al viaje del Rey a Cuba, in: El País vom 17.06.1997.
- O.A., Europa contra Castro, in: Cambio 16 vom 06.01.1997.
- O.A., Europäische Union hält an Cuba-Politik fest, in: Süddeutsche Zeitung vom 19.02.1997.
- O.A., Fraga: „Nos interesa arreglar lo de Cuba y por las buenas, in: Ya vom 01.12.1996.
- O.A., IU ofrece al PSOE crear una plataforma para defender la cooperación con Cuba, in: Europa Press vom 14.11.1996.
- O.A., La presidencia de la UE rebaja la propuesta de Aznar contra Castro, in: El País vom 22.11.1996.
- O.A., La UE y España ganan la guerra de Cuba, in: El Mundo vom 17.07.1996.
- O.A., Las ONG critican la suspension de la ayuda a Cuba, in: El País ovm 30. Mai 1996.
- O.A., Los intereses de empresas españolas, in: La Vanguardia vom 01.12.1996.
- O.A., Los reyes viajarán a Cuba en 1999, in: El Mundo vom 12.05.1998.
- O.A., Nació la nueva Fundación Hispano-Cubana para promocionar la libertad y la deomcracia en las relaciones mutuas, in: Europa Press vom 20.06.1996.
- O.A., Polémica por el tratamiento oficial a Castro en Canarias, in: El País vom 17.06.1996.
- O.A., Primeros pasos de Aznar en el exterior, in: El Periódico vom 28.05.1996.
- O.A., Rato intenta normalizar la dueda de Cuba en su visita a La Habana, in: El País vom 02.09.1999.
- O.A., Sol-Meliá no abandonará sus inversiones pese a las amenazas de Estados Unidos, in: ABC vom 14.07.1996.
- O.A., Streit zwischen Havanna und Madrid, in: FAZ vom 22.03.1997.
- O.A., Über Robainas Schicksal wird in Kuba nichts bekannt, in: FAZ vom 01.06.1999.
- O.A., Yáñez dice que Aznar es „muy complaciente“ con Castro, in: Diario 16 vom 09.12.1998.
- O.A., El PSOE acusa al Gobierno de someterse al anticastrismo de Estados Unidos, in: La Vanguardia vom 27.05.1996.
- O.A.: Aznars Kuba-Politik bleibt umstritten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.11.1996.
- O.A.: Castro will González treffen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28.09.1993.
- O.A.: Entrevista al Ministro de Asuntos Exteriores, Abel Matutes, in: La Vanguardia vom 20.05.1996.
- O.A.: Estados Unidos no plantea ninguna objeción al viaje del Rey a Cuba, in: El País vom 17.06.1997
- O.A.: Europäische Union hält an Cuab-Politik fest, in: Süddeutsche Zeitung vom 19.02.1997.
- O.A.: González braucht den Erfolg als Rats-Präsident der EU, in: Der Tagesspiegel vom 01.07.1995.
- O.A.: González recibe en privado en La Moncloa al vicepresidente cubano, in: El País vom 12.10.1990.
- O.A.: Kubas Außenminister warnt Aznar, in FAZ vom 29.05.1996.
- O.A.: La Comisión de Derechos Humanos de la ONU condena la ley Helms-Burton, in: El País vom 14.04.1997.
- O.A.: La UE busca el apoyo de Clinton en torno a Cuba, in: El Financiero vom 14.12.1996.
- O.A.: Spanien legt Cuba ein Konzept vor, in: Süddeutsche Zeitung vom 20.08.1993.
- OLIVERAS, ELISEO, España acentúa su presión sobre Cuba, in: El Periódico vom 14.11.1996.
- OLIVERAS, ELISEO, La UE ataca la ley Helms-Burton, in: El Periódico vom 24.07.1996.

- OLIVERAS, ELISEO, La UE estudia el plan español para Cuba, in: El Periódico vom 15.11.1996.
- ORGAMBIDES, F., Méxiko saca provecho del conflicto entre España y Cuba, in: El País vom 28.11.1996.
- OROZCO, ROMÁN, Aznar no quiere a Fidel, in: Cambio 16 vom 17.06.1996.
- ORTA, JOSEP, Anguita viaja a La Habana para mostrar su solidaridad a Fidel Castro, in: La Vanguardia vom 15.07.1996.
- P.G./M.C., PSOE e IU arremeten contra la estrategia de Aznar de endurecer el acoso a Cuba, in: El Mundo vom 14.11.1996.
- PALACIOS, JOSÉ, El convenio de doble imposición con Cuba, in: Cinco Días vom 19.11.1999.
- PAZ, ROSA, Las relaciones con Cuba ponen al Gobierno al borde de su primera derrota parlamentaria, in: La Vanguardia vom 29. Mai 1996.
- PERNAU, JOSEP, DURAN, Fidel y el miedo al PP, in: El Periódico vom 26.01.1996.
- POTTHOFF, CHRISTIAN, Die harte Kubapolitik von Aznar steckt in einer Sackgasse, in: Handelsblatt vom 28.11.1996.
- POTTHOFF, CHRISTIAN, Die harte Kubapolitik von Aznar steckt in einer Sackgasse, in: Handelsblatt vom 28.11.1996.
- ROBLES FRAGA, JOSE MARIA, España y la libertad de Cuba, in: El Mundo vom 10.06.1996.
- RODRIGUEZ, ALEX, Fidel Castro muestra a Duran Lleida su inqueitud ante un triunfo del Partido Popular, in: La Vanguardia vom 26.01.1996.
- SAN SEBASTIÁN, ISABEL, “La embajada estará abierta de par en par a la oposición”, in: ABC vom 30.10.1996. (Interview in dem Coderch erklärt, die Botschaft stehe für die Opposition offen)
- SÁNCHEZ, JOSÉ ANTONIO, Aznar: „Todos los españoles sin partidismo desean una transición democrática en Cuba“, in: ABC vom 30.11.1995.
- SCHRÖDER, MANFRED, Beschimpfungen, die teuer kommen, in: Süddeutsche Zeitung vom 21./22.07.1990.
- SEGOVIA, CARLOS, Aznar cumple su palabra con Castro, in: El Mundo vom 13.11.1996.
- SEGOVIA, CARLOS, Rato acepta suavizar el plan español sobre Cuba para no alargar el conflicto, in: El Mundo vom 03.12.1996.
- SEN, CRISTINA, Una delegación del Parlament viaja a Cuba para favorecer las relaciones bilaterales, in: La Vanguardia vom 27.01.1997.
- SERBETO, ENRIQUE, La oposición pide la intervención de España para una apertura de Cuba a la democracia, in: ABC vom 16.11.1999.
- SERRANO, ANA, Rato cambia deuda cubana por acuerdos para empresas, in: La Gaceta vom 08.09.1999.
- TRIPER, JOSÉ, Comercio amarra la gestión del FAD e incentivará la internacionalización turística, in: Cinco Días vom 02.09.1999
- TUSELL, JAVIER, Cuba, la barbarie y la política, in : El Correo Español vom 06.03.1996.
- VALDECANTOS, C., El Congreso rechaza una moción del PSOE contra la ley Helms-Burton, in: El País vom 17.06.1996.
- VARGAS LLOSA, MARIO, Ladrón que roba a ladrón, in: El País vom 17.06.1996.
- VICENT, M./LARRAYA, J., Matutes dice que Cuba debe aprender de la transición política española, in: El País vom 11.11.1998.
- VICENT, MAURICIO, Alumnia insta al Gobierno a nombrar pronto un nuevo embajador en Cuba, in: El País vom 28.02.1998.
- VICENT, MAURICIO, Aznar retoma, tras 18 meses de tensión, la política con Cuba que hacía el PSOE, in: El País vom 02.11.1997.
- VICENT, MAURICIO, Aznar retome, tras 18 meses de tensión, la política con Cuba que hacía el PSOE, in : El País vom 02.11.1997
- VICENT, MAURICIO, Castro: „No soy monárquico, pero soy realista“, in: El País vom 21.10.1998.
- VICENT, MAURICIO, Cuba advierte que la política de Aznar perjudicará al España, in : El País vom 28.05.1996.
- VICENT, MAURICIO, Cuba da el plácat al nuevo embajador español dos meses después de la solicitud, in: El País vom 17.10.1996.

- VICENT, MAURICIO, Cuba niega que hubiera „razones técnicas“ para cancelar el crédito de 2.000 millones, in: El País vom 07.02.1997.
- VICENT, MAURICIO, Cuba y España inician el camino de la normalización de sus relaciones, in : El País vom 30.06.1997.
- VICENT, MAURICIO, El Gobierno de Aznar cancela un crédito de 2.000 millones a Cuba, in: El País vom 02.02.1997.
- VICENT, MAURICIO, El Gobierno sólo podrá suprimir la ayuda científica y cultural en La Habana, in: El País vom 29.05.1996.
- VICENT, MAURICIO, El Gobierno vasco critica que Aznar no apoye a quienes invierten en Cuba, in: El País vom 03.11.1996.
- VICENT, MAURICIO, El PP dice ahora que ya es posible qumentar las ayudas a Cuba, inL El País vom 02.09.1998.
- VICENT, MAURICIO, fidel Castro recibe por sorpresa al nuevo embajador español en La Habana, in: El País vom 01.05.1998.
- VICENT, MAURICIO, Fraga: „Castro es símbolo de la independencia“, in: El País vom 30.10.1998.
- VICENT, MAURICIO, La segunda pérdida española de Cuba, in: El País vom 24.11.1996.
- VICENT, MAURICIO, Las exportaciones españolas a Cuba crecen este año un 45% pese al endurecimiento de la política del PP, in: El País vom 21.10.1996
- VICENT, MAURICIO, Llamamiento de Fraga a la „reconciliación“ de todos los cubanos, in: El País vom 03.11.1998.
- VICENT, MAURICIO, Los inversores en Cuba acusan a Aznar de „tensar la cuerda hasta romperla“, in: El País vom 27.11.1996.
- VICENT, MAURICIO, Rechazo general del empresariado español y las ONG a la suspensión de la cooperación con Cuba, in: El País vom 04.06.1996.
- VICENT, MAURICIO, Rechazo general del empresariado español y las ONG a la suspensión de la cooperación con Cuba, in: El País vom 04.06.1996.
- VICENT, MAURICIO, Sol Meliá ampliare inversiones en Cuba pese a la ley Helms-Burton, in: El País vom 24.05.1996.
- VICENT, MAURICIO, Un delicado equilibrio, in: El País vom 22.12.1997.
- VIDAL-FOLCH, XAVIER, España propone a la Unión Europea cortar el crédito y la cooperación con La Habana, in: El País vom 13.11.1996.
- VIDAL-FOLCH, XAVIER, España rebaja la dureza de su iniciativa sobre Cuba para hacerla asumible por la Unión Europea, in: El País vom 15.11.1996.
- VIDAL-FOLCH, XAVIER, La propuesta española a los Quince sobre Cuba calca las peticiones de EEUU a la UE, in: El País vom 17.11.1996.
- VIDAL-FOLCH, XAVIER, La visita de Castro al Papa enfría la iniciativa de Aznar sobre Cuba en la UE, in: El País vom 21.11.1996.
- VIDAL-FOLCH, XAVIER, Los Quince redactan una versión aún más suave del documento sobre las relaciones UE-Cuba, in: El País vom 26.11.1996.
- VIDAL-FOLCH, XAVIER, Los Quince siguen la crisis con frialdad y como un probleme bilateral ajeno a la UE, in: El País vom 28.11.1996.
- VIDAL-FOLCH, XAVIER, Madrid pugna por ganarse a Bonn para lograr que la UE asuma su política de dureza con Cuba, in: El País vom 14.11.1996.
- ZUDAIRE, F.J., “No tenemos cloacas ni fontaneros”, in: El Periódico vom 29.07.1996.

Arbeitspapiere/Seminare

- Confederación Sindical de Comisiones Obreras, Cuba: La estrategia de la liebre, April 1997.
- Press Release of the European Commission: Relations between the European Union and Cuba, IP/95/675 vom 28.06.1995.
- U.S. rejects criticism of Cuban embargo, in U.S. Information and Texts vom 12.11.1997.

Regierungserklärungen

Boletín Oficial de las Cortes Generales:

BOCG, Congreso vom 26.02.1988.

BOCG, Congreso vom 12.12.1988.

BOCG, Congreso vom 28.02.1994.

BOCG, Congreso vom 04.10.1995.

BOCG, Congreso vom 27.05.1996.

BOCG, Congreso vom 28.05.1996.

BOCG, Congreso vom 10.06.1996.

BOCG, Congreso vom 19.06.1996.

BOCG, Congreso vom 04.12.1996

BOCG, Congreso vom 11.12.1996.

BOCG, Congreso vom 18.02.1998.

BOCG, Congreso vom 29.09.1999.

BOCG, Senado vom 19.11.1985.

BOCG, Senado vom 11.04.1988.

BOCG, Senado vom 07.03.1995.

BOCG, Senado vom 28.05.1996.

BOCG, Senado vom 19.09.1996.

BOCG, Senado vom 04.12.1996.

BOCG, Senado vom 17.03.1997.

BOCG, Senado vom 19.03.1997.

Reden

Rede Stuart Eizenstats vor dem US-Kongreß veröffentlicht in U.S. Information and Texts: Eizenstat Statement on Waiving Title III of Libertad Act, 23. Juli 1997, S. 15-17.

Rede von US-Botschafter Victor Marrero vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen in: U.S. Information and Texts: U.S. Rejects Criticism of Cuban Embargo, vom 12.11.1997.

Oficina de Información Diplomática

O.I.D., Conferencia de prensa del Presidente del Gobierno, José María Aznar, después de la reunión del Consejo Europeo, vom 21.06.1996.

O.I.D., Declaración de la Presidencia en Nombre de la Unión Europea sobre el Proyecto de Ley Helms-Burton, vom 13. Oktober 1995

O.I.D., Discurso del Ministro de Asuntos Exteriores en el acto de su toma de posesión, vom 06.05.1996.

O.I.D., Discurso del Ministro de Asuntos Exteriores, Abel Matutes Juan, en el acto de su toma de posesión en la sede del departamento, vom 06.05.1996.

O.I.D., Discurso del Presidente del Gobierno, José María Aznar, en la VI Cumbre Iberoamericana, vom 10.11.1996.

O.I.D., Entrevista al Ministro de Asuntos Exteriores, Abel Matutes Juan, en el Diario El País, vom 06.05.1996.

O.I.D., Entrevista al Presidente nacional del Partido Popular, José María Aznar, in: Cambio 16 vom 27.03.1996.

Agence Europe

Agence Europe vom 9. Juni 1995 : Solana erläutert Prioritäten – für Verhandlungen mit Kuba, falls möglich.

Agence Europe, Die Aussetzung eines Aspekts des Helms-Burton-Gesetzes durch Präsident Clinton wird von der Kommission als „positive, aber partielle und begrenzte“ Maßnahme bezeichnet, vom 17.07.1996.

Agence Europe, Marín wird dem Rat am Montag das Kolument über die Eröffnung des Dialogs mit Kuba vorlegen, vom 12.07.1995.

Agence Europe, Spanien schlägt Gipfel EU7Lateinamerika vor, vom 06.03.1997.

Agence Europe, Spanien für Beitritt Kubas zum Lomé-Abkommen, vom 15.11.1997.

Agence Europe, Erneuerung der EU-AKP-Partnerschaft nach dem Jahr 2000, vom 05.03.1998.

Agence Europe, Spanien befürwortet Mitgliedschaft Kubas in der AKP-Gruppe, vom 15.04.1998.

Agence Europe, Im Mittelpunkt laut Schröder der Konsens..., vom 30.06.1999

Agence Europe, Schlußfolgerungen des Vorsitzes, vom 14.12.1996.

Agence Europe vom 12.07.1997, Vorstoß SanTERS bei Präsident Clinton, damit diesel die Anwendung bestimmter Aspekte des Helms-Burton-Gesetzes aussetzt – Rat diskutiert am Montag und könnte am Dienstag Gegenmaßnahmen beschließen.

Agence Europe, Plenartagung des Europäischen Parlaments, vom 15.01.1996.

Internetquellen

www.aznar2000.pp.es/balance/ministerio/asexterior/aexterior.html vom 10.09.2000

www.pp.es/partido_popular/pos_inter.asp vom 19.10.1999.

Text über die Beziehungen der Kommission zu Kuba am 28.06.1995 unter <http://www.europa.eu.int/rapid/cgi> vom 06.10.2000.

La Nueva Agenda Transatlántica, in:

<http://www.ortegaygasset.edu/cei/publicaciones/meridiano/meri7.html>.

Vorträge

Haselhuber, Jakob, Legationsrat, Auswärtiges Amt, Referat 331, 27. Juni 2000

Hicksch, Uwe, PDS-Bundestagsabgeordneter, 31. Oktober 2000

7 Liste der Interviewpartner

Botija, Isabel, Instituto de Cooperación Internacional der Agencia Española de Cooperación Internacional, Sección Cuba, Interview am 14. März 2000

Etxebarria, Joseba, Secretaría Ejecutiva de Política Internacional der Unión General de Trabajadores, Interview am 15. März 2000

Fondevila, Orlando, Redakteur der Zeitschrift Revista Hispano Cubana, Interview am 13. März 2000

González, Carlos Carnero, Mitglied der Europäischen Sozialistischen Partei, Abgeordneter im Europäischen Parlament, Interview am 8. November 2000

Gratius, Susanne, Wissenschaftliche Angestellte, Institut für Iberoamerika-Kunde, Hamburg, Interview 28. Juni 2000

Hoffmann, Bert, Politikwissenschaftler, Lateinamerika-Institut Freie Universität Berlin, Interview am 22. Juni 2000

Krämer, Dr. habil. Raimund, Dozent für Internationale und Vergleichende Politik, Politikwissenschaftliches Institut Universität Potsdam, Interview am 23. Juni 2000

Mallo, Tomás, Asociación de Investigación y Especialización sobre Temas Iberoamericanos (AIETI), Interview am 20. März 2000

Rodrigo, Dr. Fernando, Stellvertretender Direktor des Centro Español de Relaciones Internacionales (CERI), Madrid, Interview am 20. März 2000

Tanarro, Raquel, Coordinadora Cuba von Amnestía Internacional/Madrid, Interview am 15. März 2000

8 Abkürzungsverzeichnis

AECI	Agencia Española de Cooperación Internacional
BDI	Bund der Deutschen Industrie
CANF	Cuban-American National Foundation
CC.OO.	Comisiones Obreras
CEOE	Confederación Española de Organizaciones Empresariales
CESCE	Compañía Española de Seguros de Créditos de la Exportación
CiU	Convergencia i Unió
EP	Europäisches Parlament
EU	Europäische Union
FAD	Fondos de Ayuda al Desarrollo
FHC	Fundación Hispano Cubana (Sitz in Madrid)
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union
ICEX	Instituto de Comercio Exterior de España, Spanisches Institut für Außenhandel
ICI	Instituto de Cooperación con Iberoamérica, an die Agencia Española de Cooperación Internacional angeschlossenes Institut.
IU	Izquierda Unida
IU-IC	Izquierda Unida
NRO	Nichtregierungsorganisation
O.I.D.	Oficina de Información Diplomática; Presseinformationsamt des spanischen Auswärtigen Amtes
ONGD	Organizaciones No Gubernamentales para el Desarrollo
PCE	Partido Comunista de España/Español, kommunistische Partei Spaniens
PNV	Partido Nacionalista Vasco
PP	Partido Popular
PPI	Acuerdo de Protección y Promoción de Inversiones
PSOE	Partido Socialista Obrero Español
TEPSA	Trans European Policy Association
UDC	Unió Democràtica de Catalunya
UGT	Unión General de Trabajadores
VN	Verneinte Nationen
WTO	World Trade Organization, dt.: Welthandelsorganisation